

Freie Universität Berlin  
Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften  
Otto-Suhr Institut für Politikwissenschaft

## **Diplomarbeit**

zur Erlangung des Grades eines Diplom-Politologen

# **Autokratische Regime und Wirtschaftsleistung: Theoretische Ansätze und empirische Evidenzen**

Vorgelegt von  
Alexander Salhi\*

10. Oktober 2006

Erstgutachter: Prof. Dr. Michael Bolle  
Zweitgutachter: Dr. Thilo Bodenstein

\* Sonntagstr. 26  
10245 Berlin  
Email: alexander.salhi@gmx.de

**Eidesstattliche Erklärung**  
**zur Diplomarbeit**

Hiermit versichere ich, dass die Diplomarbeit – bei einer Gruppenarbeit meinen gekennzeichneten Teil der Arbeit – selbständig und lediglich unter Benutzung der angegebenen Quellen und Hilfsmittel verfasst habe.

Ich versichere außerdem, dass die vorliegende Arbeit noch nicht einem anderen Prüfungsverfahren zugrunde gelegen hat.

Ich bin damit einverstanden, dass ein Exemplar meiner Diplomarbeit in der Bibliothek ausgeliehen werden kann.

Berlin, den

---

(Unterschrift)

# Inhaltsverzeichnis

Abbildungsverzeichnis.....	2
Notation .....	2
1. Einleitung.....	3
2. Was sagt die Literatur? .....	6
3. Theoretischer Ansatz .....	14
3.1 Annahmen und Eingrenzungen.....	15
3.2 Faktoren der Investitionsentscheidung .....	19
3.3 Robinsons Predatory State Modell .....	21
3.3.1 <i>Strategien der Elite</i> .....	22
3.3.2 <i>Die Wirkung der Asset-Verteilung auf die Investitionsentscheidung</i> .....	28
3.3.3 <i>Die Rolle von Humankapital und natürlichen Ressourcen</i> .....	30
3.4 Interpretation des Modells hinsichtlich der folgenden Analyse .....	32
4. Empirische Analyse .....	34
4.1 Darstellung der Fallgruppen .....	34
4.2 Die Gruppe der wirtschaftlich stagnierenden Autokratien .....	42
4.2.1 <i>Zaire als Musterbeispiel des ‚Predatory State‘</i> .....	43
4.2.2 <i>Weitere Fälle im Überblick</i> .....	49
4.2.3 <i>Zusammenfassung der Fallgruppe</i> .....	51
4.3 Die Fallgruppe der überdurchschnittlich wachsenden Staaten .....	51
4.3.1 <i>Der Tigerstaat Singapur als Beispiel für ein ‚Wachstumswunder‘</i> .....	52
4.3.2 <i>Weitere Fälle im Überblick</i> .....	55
4.3.3 <i>Zusammenfassung der Fallgruppe</i> .....	58
4.4 Die Fallgruppe der durchschnittlich wachsenden Staaten .....	59
4.4.1 <i>Brot und Spiele – das Beispiel Algerien</i> .....	59
4.4.2 <i>Weitere Fälle im Überblick</i> .....	64
4.4.3 <i>Zusammenfassung der Fallgruppe</i> .....	66
4.5 Saudi-Arabien und die Grenzen des Modells .....	67
4.6 Interpretation der empirischen Analyse hinsichtlich des Modells.....	71
5. Zusammenfassung und Einordnung der Ergebnisse.....	75
Literaturverzeichnis .....	79
Annex I .....	87
Annex II.....	88

## Abbildungsverzeichnis

<i>Abbildung 1: R - L Gleichgewichte verschiedener autokratischer Regime</i> .....	17
<i>Abbildung 2: Nutzenfunktionen unter Asset-Verteilung <math>\theta \in [0, \underline{\theta}]</math></i> .....	23
<i>Abbildung 3: Nutzenfunktionen unter Asset-Verteilung <math>\theta \in [\underline{\theta}, 1]</math></i> .....	25
<i>Abbildung 4: Erweiterte Nutzenfunktionen unter Asset-Verteilung <math>\theta \in [\underline{\theta}, 1]</math></i> .....	26
<i>Abbildung 5: Übersicht der Entscheidungsgrundlagen der Gruppe P</i> .....	31
<i>Abbildung 6: Einteilung der Fallgruppen</i> .....	35
<i>Abbildung 7: Übersicht über die Wachstumsraten und Polity IV-Wertungen</i> .....	36
<i>Abbildung 8: Reichtum an Ressourcen nach Regionen</i> .....	40
<i>Abbildung 9: Der Reichtum Kongos nach Kategorien</i> .....	46
<i>Abbildung 10: Der Reichtum Singapurs nach Kategorien</i> .....	54
<i>Abbildung 11: Der Reichtum der demokratischen Republik Korea nach Kategorien</i> ...	57
<i>Abbildung 12: Der Reichtum Algeriens nach Kategorien</i> .....	62

## Notation

$\delta$	Subjektive Zeitpräferenzrate
$\theta$	Ertrag der Gruppe P
$\pi$	Optimale Strategie bezogen auf Machtwechsel
$\Phi$	Wahrscheinlichkeit eines Machtwechsels
$\Omega$	Ableitungsbedingung zweiter Ordnung
$A$	Produktivität der eingesetzten Faktoren
$c$	Konsumgut
$E$	Erwartungsoperator
$g$	Level an Bereitstellung öffentlicher Güter
$H$	Humankapital/Technologie
$k$	Kapital
$N$	Gruppe der Bürger
$P$	Gruppe der Elite
$R$	Bestand an natürlichen Ressourcen
$t$	Zeit
$V$	Momentan erwarteter Nutzen einer Gruppe zu dem Zeitpunkt $t_i$

*Hafiz al Assad was first approved as President in a referendum in March 1971. He has subsequently been re-elected for seven-year terms in 1978, 1985 and 1992 – on each occasion with a vote ranging from 99.2 to 99.9%. According to the Damascene wags, after the latter figure an acolyte reported to him: “Mr. President, only 0.1% of the electors have voted against you: what more could you ask for?” “Their names”, growled Assad in reply.*

(Lucas 1994: 7)

## 1. Einleitung

Wenn man Prostitution landläufig als das älteste Gewerbe der Menschheit bezeichnet, dann kann man analog dazu die Wachstumstheorie als eines der wahrscheinlich ältesten Gewerbe der Ökonomie betrachten. Warum geht es dem Nachbarn besser als mir? Warum fährt dieser eine größere Ernte ein und hat schon zwei Ochsen mehr im Stall? Bewirtschaftet er einen fruchtbareren Boden oder hat die Landwirtschaftsschule doch etwas gebracht?

Natürlich sehen diese Probleme auf einer Makro-Ebene betrachtet wesentlich komplexer aus, dennoch stellt sich immer die grundlegende Frage, warum manche Staaten wirtschaftlich schneller wachsen als andere, obwohl die Startbedingungen für manch schnell wachsende Wirtschaft als ‚dürftig‘ bezeichnet werden können. Dass Institutionen, sowohl politische als auch ökonomische, bei der wirtschaftlichen Entwicklung eine tragende Rolle spielen, ist heute unbestritten. Jedoch konnte die Frage, welches politische System einem Konvergenzprozess am zuträglichsten ist, bisher nicht eindeutig beantwortet werden. Aus Sicht der neuen politischen Ökonomie sind allerdings diverse Unterschiede zwischen den einzelnen Staatsmodellen auszumachen. Wie das einleitende Zitat deutlich macht, werden in autokratischen Systemen zum Teil grundlegend andere Mechanismen wirksam als in demokratischen. Die Gefahr eines Machtverlustes durch Abwahl stellt sich in einem autokratischen System beispielsweise nicht. Das bedeutet jedoch nicht, dass die Handlungsweise eines Autokraten keinen Beschränkungen unterworfen wäre. Er ist insofern freier in seinen Entscheidungen, als ein Machtwechsel mit hohen Kosten für die Bürger verbunden ist. Um diesen Zustand zu erhalten, muss er andererseits jedoch diese Kosten soweit wie möglich erhöhen und/oder den Wunsch nach einem Machtwechsel seitens der Bürger minimieren. Gesellschaftliche Zustimmung zur Regierungspolitik spielt jedoch eine wesentlich geringere Rolle als in demokratischen Systemen. Dies eröffnet dem

Autokraten einen wesentlich breiteren Handlungsspielraum als seinem demokratischen Pendant. Die in demokratischen Systemen oft effizienzmindernde politische Rationalität steht dem autokratischen Herrscher in seinem wirtschaftspolitischen Handeln weniger entgegen. Ob er diesen erweiterten Spielraum für das Wirtschaftswachstum positiv oder negativ nutzt, ist die Frage, die der vorliegenden Arbeit zu Grunde liegt.

[...] dictators come in two types: one whose personal objectives often conflict with growth promotion and another whose interests dictate a preoccupation with economic development. The theory that determines which kind of dictatorship will prevail is missing (Barro 1996: 3).

Diese Arbeit erhebt keineswegs den Anspruch eine neue Theorie der Auswirkung autokratischer Herrschaft auf das Wirtschaftswachstum zu entwickeln, sondern versucht auf Grund einiger bestimmender Faktoren, Rückschlüsse auf verschiedene Wachstumspfade zu ziehen.

Das Wachstumsverhalten autokratischer Staaten könnte unterschiedlicher nicht sein. Während einige Autokratien Pro-Kopf-Wachstumsraten von fast durchgängig über 6% aufweisen, stagnieren andere oder wachsen sogar negativ. Warum implementieren manche autokratische Herrscher wachstumsfördernde *policies* während andere wachstumshemmende *policies* umsetzen?

Der Grund für diese unterschiedlichen politischen Handlungsweisen und das damit einhergehende divergierende Wachstumsverhalten wird in dieser Arbeit auf eine Investitionsentscheidung des Autokraten nach einem Modell Robinsons (2001) zurückgeführt. Die Entscheidung hängt von den wirtschaftlichen und politischen Grundgegebenheiten zum Zeitpunkt der Machtergreifung ab. Als die vier wichtigsten Entscheidungsgrundlagen werden der Vorteil an der Macht zu sein, das vorhandene Humankapital und technologische Wissen, die Ausstattung mit natürlichen Ressourcen sowie die Sensibilität öffentlicher Güter bezüglich der Revolutionswahrscheinlichkeit identifiziert. Auf Grund der Beschaffenheit dieser Faktoren entscheidet der Autokrat zugunsten eines wachstumsfreundlichen Kurses oder ausbeuterischen Verhaltens. Sobald eine hohe Ausstattung mit natürlichen Ressourcen und ein großer Vorteil an der Macht zu sein besteht, tendiert die Entscheidung zu ausbeuterischem Verhalten, um den vorhandenen Reichtum sofort zu konsumieren. Eine hohe Ausstattung mit Humankapital sowie ein geringer Vorteil an der Macht zu sein und geringe natürliche Ressourcen resultieren dagegen meist in einem wachstumsfreundlichen Kurs, weil erst Werte geschaffen werden müssen, die sich ausbeuten lassen. Die Bestimmung der

Versorgung mit öffentlichen Gütern erfolgt endogen und geht von der Annahme aus, dass die Bereitstellung bestimmter sensibler öffentlicher Güter die Gefahr eines Machtwechsels erhöht. In diesem Rahmen wird in der vorliegenden Arbeit versucht, wirtschaftspolitische Handlungen und den daraus resultierenden Wachstumspfad autokratisch regierter Staaten zu erklären. Bezüglich der vorhandenen Literatur unterscheidet sich diese Herangehensweise vor allen Dingen in der Fokussierung auf die Anfangsbedingungen des Wachstumsprozesses, was im Literaturteil der Arbeit näher erläutert wird.

Während die Vorteile an der Macht zu sein sowie die Ausstattung mit Humankapital und natürlichen Ressourcen nach der hier vorliegenden Arbeit mit dem Modell konform gehende Handlungsweisen aufzeigen, konnte der von Robinson hergestellte Zusammenhang bezüglich der Bereitstellung öffentlicher Güter nicht bestätigt werden. Die Erweiterung des Modells wird durchaus einigen Fällen besser gerecht, kann aber den im Modell unterstellten Zusammenhang zwischen der Versorgung mit öffentlichen Gütern und der steigenden Revolutionsgefahr nach der empirischen Untersuchung letzten Endes auch nicht aufrecht erhalten. Was komplementär zu der vorhandenen Literatur gelungen sein mag, ist, die Verknüpfung einiger grundlegender Handlungsanreize, die unter autokratischen Systemen gegeben sind, und deren Implikationen für Wirtschaftswachstum aufzuzeigen.

Die Arbeit beginnt mit einem Literaturüberblick, der die verschiedenen Analyseebenen und Argumentationsstränge vorstellt. Die theoretischen Überlegungen basieren auf einem Grundmodell Robinsons, welches mit dem gewählten Ansatz konform geht. Eine Modifizierung des Modells dient der erweiterten Anwendung auf empirisch nicht eindeutig zu zuordnende Fälle. Die empirische Analyse wird qualitativ auf der Grundlage von Fallgruppen durchgeführt, welche eine Überprüfung des Modells hinsichtlich der Fragestellung erlauben. Die empirische Analyse schließt mit einem Beispiel für einen nicht durch das Modell erklärbaren Fall ab. Nach einer synoptischen Betrachtung des Modells und der empirischen Analyse werden die Ergebnisse im letzten Teil nochmals knapp zusammengefasst.

## 2. Was sagt die Literatur?

Das folgende Kapitel dient der Übersicht über die bereits vorhandene Literatur zur Thematik. Die Literatur wird vor allem im Hinblick auf die unterschiedliche wirtschaftliche Entwicklung autokratischer Regime betrachtet. Dabei werden in vielen Schriften demokratische Staaten zum Vergleich mit autokratischen Systemen herangezogen. Die Behandlung autokratischer Regime erfolgt dabei meist implizit und wird auf das wirtschaftliche Wachstumsverhalten bezogen. Eine klare Trennung zwischen der Wachstumsliteratur und der Literatur, die sich ausschließlich mit Autokratien beschäftigt, ist daher schwer möglich und für vorliegende Arbeit nicht sinnvoll. Ziel dieses Abschnittes ist die Einordnung der vorhandenen Literatur in bestimmte Argumentationsstränge sowie ihre Bewertung hinsichtlich der eigenen Fragestellung. Selbstverständlich erhebt die Übersicht keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

Die Literatur zum Thema lässt sich grundsätzlich in drei verschiedene Strömungen einteilen. Der komparatistische Ansatz beschäftigt sich hauptsächlich mit der Frage, welches politische System höhere Wachstumsraten erzielt. Dabei werden vor allem empirische Untersuchungen in Form von Zeitreihenanalysen durchgeführt und das Wirtschaftswachstum wird auf viele verschiedene Variablen regressiert. Die Variablen werden dabei hauptsächlich von der Theorie der neuen Institutionenökonomik bestimmt und stellen heute eine gemeinsame Grundlage und einen gewissen Konsens der verschiedenen Literaturstränge dar. Ein weiterer Ansatz der Literatur beschäftigt sich mit der Kausalität zwischen Demokratisierung und Wirtschaftswachstum. Eine Seite betont dabei die Rolle von Demokratie als Bedingung für Wachstum, während die andere Seite ein gewisses Maß an wirtschaftlichem Wohlstand als Voraussetzung von Demokratisierung sieht. Eine andere Herangehensweise setzt sich mit der Sicherung von Eigentumsrechten, dem Druck zur Redistribution sowie der Natur des jeweiligen Regimes auseinander. Diese Strömung beschäftigt sich in der Weiterentwicklung konkret mit autokratischen Regimen und analysiert deren spezifische Charakteristika bezüglich der ökonomischen Institutionen und *policies*. Die genannte Literatur weist zum Teilen erhebliche Überschneidungen auf, weil trotz unterschiedlicher Schwerpunkte in der Fragestellung und verschiedener Analyseebenen ein gewisser Konsens bezüglich der entscheidenden Determinanten von Wachstum herrscht.

Der neoklassische Ansatz der Wachstumstheorie, verbunden mit dem Namen Solow, stellt Faktorakkumulation als den ausschlaggebenden Grund für Wachstum dar. Die diesem Ansatz folgende Diskussion in der wirtschaftswissenschaftlichen Literatur versucht, die Faktorakkumulation auch empirisch zu zeigen. Die endogene Wachstumstheorie, vor allem geprägt von Romer (1986), Lucas (1988) und Mankiw, Romer und Weil (1992), legt den Schwerpunkt auf technologischen Fortschritt. Dennoch sind die auf das Wachstum wirkenden Mechanismen denen des neoklassischen Ansatzes ähnlich und setzen selbstverständlich funktionierende Institutionen voraus. Inspiriert von Coases (1937) Erkenntnis, dass Transaktionskosten in verschiedenen Organisationsformen unterschiedlich sind und tatsächlich existieren, ist die Theorie der neuen Institutionenökonomik entstanden. Mit der grundlegenden Arbeit von North und Thomas (1973) sind institutionelle Faktoren zur Erklärung der verschiedenen Wachstumspfade in den Vordergrund gerückt. Sie subsumieren die bis dato gegebenen Erklärungen unter folgendem Satz:

the factors we have listed (innovation, economies of scale, education, capital accumulation etc.) are not causes of growth; they *are* growth<sup>1</sup> (North und Thomas 1973: 2)

Die Hervorhebung von Institutionen als grundlegende Determinanten des Wachstums spiegelt sich seitdem in der Literatur mehr oder weniger stark als Basis der angeführten Argumente wider. North (1990: 3) sieht Institutionen als die fundamentalen Spielregeln einer Gesellschaft an, als menschengemachte Beschränkungen, welche die menschliche Interaktion regelt und die Anreizstruktur einer Gesellschaft bestimmt. Institutionen bestimmen somit die ökonomische Leistung eines Staates. Vor allem die Struktur der Eigentumsrechte sowie die Existenz und die Ausprägung von Märkten stehen dabei im Vordergrund. Sichere Eigentumsrechte stellen den Anreiz für Investitionstätigkeiten dar, indem sie sicherstellen, dass die Früchte derselben auch tatsächlich den Investoren zu Gute kommen. Die Existenz und Ausprägung von Märkten sichert vor allem effiziente Ressourcenallokation und Realisierung von Gewinnen, die aus produktiver Tätigkeit entstehen. Zusammengefasst besagt die Institutionenökonomik, dass Gesellschaften mit funktionierenden ökonomischen Institutionen Faktorakkumulation, Innovation und effiziente Allokation von Ressourcen ermöglichen und Wachstum generieren.

---

<sup>1</sup> Hervorhebung immer im Original, außer wenn anders vermerkt.

Aufbauend auf diesen Erkenntnissen hat sich eine breite empirische Literatur zu Wachstum in aufstrebenden – sowohl demokratischen als auch autokratischen – Volkswirtschaften entwickelt.

Neben den institutionellen Faktoren werden weitere bestimmende Faktoren identifiziert, die hier kurz besprochen werden sollen. In der Tradition von Webers protestantischer Arbeitsethik können Barro und McCleary (2003) einen positiven Zusammenhang zwischen dem Glauben an Himmel und Hölle und Wirtschaftswachstum ausmachen. Dagegen stellen sie fest, dass Wachstum negativ mit der Anzahl der Kirchgänge<sup>2</sup>, also der aktiven Religionsausübung, korreliert. Erklärt wird der Zusammenhang damit, dass Glaube an sich, gemessen am Glauben an Paradies und Verdammnis, individuelle Verhaltensweisen generiert, die sich positiv auf die Produktivität auswirken. Kirchgänge werden hingegen als Ressourcen beanspruchend identifiziert, wenn man von einem gleich bleibenden Glauben an das Jenseits ausgeht (Barro und McCleary 2003). Kritik wird von anderen Autoren vor allem an den Indikatoren von Religiosität geübt und Durlauf, Kourtellos und Tan zeigen (2005), dass der Zusammenhang durchaus vorhanden, aber quantitativ nicht signifikant ist. Ähnlich lässt sich die Arbeit von Guiso, Sapienza und Zingales (2005) einordnen, die sich mit kulturellen Unterschieden und deren Auswirkungen auf Handel und Wachstum beschäftigen. Sie stellen fest, dass kulturelle Aspekte wie Religion, historische Konflikte und ethnische Verwandtschaften starken Einfluss auf Handel und somit auch auf Wachstum generell ausüben.

Politische Instabilität wird als hemmender Faktor für Wachstum identifiziert. Alesina et al. (1996) analysieren die Auswirkung von politischer Instabilität auf das Investitionsverhalten und finden einen robusten negativen Zusammenhang zwischen Instabilität und Wirtschaftswachstum. Andere Autoren betonen die erhöhte Mobilität von Kapital und die gesteigerte Sensibilität bezüglich politischer Stabilität. Sie gehen davon aus, dass eine Steigerung des inländischen Kapitals zu einer Stabilisierung des politischen Status quo führt, weil mehr Individuen Interesse an dessen Beibehaltung haben. Der Mechanismus kann aber auch die entgegengesetzte Entwicklung in Gang setzen und Instabilität erzeugen, welche die am Anfang des Absatzes genannten Folgen nach sich zieht (Overland, Simons und Spagat 2005).

---

<sup>2</sup> ‚Kirchgänge‘ wird als Anzahl der Besuche der für die jeweiligen Religionen bestimmenden Gebetsorte verstanden.

Der größere Teil der empirischen Literatur setzt sich mit Vergleichen zwischen Wachstumsprozessen in demokratischen und autokratischen Regimen auseinander. Dabei haben sich zwei antagonistische Sichtweisen etabliert und beide Richtungen können auf prominente Vertreter verweisen. Zum einen wird auf die Notwendigkeit einer demokratischen Kontrolle der Regierung hingewiesen, um die Eigentumsrechte zu sichern. Die entsprechenden politischen Institutionen erleichtern oder sorgen dann für die Bildung von Humankapital und physischem Kapital, um ein nachhaltiges Wachstum zu ermöglichen. Vor allem die *New Institutional Economics* hat diese Sichtweise geprägt, allen voran North und Thomas (1973), North (1990) und Williamson (2000). Jüngere empirische Arbeiten bestätigen diesen Standpunkt. De Long und Shleifer (1993) argumentieren in einer historischen Studie, dass Wirtschaftswachstum immer dann gegeben ist, sobald Kaufmannsinteressen der bestimmende Faktor der Wirtschaftspolitik sind, wohingegen absolutistische Herrscher auf Grund ihrer kurzen Zeithorizonte zu übertriebener Besteuerung neigen. Weitere einflussreiche empirische Arbeiten von Knack und Keefer (1995), Easterly und Levine (2003), Dollar und Kray (2003), Rodrik (2004), Acemoglu und Robinson (2004) sowie Kriekhaus (2006) weisen darauf hin, dass demokratische Strukturen und die dadurch erreichte Einschränkung der Macht der Regierung eine Voraussetzung für Wachstum sind. Der skizzierten Richtung entgegen steht ein Ansatz, der als *Lipset-Aristotle hypothesis* bezeichnet wird. Unter Berufung auf Aristoteles behauptet Lipset, dass ein gewisses Maß an Humankapital und physischem Kapital nötig sei, um demokratische Strukturen entwickeln zu können. Diese Argumentationslinie sieht die Sicherung von Eigentumsrechten als *policy*-Entscheidung und nicht als Ergebnis einer Beschränkung der Exekutive durch einen demokratischen Prozess. Daraus folgt, dass auch autokratische Regierungsformen wachstumsfreundliche Politik betreiben können und diese Politik nicht unbedingt auf eine demokratische Regierungsform angewiesen ist. Falls ein gewisses Level an Wohlstand und Bildung erreicht worden ist, verbessern sich die Institutionen und eine Transition zu einer demokratischen Regierungsform ist möglich. Diese Sichtweise wird empirisch vor allem von Barro (2000a, 2000b), Djankov et al. (2003) und Glaeser et al. (2004) unterstützt. Die beiden unterschiedlichen Standpunkte zeigen, dass allein auf Grund des politischen Systems keine eindeutigen Rückschlüsse auf die Leistung der Wirtschaft gezogen werden können.

Die Idee, dass für ein gegebenes Maß an Ungleichheit Umverteilung in demokratischen Regimen höher als in autokratischen Regimen ist, wurde Mitte der 90er Jahre relativ

zeitgleich von Persson und Tabellini (1994) sowie Alesina und Rodrik (1994) in die Literatur eingeführt. Sobald das Einkommen des Medianwählers weit genug unter dem des Durchschnittseinkommens liegt, wird ebendieser Medianwähler für Umverteilung votieren, wobei die verzerrende Wirkung der Umverteilungsinstrumente das Wachstum reduziert. Diesem Druck sehen sich autokratische Regime nicht ausgesetzt und genießen in dieser Hinsicht einen Vorteil gegenüber Demokratien. Allerdings konnte dieses Model bisher empirisch nicht bestätigt werden. Sowohl Bénabou (1996) als auch Deininger und Squire (1996, 1998) zeigen, dass der entworfene Zusammenhang nicht signifikant ist, was sich sowohl aus der mangelnden Qualität der Daten als auch aus methodischen Gesichtspunkten ergibt. Einen tatsächlichen Einfluss auf den folgenden Wachstumspfad übt dagegen die ursprüngliche Verteilung von Land, oder generell *Assets*, aus, wie Deininger und Squire (1996) empirisch nachweisen. Dies fügt sich in die Argumentation von Barro ein, der eine Ungleichverteilung von *Assets* mit der damit einhergehenden Benachteiligung der wenig Besitzenden auf imperfekten Kapitalmärkten verbindet. Die Unfähigkeit der wenig Besitzenden, auf imperfekten Kapitalmärkten zu leihen und in Humankapital zu investieren, reduziert die Wachstumschancen der Wirtschaft (Barro 2000a).

Wiederum auf North zurückzuführen ist die eingehende Beschäftigung mit der Sicherung von Eigentumsrechten (North 1990), welche mittlerweile als eine notwendige Voraussetzung für anhaltendes Wirtschaftswachstum anerkannt sind.<sup>3</sup> Grundsätzlich sind sichere Eigentumsrechte die Voraussetzung dafür, die Rendite der getätigten Investitionen genießen zu können. Sobald Eigentumsrechte unsicher sind, sinken die Investitionen, was zu einer Reduzierung des Wachstums führt. Vor allem Wintrobe (1990) hat auf das Dilemma autokratischer Regime verwiesen, welche die Sicherheit der Eigentumsrechte letztlich nicht glaubhaft garantieren könnten. Sie könnten jederzeit enteignen oder exorbitante Steuersätze festlegen, was einer faktischen Enteignung gleich käme. Vor allem ist die Entwicklung von Kapitalmärkten durch die fehlende Durchsetzung von Eigentumsrechten kraft einer dritten Partei<sup>4</sup> gefährdet. Barro (2000a) begründet die Sicherung der Eigentumsrechte mit der Stabilität des jeweiligen Regimes und dem resultierenden Investitionsverhalten.

---

<sup>3</sup> Weniger eindeutig ist, ob ein demokratisches oder ein autokratisches System besser geeignet ist, Eigentumsrechte zu sichern.

<sup>4</sup> Diese kann auch privatrechtlich organisiert sein. Darüber hinaus werden die meisten Eigentumsrechte durch den Markt durchgesetzt, z. B. durch Sicherheiten. Ausführlich zur Rolle dritter Parteien bei der Sicherung von Eigentumsrechten siehe Clague et al. (1999).

Die darauf aufbauende Literatur setzt sich explizit mit dem strategischen Handeln autokratischer Regime auseinander. Tullocks *Autocracy* stellt meines Wissens nach die erste moderne politikwissenschaftliche Veröffentlichung speziell zu dem Thema Autokratien dar. In Form anekdotischer Evidenz weist er auf diverse Eigentümlichkeiten autokratischer Herrschaftsstrukturen hin (Tullock 1987). Die wohl umfassendste theoretische Behandlung autokratischer Regime und deren ökonomischer Ursachen haben Acemoglu und Robinson kürzlich geleistet (Acemoglu, Robinson 2006a). Als Grundlage ihrer Betrachtungsweise dient – wie in zahlreichen anderen Veröffentlichungen – der Einkommensunterschied zwischen dem Medianwähler und dem Durchschnittseinkommen in einer Demokratie, aus dem die Autoren verschiedene Hypothesen bezüglich der Besonderheiten autokratischer Regime ableiten. Sie zeigen in einem spieltheoretischen Ansatz, dass eine Transition von Autokratie zu Demokratie nur dann möglich ist, wenn die politisch unterprivilegierte Gruppe eine glaubhafte Drohung gegen die Elite in Form von Streiks, Demonstrationen oder Aufständen erzeugen kann. Durch die Verschiebung dieser *de facto-power* kann die unterprivilegierte Gruppe die *de jure-power* neu definieren und einen institutionellen Wandel einleiten. Zugeständnisse der Elite sind in dieser Betrachtungsweise ausgeschlossen, weil sie keine glaubhaften Versprechen für die Zukunft abgeben kann. Der Fokus dieser Untersuchung liegt allerdings auf dem Übergang von autokratischen zu demokratischen Systemen.

Eine frühe, systematisch-theoretische Behandlung aus der Sicht der Herrschenden liefern McGuire und Olson, die mit dem Konzept des *stationary bandit* und *roving bandit* erstmals Strategien autokratischer Herrschaft formalisieren (1996). In ihrem Modell wägt der Autokrat die Gewinne ausbeuterischen und investiven Verhaltens gegeneinander ab. Sie stellen fest, dass es für den Autokraten sinnvoller ist, ein gewisses Maß an öffentlichen Gütern und Eigentumsrechten zu garantieren, um Investitionen anzuregen und einen Teil des erzeugten Wirtschaftswachstums in Form von Steuern abzuschöpfen. Sie bemerken, dass

whenever a rational self-interested actor with unquestioned coercive power has an encompassing and stable interest in the domain over which the power is exercised, that the actor is led to act in ways that are, to a surprising degree, *consistent with the interest of society and of those subject to this power.* (McGuire und Olson 1996: 73)

Auf dem grundsätzlichen Gedanken, dass die Handlungsweise des Autokraten auf strategischen Entscheidungen beruht, bauen sowohl diese Arbeit als auch die

nachfolgend besprochenen Arbeiten auf. Bourguignon und Verdier (2000) analysieren erstmals wichtige Faktoren, auf deren Grundlage autokratische Herrscher Entscheidungen treffen. Sie modellieren den *trade-off* zwischen der Bereitstellung des öffentlichen Gutes Bildung und einer möglichen Transition im Hinblick auf mögliche Wachstumspfade. Dabei werden vor allem die Ausstattung mit Humankapital und die davon abhängige Beteiligung am politischen Prozess in den Mittelpunkt gestellt (Bourguignon und Verdier 2000). Eine weniger auf die systemische, institutionelle Sicht abstellende Arbeit von Rajan und Zingales (2006) behandelt die Reproduktion des Status quo von Humankapital und setzt diese in Beziehung mit anhaltender Unterentwicklung von Staaten. Die Verfasser führen dies auf die ursprüngliche Verteilung von Assets und Humankapital zurück. Diese formt die Anreize und die institutionelle Verfassung und zementiert beziehungsweise verändert den momentanen Zustand, wobei die Charakteristika autokratisch und demokratisch eine untergeordnete Rolle spielen (Rajan und Zingales 2006).

Robinson (2001) versucht erstmals, die Wachstumsorientierung auf eine Entscheidung des Autokraten zurückzuführen, welche wiederum von diversen Faktoren abhängt. Er erklärt das Verhalten ausbeuterischer Autokraten mit der ursprünglichen Ausstattung des Staates mit Humankapital und natürlichen Ressourcen, den materiellen Vorteilen des Machterhalts sowie der Stabilität des Regimes bezüglich der Bereitstellung öffentlicher Güter. Die Arbeit basiert auf der Annahme, dass die ökonomische Entwicklung Einfluss auf das politische Gleichgewicht hat, von den Autokraten antizipiert wird und somit endogen in die Entscheidungen einfließt.

Overland, Simons und Spagat wählen einen ähnlichen Ansatz, indem sie die *policies* des Autokraten auf der Grundlage des vorhandenen Kapitalstocks und der Stabilität des Regimes analysieren. Sie ermitteln theoretisch einen Punkt (*bifurcation point*), an dem ein autokratischer Herrscher entweder einen wachstumsfreundlichen Kurs einschlägt oder unterhalb einer gewissen Schwelle ausbeuterisches Verhalten an den Tag legt (Overland, Simons und Spagat 2005). Das Modell unterscheidet sich von dem Robinsons vor allem in den Aussagen über die Verhaltensweise von Autokraten bezogen auf ihren Zeithorizont. Während Robinson das ausbeuterische Verhalten von langlebigen Autokratien betont, gehen Overland, Simons und Spagats Modell davon aus, dass ausbeuterisches Verhalten die Überlebenschancen des Regimes vermindert. Shen (2006) dagegen argumentiert in Übereinstimmung mit Robinson, dass die Langlebigkeit eines Regimes die Wachstumsorientierung nicht unbedingt positiv

beeinflusst. Ebenfalls betont wird die negative Wirkung von natürlichen Ressourcen auf das Investitionsverhalten, was eine Schwächung des Wachstums zur Folge hat. Andererseits findet Shen (2006) einen nicht-linearen Zusammenhang zwischen Wachstum und Regimestabilität. Wachstum kann nach ihrem Model zu erhöhter Stabilität des Regimes führen, auf Grund höheren Einkommens aber auch gegenteilige Wirkung durch Senkung der Revolutionskosten haben.

Aus der Literaturdiskussion ist ersichtlich, wie breit die Literatur zum Thema gestreut ist. Tatsächlich stellt das Korpus eine Überschneidung der Wachstumsliteratur, der komparatistischen Literatur sowie der speziell auf autokratische Systeme bezogenen, meist spieltheoretischen Literatur dar. Während die Wachstumsliteratur für die Determinanten von Wirtschaftswachstum, die in den anderen Literatursträngen zu Grunde gelegt werden, bestimmend ist, bleiben theoretische Erklärung und Herleitung der Determinanten oft im Verborgenen. Die stark empirische Ausrichtung und die erhaltenen Ergebnisse lassen kaum Rückschlüsse auf Kausalitäten zu und erschöpfen sich nicht selten in Korrelationen. Der Wert dieser Literatur zeigt sich, sobald die Kausalmechanismen identifiziert werden, die zur Ausprägung dieser wachstumsbestimmenden Faktoren führen.

Ob das politische System, also Demokratie oder Autokratie, ursächlich sind, konnte bisher nicht geklärt werden. Die gemischten Ergebnisse lassen zumindest vermuten, dass es keine eindeutigen kausalen Beziehungen zwischen dem politischen System und Wachstum gibt. Das große Verdienst der jüngeren Literatur besteht zum einen in der Erkenntnis, dass Institutionen oft nur eine Annäherung an die tiefer liegenden Ursachen der Wachstumschancen darstellen. Der Schritt von der Betrachtung der Systemeigenschaften weg hin zu dem tatsächlichen strategischen Handeln der im System relevanten Akteure stellt einen viel versprechenden Ansatz für das bessere Verständnis verschiedener Wachstumspfade in Autokratien dar. Diese Betrachtungsweise setzt sozusagen an einer tiefer liegenden Position der Kausalkette an. In dieser Tradition ist die vorliegende Arbeit zu sehen, welche sich explizit mit den Entscheidungsgrundlagen von Autokraten auseinandersetzt und versucht, auf dieser Basis das wirtschaftspolitische Handeln von Autokratien zu analysieren.

### 3. Theoretischer Ansatz

Die Grundthese des theoretischen Ansatzes bezieht sich auf den Zeitraum der Machtergreifung eines Autokraten und seiner Analyse der vorherrschenden wirtschaftlichen und politischen Eigenschaften zu diesem Zeitpunkt. Die Grundlage dieser Argumentation bilden das Modell und die Ausführungen Robinsons, der einen sehr ähnlichen Ansatz zur Erklärung verschiedener Wachstumspfade autokratischer Systeme gewählt hat (Robinson 2001).

Ob ein autokratischer Staat eine positive oder negative wirtschaftliche Entwicklung aufzeigt, hängt von der Entscheidung des im System relevanten Akteurs zum Zeitpunkt  $t_0$  ab. Diese Entscheidung wird durch diverse Voraussetzungen bestimmt. Diese sind:

- der Vorteil an der Macht zu sein
- die Ausstattung mit Kapital, das sich komplementär zur Bereitstellung öffentlicher Güter verhält (v. a. Humankapital/technologisches Wissen)
- die Ausstattung mit natürlichen Ressourcen
- die Stabilität des Regimes bezüglich der Bereitstellung öffentlicher Güter

Auf der Grundlage der Einschätzung dieser Gegebenheiten erstellt der Akteur eine Kosten-Nutzen Rechnung. Er ermittelt dann die optimale Strategie zur eigenen Nutzenmaximierung. Die Entscheidungsmöglichkeiten sind *Investieren* und *Nicht-Investieren*. Die Entscheidung *Investieren* impliziert Konsum zu einem späteren Zeitpunkt, wohingegen *Nicht-Investieren* sofortigen Konsum ermöglicht. Die Entscheidung *Investieren* führt zu einem positiven Verlauf des Wachstumspfad, während die Entscheidung *Nicht-Investieren* zu einer negativen Entwicklung führt.

Dieser theoretisch hergestellte Zusammenhang zwischen den Voraussetzungen, der Entscheidung des Akteurs, und dem Wachstum, versucht die unterschiedlichen Entwicklungspfade junger Volkswirtschaften autokratischer Staaten zu erklären. Es ist auf den ersten Blick nicht einsichtig, warum manche Entwicklungsländer unter scheinbar ‚schlechten‘ Voraussetzungen rasantes Wachstum verzeichnen, während andere stagnieren und teilweise auch negativ wachsen. Die eben dargestellte Theorie führt die unterschiedlichen Wachstumspfade auf grundlegende Entscheidungen zum Zeitpunkt einer einschneidenden politischen/wirtschaftlichen/historischen Zäsur zurück. Sie betrachtet diese Entscheidung aus dem Blickwinkel eines nutzenmaximierenden Akteurs, dessen Entscheidung *Investieren/Nicht-Investieren* die anschließende Entwicklung der Volkswirtschaft maßgeblich prägt. Die Wachstumspfade werden also nicht aus einem dynamischen Prozess heraus erklärt, sondern aus einer initialen

Entscheidung, die dann den weiteren Prozess zu einem gewissen Grad determiniert. Eine bestimmte Anreizstruktur, die zu einem bestimmten Zeitpunkt gegeben ist, leitet das Handeln der Akteure. Diese Anreizstruktur ist selbstverstärkend und wäre im weiteren Verlauf der Entwicklung nur durch einen exogenen Schock zu verändern. Die Tatsache, dass sich der Akteur für die Strategie *Investieren* entscheidet, hat keinen altruistischen Hintergrund. In diesem Ansatz werden materielle Bereicherung sowie Machterhaltung immer als Ziel der Handlung angenommen. Die Ausführungen gelten also der optimalen Strategie zur Maximierung der Nutzenfunktion. Einfach formuliert könnte man sagen, der Autokrat entscheidet, ob er seine Bemühungen darauf richtet, den ‚Kuchen‘ zu vergrößern oder ob er versucht, soviel wie möglich von dem bereits vorhandenen ‚Kuchen‘ zu konsumieren. Die Auswirkungen der verschiedenen Strategien unterscheiden sich fundamental und werden unter Punkt 3.3.1 ausführlich behandelt.

### **3.1 Annahmen und Eingrenzungen**

Die Betrachtung der Problemstellung in dieser Form erfordert zahlreiche Annahmen und Eingrenzungen, die im folgenden Abschnitt erklärt und begründet werden sollen.

Es ist offensichtlich, dass der Wachstumsprozess von Volkswirtschaften von sehr vielen Faktoren abhängig ist. Der Sinn dieser Arbeit liegt nicht darin, diese alle aufzuzählen und deren Wichtigkeit zu bewerten. Ziel ist vielmehr, einige wenige - und nach Meinung des Autors ausschlaggebende - Faktoren zu betrachten und deren Relevanz für die Fragestellung zu untersuchen. In der Tradition zahlreicher wissenschaftlicher Abhandlungen wird also *Occam's Razor* zum Einsatz kommen, um die große Menge wichtiger und interessanter Faktoren auf ein Minimum zu reduzieren.

Don't multiply entities beyond necessity (zit. nach Spade: 2006)

In diesem Sinne müssen interessante Details und Fragen von sekundärer Bedeutung außen vor gelassen, um den Rahmen der vorliegenden Arbeit nicht zu sprengen.

Eine wichtige Vereinfachung bezieht sich auf die Einordnung des politischen Systems. Der Facettenreichtum demokratischer als auch nichtdemokratischer Regime ist enorm. Man vergleiche etwa das U.S.-amerikanische demokratische System mit Mehrheitswahlrecht, das deutsche Misch-System, präsidentielle Systeme oder semipräsidentielle Systeme wie in vielen anderen Staaten. Dasselbe gilt für autokratische Regime. Diese reichen von absoluter Einpersonenherrschaft wie in Nordkorea über die Einparteienherrschaft Chinas bis hin zu Militärregimen, die unter anderem in vielen

südamerikanischen Ländern die Regierung stellen. Selbst Staatssysteme, in denen der Regierungsbildung eine Wahl vorausgeht, können in bestimmten Fällen als autokratisch eingestuft werden. Dies lässt sich unter anderem auf exzessives Gerrymandering<sup>5</sup>, Wahlbetrug, Korruption der Wähler oder Manipulation von Kandidatenlisten und verzerrte Repräsentation in den Medien zurückführen.

Zwischen diesen Nuancen von demokratischen und nichtdemokratischen Systemen wird nicht unterschieden. Im Rahmen dieser Arbeit wird Demokratie als politisches System definiert, in dem die Mehrheit der Bevölkerung wahlberechtigt ist und mit ihrer Wahlentscheidung die Präferenzen bezüglich der Regierungszusammensetzung und verschiedener angebotener *policies* maßgeblich beeinflusst. Davon werden nichtdemokratische<sup>6</sup> Systeme durch die Tatsache abgegrenzt, dass sie die Präferenzen einer Subgruppe der Gesellschaft repräsentieren, die im folgenden Text als Elite bezeichnet wird. Die Elite kann eine Partei sein (z. B. China, Sowjetunion), eine Militärjunta (z. B. Chile 1980er), eine Monarchie (z. B. Nepal), oder sie kann sich nach ethnischen Gesichtspunkten (z. B. Südafrika bis 1996) zusammensetzen. In dieser Arbeit wird Elite in Anlehnung an Acemoglus und Robinsons (2006) Definition als identisch mit der Gruppe der relativ Reichen angenommen, wobei die Bürger – definiert als Nichtelite – als relativ arm eingestuft werden. Wie weiter unten gezeigt wird, sind die Mechanismen der Machterhaltung bei allen Elitegruppierungen sehr ähnlich, weshalb die Zusammensetzung der jeweiligen Subgruppe im Kontext dieser Arbeit eine untergeordnete Rolle spielt.

Trotz der großen Unterschiede innerhalb demokratischer und nichtdemokratischer Regierungsformen ist die Unterscheidung zwischen diesen beiden Staatsformen maßgeblich. Die Regierungsformen an sich werden in weiten Teilen der Arbeit als *black-box* behandelt. Demokratien werden also als Systeme relativer politischer Gleichheit und Autokratien als Systeme politischer Ungleichheit betrachtet.<sup>7</sup>

Des Weiteren stützt sich die Arbeit auf die einflussreiche Standardeinteilung autokratischer Regime nach Wintrobe (1998). Diese Einteilung erfolgt erstens nach den Präferenzen der Regime und zweitens nach dem Grad der Anwendung der Instrumente zum Erreichen der Ziele. Nach Wintrobes Modell herrschen in den verschiedenen

---

<sup>5</sup> Gerrymandering bezeichnet die absichtliche Veränderung der Grenzen von Wahlbezirken bei Mehrheitswahlrecht, welche einer Partei und/oder einem oder mehreren Kandidaten zum Vorteil gereicht.

<sup>6</sup> Im folgenden Text werden die Bezeichnungen nichtdemokratisch und autokratisch synonym verwendet.

<sup>7</sup> Diese Definition wird in der einschlägigen Literatur standardmäßig gebraucht. Siehe z. B. Acemoglu und Robinson 2006: 17.

Formen verschiedene Gleichgewichte zwischen „Loyalität“ und „Repression“. Vereinfacht kann Loyalität entweder durch wirtschaftlichen Erfolg oder durch Vergabe von Privilegien, Pfründen und andere monetäre oder nicht-monetäre Zuwendungen generiert werden. Für Repressionen steht der klassische Machtapparat des Staates zur Verfügung, der von Überwachung und Internierung bis zu Folter und Todesurteilen reicht. Primäres Ziel autokratischer Regime jeder Ausgestaltung ist Machterhalt. Während aber ein *tinpot*<sup>8</sup>-Regime nur so viel Repression ausübt wie nötig ist, um im Amt zu bleiben, setzen *totalitäre* Regime Repression bis zum Maximum der Machtfunktion ein, um ihren umfassenden Anspruch auf die Regelung der Gesellschaft bis in das Privatleben hinein durchzusetzen. *Timokratie* bezeichnet eine Form der Autokratie, in der ein selbstloser Herrscher zum Wohle seiner Bürger handelt und mit wenig Repression und hoher Loyalität regiert. *Tyrannie* bezeichnet eine Herrschaftsform, die sich durch hohe Repression auszeichnet, aber ohne den umfassenden Anspruch des totalitären Regimes noch dessen Fähigkeit, durch Repression Loyalität zu generieren. Die nachfolgende Übersicht ordnet die Regime nach ihrem ‚Repression - Loyalität‘ Gleichgewicht ein.

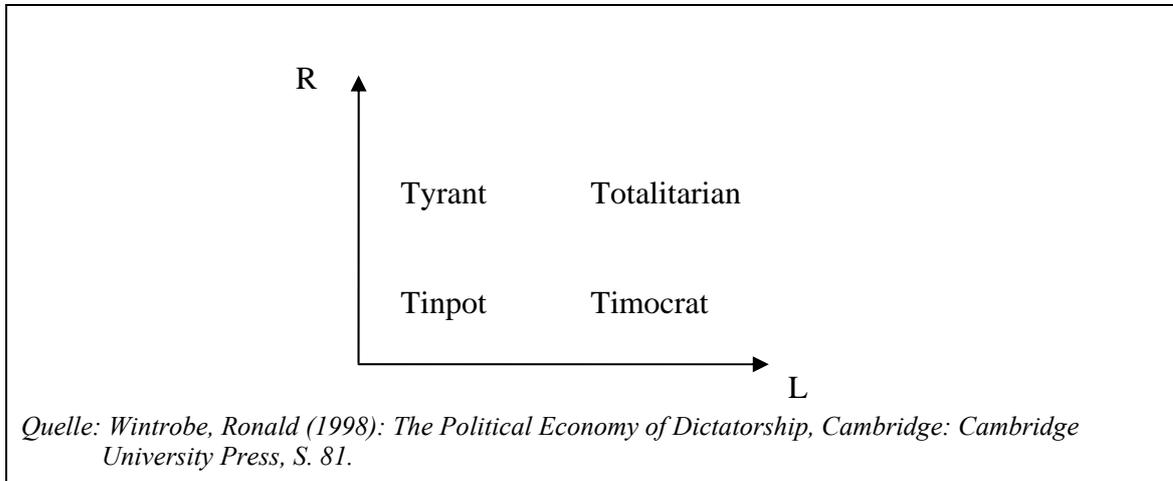


Abbildung 1: R - L Gleichgewichte verschiedener autokratischer Regime

Natürlich lassen sich die verschiedenen Regime nicht immer trennscharf einordnen. Dennoch sind *tinpot*-Regime empirisch gesehen wohl die größte Gruppe autokratischer Systeme, die Repression nur in dem erforderlichen Ausmaß einsetzen, um im Amt zu bleiben und die Früchte der Monopolisierung politischer Macht zu genießen (Wintrobe

<sup>8</sup> Engl.: Westentasche

1998: 11). Tyranneien und Timokratien<sup>9</sup> finden keine Entsprechungen in der Gegenwart mehr. Die Machtakkumulation und der umfassende Gestaltungsanspruch als Präferenz totalitärer Regime bedürfen einer eigenen Analyse. Ausgehend von *tinpot*-Regimen wird also angenommen, dass materielle Bereicherung und der Erhalt der Macht als die entscheidenden Handlungsmotive von Autokraten im Vordergrund stehen.

In Bezug auf die verschiedenen Wachstumspfade stützt sich die Arbeit volkswirtschaftlich gesehen auf die Annahmen der endogenen Wachstumstheorie (u.a. Romer 1986, 1994). Ohne andere Wachstumsmodelle zu diskutieren, genügt es für die Zwecke dieser Arbeit davon auszugehen, dass technologischer Fortschritt und die Bildung von Humankapital ausschlaggebend für den weiteren Verlauf des Wachstumsprozesses sind. Diese Annahme wird empirisch unter anderem von Glaeser et al. (2004) gestützt, welche Humankapital als die ausschlaggebende Determinante von Wachstumsprozessen identifizieren konnten. Konkurrierende Erklärungsansätze von Pritchett (2001)<sup>10</sup> sowie Alesina et al. (1996)<sup>11</sup> werden in diesem Zusammenhang außen vor gelassen. Weiterhin wird angenommen, dass neben Investitionen in Humankapital Investitionen in physisches Kapital einen positiven Einfluss auf Wachstum haben. Welche Implikationen die Möglichkeit autokratischer Regime mit sich bringt, die Investitionsquote durch erzwungenes Sparen, z. B. durch Reduzierung von Konsummöglichkeiten, Inflation (Lau 2000: 44, für China) oder obligatorische Sparprogramme (Taiwan, siehe 3.3.1), zu erhöhen, kann im vorgegebenen Rahmen nicht ausführlich behandelt werden. Wie dem Kapitel zwei zu entnehmen ist, gibt es zahlreiche wachstumshemmende und -fördernde Faktoren, die aber zum Zeitpunkt  $t_0$  nicht berücksichtigt werden. Dies hängt damit zusammen, dass diese Faktoren oft erst im Prozess wirksam werden und diese Informationen zum Zeitpunkt der hier betrachteten Investitionsentscheidung nicht vorhanden sind.

Wie bereits erwähnt, werden Autokratien zu einem Zeitpunkt  $t_0$  betrachtet. Die Vorgeschichte des Staates und damit die Herausbildung der charakteristischen Umstände zum Zeitpunkt  $t_0$  werden nur soweit absolut notwendig einbezogen. Insbesondere historische Prozesse bis zum Zeitpunkt  $t_0$  und die damit verbundenen Pfadabhängigkeiten (vgl. z. B. Acemoglu, Johnson, Robinson 2005) bezüglich der

---

<sup>9</sup> Im weitesten Sinne könnte man Saudi-Arabien und andere Autokratien unter den Golfstaaten als Timokratien bezeichnen. Wintrobe selbst definiert sie jedoch als ein politisches System der Antike.

<sup>10</sup> Argument: Gewinne aus Bildung sind niedrig in Entwicklungsländern.

<sup>11</sup> Argument: Erhöhung der politischen Stabilität durch Bildung erklärt höheres Wachstum.

späteren wirtschaftlichen Entwicklung sind nicht unterzubewerten, werden hier aber lediglich als Momentaufnahme zum Zeitpunkt der Machtübernahme berücksichtigt.

### 3.2 Faktoren der Investitionsentscheidung

Wie im Eingangsabsatz ausgeführt, trifft der im System relevante Akteur zum Zeitpunkt  $t_0$  die Entscheidung zwischen *Investieren* und *Nicht-Investieren*. Diese Entscheidung hängt von den verschiedenen erwähnten Faktoren ab.

- a) Der Vorteil an der Macht zu sein, welcher sich oft in der Verteilung von *Assets* sowie der Fähigkeit, Staatsämter als Geldquelle zu missbrauchen widerspiegelt.
- b) Die Ausstattung mit Humankapital bestimmt den Ertrag der Bereitstellung öffentlicher Güter<sup>12</sup>. Ist diese hoch, lohnt die Bereitstellung, um sich zu einem späteren Zeitpunkt  $t_i$  an dem gesteigerten Output der Volkswirtschaft zu bereichern.
- c) Die Ausstattung mit natürlichen Ressourcen erübrigt die Bereitstellung öffentlicher Güter und ermöglicht sofortigen Konsum zum Zeitpunkt  $t_0$  z. B. durch den Verkauf auf dem Weltmarkt.
- d) Die Sensitivität bezüglich der Bereitstellung öffentlicher Güter, welche die Revolutionskosten senken und das *collective-action* Problem reduzieren können.

Die vorgebrachten Faktoren gehen aus verschiedenen Ideen der vorhandenen Literatur hervor, welche an dieser Stelle nochmals kurz in Erinnerung gebracht werden sollen. Die grundlegende Vorstellung eines Schwellenwertes an wie auch immer geartetem Kapital, der *Investieren* oder *Nicht-Investieren* impliziert, wird von Overland, Simons und Spagat (2005) vertreten. In ihrer Version allerdings stehen Kapitalbewegungen, welche auf das politische Umfeld reagieren, im Vordergrund.

Die Einbringung von Ungleichverteilung von *Assets* – in diesem Fall Land – und deren Auswirkung auf Wachstum werden von Deininger und Squire (1996, 1998) untersucht. Ihre Erkenntnisse decken sich mit den im folgenden Modell erklärten Auswirkungen der *Asset-Verteilung*.<sup>13</sup> Die Autoren bieten allerdings einen anderen Mechanismus für das

---

<sup>12</sup> ‚Öffentliche Güter‘ werden in der vorliegenden Arbeit sehr weit definiert. Sie umfassen alle klassischen öffentlichen Güter wie z. B. Verkehrsinfrastruktur, Bildungseinrichtungen, Telekommunikations-einrichtungen etc. aber auch ökonomische Institutionen im Sinne von z. B. Rechtssicherheit und Eigentumsrechten.

<sup>13</sup> Im weiteren Text wird der Ausdruck ‚Asset-Verteilung‘ und ‚Ertrag an der Macht zu sein‘ synonym verwendet. Der Begriff Asset-Verteilung wird also nicht in der engen Definition Deininger und Squires

Phänomen an, welcher sich – unter Annahme imperfekter Kapitalmärkte – auf die Unmöglichkeit bezieht, dass ärmere Bevölkerungsschichten Sicherheiten für Investitionskredite bereitstellen können. Der empirische Befund ist von der unterschiedlichen Interpretation, wie sie in nachfolgendem Modell angeboten wird, nicht betroffen.

Die Tatsache, dass Humankapital eine ausschlaggebende Rolle für Wachstum spielt, gilt mittlerweile als unbestritten. Vor allem Glaeser et al. (2004) und Barro (2001) weisen darauf nochmals ausdrücklich hin. Daher erscheint es in erster Linie rational, diese Ressource soweit wie möglich auszubeuten. Daraus ergibt sich der Gedanke der Ausbeutung des Humankapitals durch Bereitstellung öffentlicher Güter, die komplementär zu ebendiesem Humankapital sind.

Eine umfassende empirische Untersuchung zum Zusammenhang zwischen der Ausstattung mit natürlichen Ressourcen und Wachstum zeigt, dass Ressourcenreichtum auch nach Kontrolle diverser anderer Faktoren negativ mit Wachstum korreliert ist (Sachs und Warner 1995). Die Erklärungen dafür reichen von der *Dutch-disease*<sup>14</sup> bis zum *hysteresis*<sup>15</sup>. Interessant für den vorliegenden Zusammenhang ist aber die polit-ökonomische Erklärung von Lane und Tornell (1995). Sie haben gezeigt, dass hohe Ausstattung mit natürlichen Ressourcen zu ineffizientem *Rent-seeking* Verhalten führt, was dem vorliegenden Zusammenhang sehr ähnlich ist. Auch die indirekten Effekte der *Dutch-disease*, wie die Senkung des Anreizes, in andere Sektoren zu investieren, weil sie die Rendite anderer Sektoren vermindert (Birdsall 2001), finden sich in dem vorgestellten Modell wieder.

Die Implikationen von technischem Fortschritt für die politische Stabilität werden von Acemoglu und Robinson (2006) modelliert. Die Idee bezieht sich auf einen *political replacement effect*, welcher die Elite dazu bringt, technische Innovationen und ökonomisches Wachstum generell zu blockieren, um ihre Macht nicht zu gefährden. Die Autoren zeigen, dass dieser Effekt umso stärker wirksam wird, je höher der ‚Ertrag an der Macht zu sein‘ ausfällt. Bourguignon und Verdier (2000) liefern eine Erklärung für

---

gebraucht, sondern beschreibt generell die Differenz zwischen dem Ertrag an der Macht zu sein und dem Ertrag nicht an der Macht zu sein.

<sup>14</sup> Die *Dutch-disease* beschreibt ein *Crowding-out* im Export Sektor durch Ressourcen-Booms. Diese führen bei flexiblen Wechselkursen zu einer Aufwertung der inländischen Währung und zu Wettbewerbsverlust anderer handelbarer Güter auf dem Weltmarkt. Darüber hinaus lässt sich ein Anstieg des inländischen Preisniveaus beobachten, was eine Verwandtschaft mit dem *Balassa-Samuelson*-Effekt nahe legt.

<sup>15</sup> *Hysteresis* bezeichnet den Effekt eines langfristigen Wettbewerbsverlustes durch Ressourcenallokation weg von der verarbeitenden Industrie und den mit ihr verbundenen positiven externen Effekten.

den Transitionseffekt auf Grund von Bildungsförderung durch die Eliten unter gegebenen imperfekten Kapitalmärkten. Die positiven Externalitäten eines höheren Bildungsgrades werden in Beziehung zu der destabilisierenden Wirkung derselben modelliert.

### 3.3 Robinsons Predatory State Modell

In diesem Abschnitt wird Robinsons Modell vorgestellt, welches die vorangegangenen Argumente formalisiert und hilft, die Wechselwirkungen der Faktoren untereinander zu verstehen.

Robinson betrachtet die Ökonomie eines autokratischen Staates in diskreter Zeit. Zu jedem Zeitpunkt lassen sich alle Akteure der Gruppe  $P$  (Elite), die an der Macht ist, oder der Gruppe  $N$  (Bürger), die keine politische Macht besitzt, zuordnen. Die Zuordnung zu den Gruppen ist exogen bestimmt und sie werden auf eins normalisiert. Alle Agenten dieser Gruppe haben eine lineare Nutzenfunktion über den Konsum eines einzigen Konsumgutes in jeder Periode. Sie wollen  $E_0 \sum_{t=0}^{\infty} \delta^t c_t^i$  für  $i = N, P$  maximieren, wobei  $\delta \in (0, 1)$  die subjektive Rate der Zeitpräferenz darstellt und  $E$  einen Erwartungsoperator abhängig von den verfügbaren Informationen zu dem Zeitpunkt  $t = 0$ . Die Volkswirtschaft weist eine exogene Verteilung von zwei Typen an Assets auf, welche beide zur Produktion des Konsumgutes  $c$  verwendet werden können.  $R$  bezeichnet die Einheiten natürlicher Ressourcen und  $k$  die Einheiten an Kapital. Der totale Output ist  $A(g)k + R$  wobei die Produktivität ( $A$ ) durch Investition in das öffentliche Gut  $g$  erhöht werden kann.  $A(g)$  wird als differenzierbar und streng monoton steigend angenommen, mit  $A'(g) > 0$  und  $A''(g) < 0$ . Die Investitionen haben nur über eine Periode Bestand.

In jeder Periode hat die Gruppe  $N$  die Möglichkeit, in der nächsten Periode die Macht zu übernehmen mit der Wahrscheinlichkeit  $\Phi$ . Dann tauschen die beiden Gruppen die Rollen, das heißt, die ehemalige Gruppe  $P$  ist dann Gruppe  $N$  und umgekehrt. Die Funktion  $\Phi(g)$  beschreibt die Abhängigkeit von  $\Phi$  bezüglich  $g$ . Die Abhängigkeit genügt der Annahme, dass  $\Phi'(g) > 0$  und  $\Phi''(g) < 0$ , dass also  $\Phi(g)$  monoton steigend, ableitbar und konkav ist. Dies beschreibt den Zusammenhang, dass die Wahrscheinlichkeit eines Machtwechsels<sup>16</sup> mit der Bereitstellung öffentlicher Güter steigt.

Das öffentliche Gut ist sehr breit definiert und kann alle möglichen Formen wie z. B. Verkehrs-Infrastruktur, Telekommunikationseinrichtungen, Schulen, Universitäten,

---

<sup>16</sup> Im folgenden Text werden Machtwechsel und Revolution synonym verwendet.

Gesundheitswesen und auch ökonomische Institutionen etc. annehmen.  $\theta$  beschreibt den Bestand an Assets<sup>17</sup>, die der Gruppe  $P$  zugeordnet werden, und der Rest  $1 - \theta$  verbleibt bei der Gruppe  $N$ , so dass  $\theta \in [0, 1]$  ganz allgemein den Vorteil an der Macht zu sein bezeichnet.  $\delta$  wird als die subjektive Rate der Zeitpräferenz angesehen und bezeichnet einen exogenen, konstanten Faktor, der die Gewichtung des Zukunftsnutzens beeinflusst. Die folgende Gleichung beschreibt also den erwarteten momentanen diskontierten Nutzen<sup>18</sup> der Gruppe  $N$ .

$$(1.0) \quad V^N(\theta) = (1-\theta)[A(g)k + R] + \delta [(1-\pi)\Phi(g)V^N(\theta) + \pi\Phi(g)V^P(\theta)]$$

Korrespondierend dazu steht die Nutzenfunktion der Gruppe  $P$ , die sich dadurch von der Gruppe  $N$  unterscheidet, dass sie die Kosten für  $g$  tragen muss, und ihr der Anteil  $\theta$  des erwirtschafteten Ertrags zukommt.

$$(1.1) \quad V^P(\theta) = \theta[A(g)k + R] - g + \delta [\pi\Phi(g)V^N(\theta) + (1-\pi)\Phi(g)V^P(\theta)]$$

Die Größe  $\pi$  beschreibt die Strategiewahl der Gruppe  $N$ . Wenn es die optimale Strategie ist, wenn möglich die Macht zu ergreifen, dann geht  $\pi$  mit dem Wert  $1$  in die Gleichung ein und bestimmt die Gewichtung der beiden Summanden der zweiten Klammer zueinander. Falls  $\pi = 0$  ist, muss die Gruppe  $P$  keine Beschränkungen hinsichtlich der Bereitstellung öffentlicher Güter beachten. Die Bestimmung von  $g$  hängt von der exogenen Größe  $\theta$  ab und wird im Folgenden genauer behandelt.

### 3.3.1 Strategien der Elite

Im folgenden Abschnitt soll die optimale Strategie der Gruppe  $P$  für die Bereitstellung öffentlicher Güter  $g$  unter der Asset-Verteilung  $\theta$  betrachtet werden.

#### Fall A

Wahl von  $g$  unter der Annahme das  $\underline{\theta} > 1/2$ , so dass gilt:

$$(1.2) \quad \underline{\theta}[A(g(\underline{\theta}))k + R] - g(\underline{\theta}) = (1 - \underline{\theta})[A(g(\underline{\theta}))k + R]$$

und  $g(\underline{\theta})$  die optimale Wahl von  $g$  bei der Verteilung von Assets  $\underline{\theta}$  ist, dann gilt bei  $\theta \in [0, \underline{\theta}]$  versucht Gruppe  $N$  unter keinen Umständen die Macht zu ergreifen, das heißt  $\pi = 0$ . (Das heißt  $V^N(\theta) \geq V^P(\theta)$  für alle  $\theta \in [0, \underline{\theta}]$ .) Das optimale Level an Investitionen in  $g^*$  wird mit  $A'(g)k = 1$  beschrieben. Die folgende Graphik zeigt den Verlauf der

<sup>17</sup> Es sei daran erinnert, dass der Ausdruck Asset-Verteilung sich auch im weiteren Text auf den Ertrag an der Macht zu sein und nicht im engeren Sinne auf die Verteilung von Produktionsmitteln bezieht.

<sup>18</sup> Diese Gleichung wird der Einfachheit halber im weiteren Text als Nutzenfunktion der jeweiligen Gruppe bezeichnet.

Nutzenfunktionen der Gruppen  $P$  und  $N$ . Zu bemerken ist, dass diese relativ nahe beieinander liegen, was die eben definierte Asset-Verteilung widerspiegelt.

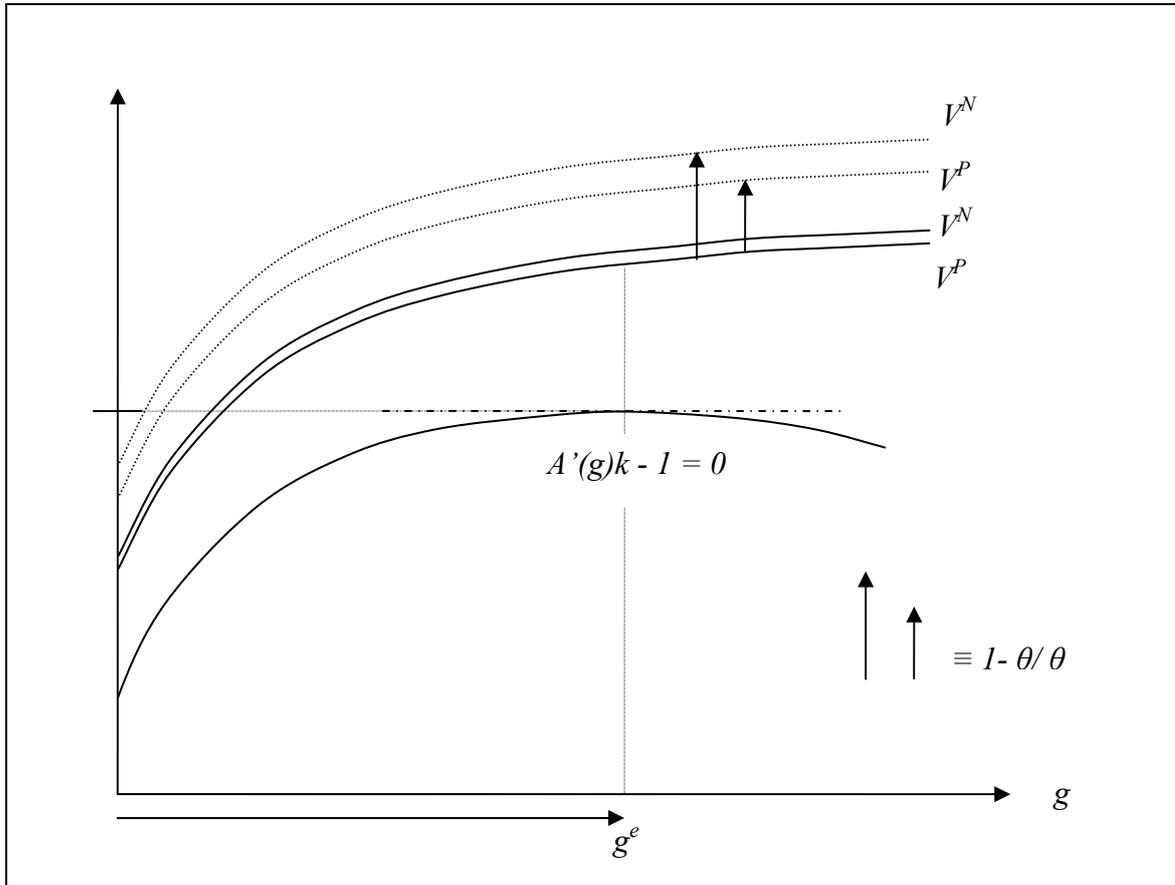


Abbildung 2: Nutzenfunktionen unter Asset-Verteilung  $\theta \in [0, \underline{\theta}]$

Die Elite kann in diesem Fall den Nutzen maximieren, ohne durch die Bereitstellung öffentlicher Güter die Wahrscheinlichkeit einer Revolution zu erhöhen. Gleichzeitig erhöht sie nämlich den Nutzen der Gruppe  $N$  um den Faktor  $1 - \theta$ . Das Modell beschreibt diesen Fall, in dem es  $\pi = 0$  setzt und den Zukunftsnutzen der Elite unbeeinflusst lässt. Die Elite wird in diesem Fall eine einfache Grenznutzenrechnung anstellen, das heißt  $\theta A'(g)k - l$  gleich Null setzen und das Optimum an öffentlichen Gütern bzgl. deren Produktivitätssteigerung zur Verfügung stellen. Daraus ergibt sich folgende Nutzenfunktion:

$$(1.3) \quad V^P(\theta) = \theta [A(g)k + R] - g + \delta V^P(\theta) \quad \text{mit } \theta \in [0, \underline{\theta}]$$

Selbst ein hoher Bestand an natürlichen Ressourcen oder Humankapital/technologischem Wissen würde durch das gegebene  $\theta$  das politische Gleichgewicht nicht wesentlich beeinflussen, weil der Nutzen der beiden Gruppen relativ zueinander steigen würde. Die gestrichelten Linien zeigen die Veränderung des Nutzens für die Gruppen  $P$  und  $N$  für den Fall, dass  $R$  und/oder  $H$  steigen. Die Kurven verschieben sich

nur absolut, das Verhältnis zueinander bleibt gleich. Das heißt, die Elite  $P$  hat die Möglichkeit, öffentliche Güter bis zu dem optimalen Level  $g^*$  zur Verfügung zu stellen, um  $V^N$  zu steigern bzw. zu maximieren. Also ist die optimale Strategie im Fall A *Investieren*.

### Fall B

Betrachtet man eine andere Asset-Verteilung, so dass der Ertrag  $\theta$  an der Macht höher ist, kann man komplementär zu obiger Definition  $\theta$  nun die Bedingung  $\theta \in (\underline{\theta}, 1]$  genügen lassen. In dieser Konstellation nimmt  $\pi$  den Wert eins an. Dies bedeutet im Gegensatz zum vorherigen Fall, dass die Gruppe  $N$ , wenn die Möglichkeit besteht, versuchen wird, die Macht zu ergreifen. Auf Grund von  $\pi = 1$  muss nun die Wahrscheinlichkeit eines Machtwechsels mit in die Betrachtung aufgenommen werden. Hier wird, wie bereits erwähnt, davon ausgegangen, dass  $\Phi'(g) > 0$  und  $\Phi''(g) < 0$  erfüllt sind. Auf Grund der exogen gegebenen Asset-Verteilung  $\theta \in (\underline{\theta}, 1]$  und der optimalen Strategie  $\pi = 1$  der Gruppe  $N$  erhöht jede Einheit zur Verfügung gestellter öffentlicher Güter die Wahrscheinlichkeit des Machtwechsels. Hier werden zwei gegenläufige Effekte sichtbar: Einerseits erhöht die Bereitstellung öffentlicher Güter bis zu dem Punkt  $\theta A'(g)k - 1 = 0$  die Nutzenfunktion der Gruppe  $P$ , andererseits erhöht sich dadurch die Revolutionswahrscheinlichkeit in der Zukunft. Das Maximierungskalkül verändert sich also dahingehend, dass bei der Bereitstellung öffentlicher Güter eine Beschränkung wirksam wird, insofern als der Zukunftsnutzen an der Macht zu sein mit den geringeren Erträgen aus der Wirtschaftstätigkeit mit weniger öffentlichen Gütern verrechnet wird. Man bedenke, dass das effiziente Level  $g^c$  durch  $\theta A'(g)k - 1 = 0$  definiert ist, solange der Zukunftsnutzen unbeeinflusst bleibt. Bezieht man aber den Zukunftsnutzen mit ein, entspricht die Maximierung des Gesamtnutzens bezogen auf das Level öffentlicher Güter folgendem Zusammenhang:

$$(1.4) \quad \theta A'(g)k - 1 - \delta \Phi'(g) [V^P(\theta) - V^N(\theta)] = 0$$

Weiter aufgelöst und umgestellt ergibt sich daraus das zu erfüllende Gleichgewicht zwischen momentanen Nutzen und zukünftigen Nutzen aus den zusätzlichen Einheiten an öffentlichen Gütern.<sup>19</sup>

---

<sup>19</sup> Zwischenschritt:  $V^P - V^N = \frac{(2\theta - 1)[A(g)k + R] - g}{1 - \delta(1 - 2\phi(g))}$

$$(1.5) \quad \theta A'(g)k = 1 + \frac{\delta \Phi'(g) [(2\theta - 1)[A(g)k + R] - g]}{1 - \delta(1 - 2\phi(g))}$$

Wäre der zweite Summand 0 würde das Gleichgewicht wieder Fall A entsprechen. In diesem Fall wird das Gleichgewicht bei dem Level an öffentlichen Gütern  $g^e$  erreicht.

Klarer zu sehen ist der Zusammenhang, wenn man den Term  $f(g)$ , der den Zukunftseffekt beschreibt und den Term  $e(g)$ , der den gegenwärtigen Effekt<sup>20</sup> beschreibt, trennt und graphisch (Abbildung 3) gegenüberstellt.

$$\text{Sei } f(g) := 1 + \frac{\delta \phi'(g) [(2\theta - 1)[A(g)k + R] - g]}{1 - \delta(1 - 2\phi(g))} \quad \text{und} \quad e(g) := \theta A'(g)k.$$

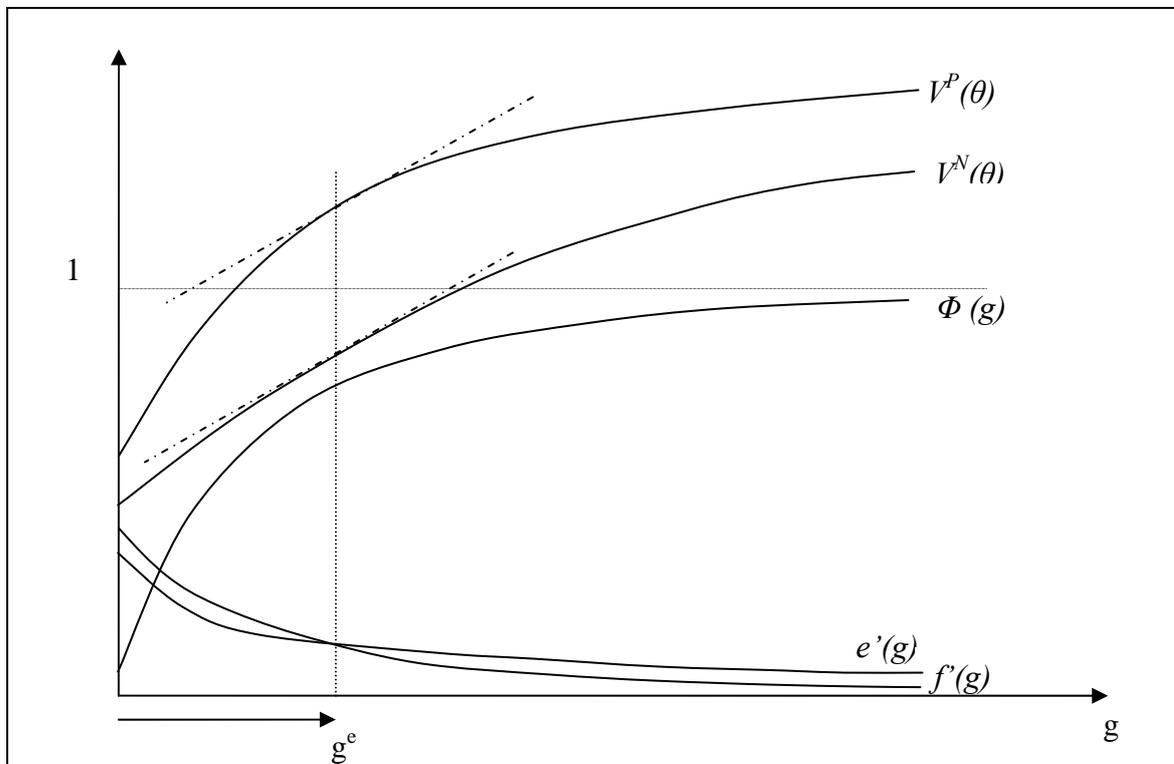


Abbildung 3: Nutzenfunktionen unter Asset-Verteilung  $\theta \in [\underline{\theta}, 1]$

Der Schnittpunkt zeigt das Gleichgewicht der beiden Funktionen und den Punkt ( $g^e$ ) an, an dem der Grenznutzen einer zusätzlichen Einheit an öffentlichen Gütern – unter Einbeziehung der Wirkung dieser zusätzlichen Einheit in der Zukunft – für die Gruppe  $P$  negativ wird.

Unter der Annahme, dass  $\theta \in (\underline{\theta}, 1]$  so dass  $V^P > V^N$  ist, ergeben sich die beiden bereits erwähnten gegenläufigen Effekte. Daraus ergibt sich, dass, sobald  $\theta > \underline{\theta}$  und damit  $V^P -$

<sup>20</sup> Die beiden Funktionen sind nicht mit dem Zukunftsnutzen und momentanen Nutzen zu verwechseln! Sie ‚repräsentieren‘ diese lediglich in dem Gleichgewicht der Gleichung (1.5)

$V^N > 0$ ,  $\theta A'(g^e) > \theta A'(g^*)$  sein muss, um die Gleichung (1.4) bzw. (1.5) erfüllen zu können. Das für die Gruppe  $P$  effiziente Level an öffentlichen Gütern  $g^e$  muss also kleiner sein als das optimale Level  $g^*$  (d. h.  $g^e < g^*$ ). Daraus folgt, dass bei der angenommenen Asset-Verteilung  $\theta \in (\underline{\theta}, 1]$  die optimale Strategie der Gruppe  $P$  im Fall B Unterversorgung mit öffentlichen Gütern, also *Nicht-Investieren*, ist.

### Fall C

In dem folgenden Fall wird Robinsons Annahme gekippt, dass  $\Phi'(g) > 0$  und  $\Phi(g)'' < 0$  sind (siehe S. 21). Die neue Funktion  $\underline{\Phi}(g)$  besitzt ein globales Minimum an der Stelle  $g^i$  mit  $\underline{\Phi}'(g^i) = 0$  und  $\underline{\Phi}''(g^i) > 0$ . Diese Erweiterung erlaubt es, der Bereitstellung öffentlicher Güter bis zu einem bestimmten Level einen stabilisierenden Einfluss auf die Machausübung zuzusprechen. Wie aus dem folgenden Graphen zu entnehmen ist, verlaufen die Nutzenfunktionen nicht fundamental anders als in Fall B.

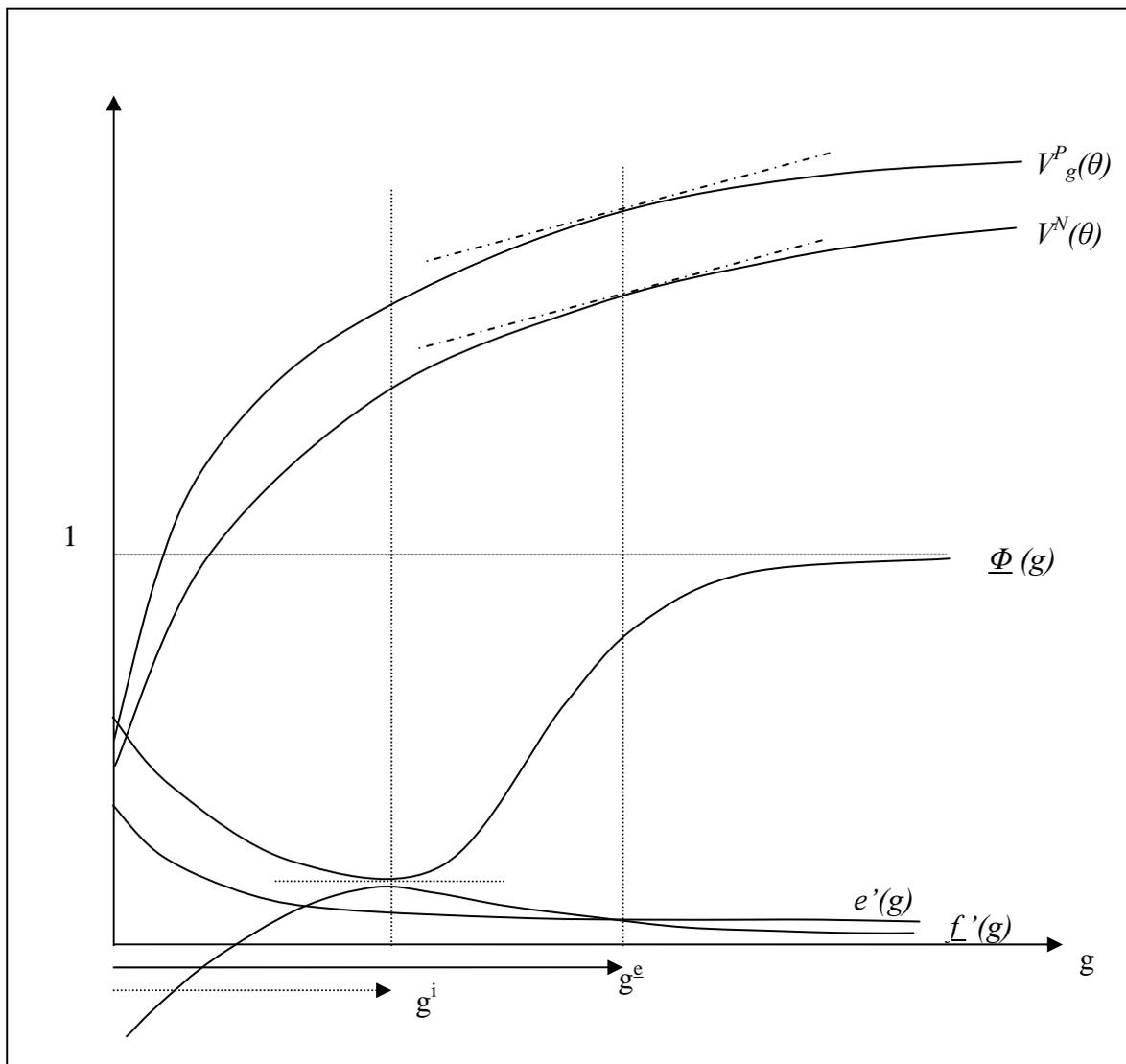


Abbildung 4: Erweiterte Nutzenfunktionen unter Asset-Verteilung  $\theta \in [\underline{\theta}, 1]$

Zu bemerken ist aber, dass die Nutzenfunktionen höher liegen, weil durch den veränderten Verlauf von  $\Phi(g)$ , also  $\underline{\Phi}(g)$ , das Level der Bereitstellung öffentlicher Güter höher sein darf. Die graphische Darstellung der Gleichung (1.5) mit den Kurven  $e(g)$  und  $f(g)$  zeigt, dass der Term zwei Lösungen aufweist. Das erste Gleichgewicht zeigt die minimale Revolutionswahrscheinlichkeit bei dem Level an öffentlichen Gütern  $g_i$  mit  $f'(g_i) = 0$ . Ab diesem Punkt verhält sich die Funktion  $f(g)$  analog zu Fall B. Aber genauso wenig wie ein Unternehmer seine Ware zu dem Preis mit der höchsten Gewinnspanne verkaufen würde, sondern den Preis nach der maximalen Gewinnerzielungsmöglichkeit setzt, genauso will der Autokrat seinen Nutzen maximieren und – je nach  $\delta$  – im Normalfall nicht *nur* an der Macht bleiben. Die zweite Lösung am Punkt  $g^e$  beschreibt den Punkt der Nutzenmaximierung und ergibt auf Grund von  $\Phi(g) > \underline{\Phi}(g)$  rein rechnerisch  $g^e > g^e$ . Die Möglichkeit ein höheres Level an öffentlichen Gütern zur Verfügung zu stellen, ohne die Revolutionswahrscheinlichkeit zu steigern, stellt einen Anreiz für  $P$  zu einer besseren Versorgung mit öffentlichen Gütern dar. Der Anreiz besteht sozusagen doppelt, weil die Revolutionswahrscheinlichkeit bis zu dem Level  $g_i$  sogar fällt. Mehr öffentliche Güter steigern den Output  $A(g)k$  durch eine gestiegene Produktivität, was insgesamt zu einer Nutzensteigerung beider Gruppen führt im Verhältnis  $\theta : (1 - \theta)$ . Das heißt, bis zu einem bestimmten Schwellenwert  $g_i$  wird angenommen, dass die Bereitstellung öffentlicher Güter die Wahrscheinlichkeit einer Revolution senkt.

Das wirft die Frage auf, warum man das höhere Level an öffentlichen Gütern nicht aus dem bestehenden Modell heraus erklärt. Die höhere Bereitstellung öffentlicher Güter hätte man auch mit einer flacheren Funktion von  $\Phi(g)$ , genannt  $\Phi_0(g)$ , unter der unveränderten Annahme  $\Phi_0'(g) > 0$  rechtfertigen können, also mit  $\Phi_0'(g) - \Phi'(g) < 0$  mit  $\Phi_0'(g) > 0$ . Das Modell hätte diese Lösung durchaus zugelassen. Der Grund für die alternative Modellierung ist wiederum der Empirie geschuldet. Die veränderte Annahme erklärt zum Beispiel das empirische Phänomen, dass die Gruppe  $N$  zu Beginn vieler autokratischer Herrschaften sehr zufrieden ist, und die Legitimation und Stabilität des Regimes gewachsen ist. Dieser Zusammenhang wäre vor allem für etwaige *policy*-Empfehlungen wichtig.

Die Frage, welchen Verlauf die Funktion  $\Phi(g)$  tatsächlich hat, hängt von empirischen Gegebenheiten ab, wie zum Beispiel der Art des autokratischen Regimes und dessen Fähigkeit, Loyalität in der Gruppe  $N$  zu generieren. Diese Erweiterung lässt einen höheren Nutzen sowohl für die Gruppe  $P$  als auch für  $N$  zu, da die veränderte Funktion

$\underline{\Phi}(g)$  ein höheres Level an öffentlichen Gütern zulässt, bevor sich der negative Effekt, in Form einer höheren Revolutionswahrscheinlichkeit der Gruppe  $N$  im Zukunftsnutzens bemerkbar macht. Das heißt also für  $\Phi(g) - \underline{\Phi}(g) > 0$  und damit  $\Phi(g) > \underline{\Phi}(g)$  ergibt sich für das Optimierungsproblem der Gleichung (1.4) ein höheres Level an öffentlichen Gütern.

Dieser Fall lässt die Bereitstellung von öffentlichen Gütern in der Größenordnung  $g^e$  zu, mit  $g^e < g^e < g^*$ . Dieser Verlauf von  $\Phi(g)$  – also  $\underline{\Phi}(g)$  – ist vor allem dann zu beobachten, wenn die Legitimität des Regimes – zumindest anfangs – relativ hoch ist. Diese Erweiterung ermöglicht die Erklärung von Regimeverhaltensweisen, die aus dem ursprünglichen Modell nicht schlüssig erklärt werden können.

### 3.3.2 Die Wirkung der Asset-Verteilung auf die Investitionsentscheidung

Der Ertrag an der Macht zu sein spielt eine entscheidende Rolle bei der Versorgung mit öffentlichen Gütern. Je höher dieser ist, desto mehr weiß der Autokrat auch den zukünftigen Nutzen seines Amtes zu schätzen. Aber auch der momentane Nutzen bleibt nicht unberührt, so dass die Asset-Verteilung nochmals einer eingehenden Betrachtung bedarf.

Erstens: Je höher  $\theta \in (\underline{\theta}, 1]$ , desto mehr des zusätzlichen Outputs durch eine gestiegene Bereitstellung öffentlicher Güter kommt der Elite zu Gute, weil es den momentanen Nutzen erhöht. Zweitens: Je höher  $\theta \in (\underline{\theta}, 1]$ , desto größer wird der Zukunftsnutzen  $V^P - V^N$ , wenn man ihn isoliert betrachtet, so dass  $\partial[V^N(\theta) - V^P(\theta)]/\partial(\theta) > 0$  ist. Der größere absolute Unterschied bei einer Erhöhung von  $\theta$  bedingt, dass die Elite mehr Wert darauf legt, auch zukünftig an der Macht zu bleiben. Daraus ergibt sich, dass, sobald  $\theta > \underline{\theta}$  – und damit  $V^P - V^N > 0 - \theta A'(g^e) > \theta A'(g^*)$  sein muss, um die Gleichung (1.4) bzw. (1.5) erfüllen zu können. Robinson zeigt den gegenläufigen Effekt, indem er erst den Zukunftsnutzen  $V^P - V^N$  berechnet und diesen anschließend in Gleichung (1.4) einsetzt. Die partielle Ableitung nach  $\theta$  zeigt die zweideutigen Effekte, die ein verändertes  $\theta$  haben kann.

$$(1.6) \quad \frac{\partial g}{\partial \theta} = \frac{-A'(g)k + \frac{2\delta\phi'(g)[A(g)k + R]}{1 - \delta(1 - 2\phi(g))}}{\Omega}$$

Betrachten wir im Folgenden den ausschlaggebenden Zähler von (1.6) genauer: Mit  $\Omega < 0$  wird die Ableitung insgesamt größer Null (d. h. ein höheres  $\theta$  erhöht die

Bereitstellung von  $g$ ) solange der positive Effekt des momentane Nutzens den negativen Effekt des gesunkenen Zukunftsnutzens überwiegt.

-  $A'(g)k$  beschreibt den Effekt des erhöhten momentanen Nutzens, welcher der Elite den Anreiz gibt, die Bereitstellung öffentlicher Güter zu erhöhen. Mit  $\Omega < 0$ <sup>21</sup> ergibt sich aus der isolierten Betrachtung von  $-A'(g)k$  eine Steigerung von  $g$  durch ein höheres  $\theta$ . Unter Einbeziehung der Wirkung des Zukunftsnutzens, welcher durch

$$\frac{2\delta\phi'(g)[A(g)k + R]}{1 - \delta(1 - 2\phi(g))}$$

beschrieben ist, wird zum Beispiel der Faktor  $\Phi'(g)$  wirksam. Dieser bestimmt das Ausmaß des negativen Effekts eines höheren  $\theta$ , das heißt, wenn der Unterschied zwischen an der Macht und nicht an der Macht zu sein sehr hoch ist, entsteht für die Elite der Anreiz,  $g$  klein zu halten unter der Bedingung, dass  $\Phi'(g) > 0$ . Die positive Wirkung von höherem  $\theta$  auf  $g$  gilt bis

$$(1.7) \quad |-A'(g)k| = \frac{2\delta\phi'(g)[A(g)k + R]}{1 - \delta(1 - 2\phi(g))}$$

Ab diesem Zeitpunkt führt ein höheres  $\theta$  zur Reduzierung der Bereitstellung öffentlicher Güter  $g$ , weil der gesamte Term (1.6) kleiner Null wird.

Betrachtet man die Gleichung (1.6) unter der veränderten Annahme, dass  $\Phi'(g)$  nicht größer Null, also  $\Phi(g)$  aus Fall C ist, ergibt sich für den zweiten Summanden des Zählers folgender Effekt: Mit zweiter Summand

$$\frac{2\delta\phi'(g)[A(g)k + R]}{1 - \delta(1 - 2\phi(g))} << \frac{2\delta\phi'(g)[A(g)k + R]}{1 - \delta(1 - 2\phi(g))} \quad \text{für } g \in (0, g^j] \text{ mit } \Phi'(g^j) = 0$$

reagiert ein höheres  $\theta$  extrem positiv auf  $g$ , weil der Zähler des zweiten Summanden negativ und der Nenner desselbigen sehr klein wird mit dem Minimum von  $\Phi(g)$  bei  $\Phi'(g^j) = 0$ . Die Zukunftswirkung eines höheren  $\theta$  ist also bis zu dem Punkt  $g^j$  uneingeschränkt positiv. Der Effekt schwächt sich ab, sobald das höhere  $\theta$   $g$  über das Level  $g^j$  hinaus erhöht hat. Dennoch ist der gesamte Effekt von  $\theta$  ‚länger‘ zu beobachten, da immer noch

$$\frac{2\delta\phi'(g)[A(g)k + R]}{1 - \delta(1 - 2\phi(g))} < \frac{2\delta\phi'(g)[A(g)k + R]}{1 - \delta(1 - 2\phi(g))} \quad \text{für } g \in (g^j, g^e)$$

<sup>21</sup> Beweis siehe Robinson (2001: 10); für den hier beschriebenen Zusammenhang ist die Aussage ausreichend, dass der Nenner negativ ist und sowieso nicht Null sein darf.

und somit der momentane Nutzen den Zukunftsnutzen bis zu besagtem Punkt  $g^e$  übersteigt.

Zusammengefasst kann man also feststellen, dass der Effekt eines höheren  $\theta$  zweischneidig ist. Einerseits erhöht es den Anreiz zu investieren, weil ein höherer Anteil des momentanen Nutzens der Elite zufällt. Andererseits entsteht gleichzeitig der Anreiz nicht zu investieren, weil der Zukunftsnutzen stärker ins Gewicht fällt und somit  $\Phi(g)$  klein gehalten werden will. Die unterschiedlichen Funktionen  $\Phi$  und  $\underline{\Phi}$  haben nur Einfluss auf das Ausmaß der verschiedenen Effekte. Die wirksam werdenden Mechanismen unterscheiden sich nicht.

### **3.3.3 Die Rolle von Humankapital und natürlichen Ressourcen**

Die Implikationen der natürlichen Ressourcenausstattung zum Zeitpunkt  $t_0$  wurden bisher außen vorgelassen. Um deren Einfluss zu sehen, wird von dem Fall  $\theta \in (\underline{\theta}, 1]$  ausgegangen und dann die Wirkung von  $R$  betrachtet. Aus der Gleichung (1.6) lässt sich der Effekt der natürlichen Ressourcenausstattung entnehmen. Er geht nur in die Beschreibung des Zukunftsnutzens ein. Die höhere Ressourcenausstattung verändert zwar nicht den relativen momentanen Nutzen, aber die absolute Differenz an der Macht zu sein oder nicht. Das heißt, der Nutzen auch zukünftig an der Macht zu sein  $V^P(\theta) - V^N(\theta)$  ist höher, und deswegen vermindert sich der Anreiz, öffentliche Güter zur Verfügung zu stellen. Je größer das Verhältnis  $R/k$ , desto größer ist  $V^P(\theta) - V^N(\theta)$ , weil durch  $\theta > \underline{\theta}$  der Ertrag an der Macht zu sein höher ist.

Da sich der Ertrag aber auch aus  $A(g)k$  zusammensetzt, könnte man vermuten, dass dieser Term eine ähnliche Wirkung aufweist. Der Unterschied besteht in der Wirkung von  $\Phi(g)$  auf den Zukunftsnutzen. Die Gewichtung der beiden Summanden  $\theta A(g)k$  und  $\theta R$  ist hinsichtlich ihres Zukunftsnutzens verschieden. Der Mehrwert der Steigerung der Produktivität im Gesamtnutzen fällt geringer aus, je höher  $R$  ist. Gleichzeitig erhöht aber jede Steigerung der Bereitstellung öffentlicher Güter die Wahrscheinlichkeit eines Machtwechsels in der Zukunft. Intuitiv bedeutet eine hohe Ausstattung mit natürlichen Ressourcen, dass die Zusammensetzung des Einkommens weniger von  $A(g)k$  abhängt und dadurch der Anreiz, öffentliche Güter bereit zu stellen sinkt, wie sich aus (1.2) ersehen lässt.

Die Wirkung von Humankapital kann man ähnlich eindeutig zeigen, wenn man davon ausgeht, dass diese die marginale Produktivität  $A'(g)$  relativ zur Produktivität hebt. Das heißt, dass jede eingesetzte Einheit an öffentlichen Gütern den Summanden  $\theta A(g)k$

stärker erhöht, je mehr Humankapital vorhanden ist. Der Effekt ist auch auf technologisches Wissen generell übertragbar. Mit einer Erhöhung des Humankapitals/ technologischen Wissens reagiert der Gesamtnutzen stärker auf den Einsatz öffentlicher Güter. Das heißt:

$$A_H'(g)k > A_a'(g)k$$

Humankapital/technologisches Wissen hebt die marginale Produktivität  $A'(g)$  von öffentlichen Gütern. Wie aus (1.6) ersichtlich ist, beeinflusst Humankapital/ technologisches Wissen den ersten Summanden im Zähler positiv (also die marginale Produktivität), während das Level an Produktivität nur im Zukunftsnutzen ins Gewicht fällt. Intuitiv kann man sagen: Je empfindlicher die Produktivität auf eine Einheit zusätzlich zur Verfügung gestellter öffentlicher Güter reagiert, desto höher ist der Anreiz, dieselbigen zur Verfügung zu stellen. Dabei ist im vorhandenen Modell zwischen dem Humankapital bzw. technologischem Wissen, das bereits bei der Machtübernahme vorhanden ist, und dem, welches im Verlauf durch die Bereitstellung öffentlicher Güter generiert wird, zu unterscheiden. Während der Ausgangswert des Humankapitals keinen Einfluss auf  $\Phi(g)$  hat, ist das bei ab  $t_0$  erworbenem Humankapital durchaus der Fall.

In der folgenden Tabelle werden die Implikationen des Modells zusammengefasst. Die Bereitstellung öffentlicher Güter ist dabei gleich zu setzen mit *Investieren* während eine Unterversorgung mit denselbigen als *Nicht-Investieren* zu sehen ist.

<i>Investieren</i>	<i>Nicht-Investieren</i>
<i>Geringer Ertrag von Machthaber (<math>\downarrow\theta</math>)</i>	<i>Hoher Ertrag von Machthaber (<math>\uparrow\theta</math>)</i>
<i>Relativ geringe Ausstattung mit natürlichen Ressourcen (<math>\downarrow R</math>)</i>	<i>Relativ hohe Ausstattung mit natürlichen Ressourcen (<math>\uparrow R</math>)</i>
<i>Hohe Ausstattung mit Gütern (<math>H</math>), welche die marginale Produktivität von öffentlichen Gütern steigert (<math>A_I'(g)k &gt; A_a'(g)k</math>)</i>	<i>Geringe Ausstattung mit Gütern (<math>H</math>), welche die marginale Produktivität von öffentlichen Gütern steigert (<math>A_I'(g)k &lt; A_a'(g)k</math>)</i>
<i>Geringe Sensibilität öffentlicher Güter (<math>\downarrow\Phi'(g)</math>)</i>	<i>Hohe Sensibilität öffentlicher Güter (<math>\uparrow\Phi'(g)</math>)</i>

Abbildung 5: Übersicht der Entscheidungsgrundlagen der Gruppe P

### 3.4 Interpretation des Modells hinsichtlich der folgenden Analyse

Ausgangspunkt des Modells ist, wie ausgeführt, die Annahme, dass autokratische Regime den eigenen materiellen Reichtum maximieren wollen. Im Mittelpunkt steht die Modellierung der Entscheidung des Autokraten (der Gruppe  $P$ ) darüber, inwieweit er öffentliche Güter  $g$  zur Verfügung stellt oder nicht, also ob er sich in direkter Ausbeutung des vorhandenen Reichtums ergeht oder ob er erst versucht, den Reichtum zu vergrößern, um sich dann einen höheren Anteil dieses Reichtums aneignen zu können. Während die Wirkung von vorhandenem Humankapital und natürlichen Ressourcen sowie der ursprünglichen Verteilung von Assets relativ statisch in das Modell eingehen, hat die Bereitstellung öffentlicher Güter ambivalente Effekte auf die Nutzenfunktion des Autokraten. Wie ist das Modell nun im Zusammenhang mit der Empirie zu sehen? Es ist offensichtlich, dass die Funktion  $\Phi(g)$  *ex ante* nicht empirisch zu bestimmen ist, und man auch *ex post* die sich überlagernden Effekte nicht eindeutig trennen kann. Die Unquantifizierbarkeit der Funktion bedeutet aber nicht, dass die beschriebenen Effekte nicht wirksam würden, jedoch können die Auswirkungen nur in qualitativer Form gezeigt werden.

Es handelt es sich bei den im Modell beschriebenen Zusammenhängen um tendenzielle, probabilistische und nicht um deterministische. Die Schwellenwerte für die jeweiligen Größen sind mathematisch teilweise durchaus bestimmbar, müssen empirisch aber immer relativ gesehen werden. Ab welchem Schwellenwert der Asset-Verteilung  $\theta$  zum Beispiel die eine oder andere Strategie der Nichtelite zum Zuge kommt, wird von den genauen historischen Umständen und den Opportunitätskosten einer Revolution abhängen. Welche Ausstattung mit natürlichen Ressourcen – unter Berücksichtigung von  $\theta$  – ausbeuterisches Verhalten rational werden lässt, muss ebenfalls mit relativen Maßstäben gemessen werden. Die Annahme Robinsons, dass die Bereitstellung öffentlicher Güter in jedem Fall die Revolutionswahrscheinlichkeit steigert, muss, wie empirische Daten zeigen, mit Vorsicht behandelt werden. Aus diesem Grund wurde die Annahme modifiziert, um den umgekehrten Effekt teilweise zuzulassen. Die veränderte Hypothese lautet, dass die Bereitstellung öffentlicher Güter bis zu dem Grad die Revolutionswahrscheinlichkeit senkt, wie die Gruppe  $N$  mit einem höheren Level an  $g$  zufriedener ist und somit die revolutionären Tendenzen reduziert werden.

Mit Hinblick auf die folgende Analyse empirischer Daten ist zusammenfassend festzuhalten, dass sich die Aussagen des Modells auf Tendenzen konzentrieren und auch als solche eingebracht werden. Die Absicht des probabilistisch ausgerichteten

Modells besteht nicht in der genauen Prognose zukünftiger Wachstumspfade von autokratisch regierten Staaten, sondern in der trennscharfen Formulierung und Formalisierung der verschiedenen wirksam werdenden Faktoren. Insofern dient das folgende Kapitel dazu, die Aussagen des Modells zu illustrieren und auf ihre Reichweite zu prüfen sowie die empirischen Befunde hinsichtlich der Fragestellung einzuordnen.

## 4. Empirische Analyse

Im folgenden Abschnitt wird der theoretische Ansatz auf seine empirische Gültigkeit bezüglich der Fragestellung geprüft. Zu diesem Zwecke werden verschiedene Fälle auf die aus der Theorie hervorgehenden Hypothesen hin untersucht. Die ausgewählten Fallbeispiele werden nach den tatsächlichen Wachstumspfaden im Beobachtungszeitraum in drei Gruppen unterteilt. Ausgehend von verschiedenen Wachstumspfaden autokratisch regierter Länder werden die Ausgangsbedingungen der Staaten analysiert und Übereinstimmungen und Abweichungen zu den aus dem Modell getroffenen Aussagen identifiziert. Es soll ermittelt werden, inwieweit der Einfluss der Asset-Verteilung, des Bestandes an Humankapital und natürlichen Ressourcen, der Sensibilität der Bereitstellung öffentlicher Güter und damit der auf diesen Faktoren basierenden Investitionsentscheidung zum Zeitpunkt der Machtübernahme den weiteren Wachstumspfad beeinflusst.

### 4.1 Darstellung der Fallgruppen

Auf Grund der großen Anzahl existierender autokratischer Staaten muss sich die Arbeit wegen des gebotenen Rahmens mit Fallgruppen behelfen. Allen Fällen gemeinsam ist, dass sie nach dem *Polity IV*-Index während des Beobachtungszeitraumes als autokratische Systeme eingestuft werden können (Polity IV-Index 2006).

Die Fallgruppen werden nach Kriterien gebildet, die sich aus dem tatsächlichen Wachstumspfad ergeben. Die Weltbank hat die durchschnittlichen aggregierten Wachstumsraten pro Kopf in *low-income* Ländern und *middle-income* Ländern<sup>22</sup> im Zeitraum von 1965-1990<sup>23</sup> mit 4,1% beziehungsweise 4,2% ermittelt (The Worldbank 2004: 23). Auf der Grundlage dieses Referenzwertes werden Fallgruppen gebildet, die aus analytischen Gründen klar unterscheidbar sein müssen. Als ausreichendes Intervall wird + – 2% des Referenzwertes definiert (graphische Darstellung siehe Appendix I+II). Die relativ grobe Einteilung soll in diesem Zusammenhang genügen. Sie reicht für den Zweck aus, so genannte *growth miracles* und *growth disasters* voneinander zu unterscheiden<sup>24</sup>. Die Länder, deren Wachstumsraten sich in dem Intervall von 2%-6% bewegen, werden als durchschnittlich wachsend bezeichnet.

---

<sup>22</sup> Zu dem Zeitpunkt der Staatengründung bzw. der Installation eines autokratischen Regimes waren alle untersuchten Länder einer der beiden angegebenen Kategorien zuzurechnen.

<sup>23</sup> Der Zeitraum bezeichnet *nicht* den Beobachtungszeitraum. Er dient lediglich der generellen Einschätzung von durchschnittlichen Wachstumsraten für besagte Länder.

<sup>24</sup> Zur genauen Einteilung von Staaten, besonders *failed states*, siehe Gros (1996).

<i>Fallgruppe 1</i>	<i>langsam/nicht wachsend:</i>	<i>GDP/Per Capita &lt; 2%</i>
<i>Fallgruppe 2</i>	<i>durchschnittlich wachsend:</i>	<i>2% &lt; GDP/Per Capita &lt; 6%</i>
<i>Fallgruppe 3</i>	<i>schnell wachsend:</i>	<i>GDP/Per Capita &gt; 6%</i>

*Abbildung 6: Einteilung der Fallgruppen*

Die Analyse muss auf Grund der Datenlage und der Beschaffenheit der Variablen qualitativ erfolgen. Die Verfügbarkeit bestimmter Daten für bestimmte Zeiträume kann man getrost als dürftig bezeichnen. Dennoch liefern nachfolgende Fallbeispiele ein hinreichend schlüssiges Bild bezüglich der im Modell untersuchten Zusammenhänge. Wo es sich anbietet, wird auf weitere ähnliche Fälle verwiesen, um bestimmte Entwicklungen zu verdeutlichen. Der Beobachtungszeitraum wird auf die ersten zwanzig Jahre nach der Installation<sup>25</sup> des autokratischen Regimes festgesetzt. Die Analysen beziehen sich aus zwei Gründen alle auf den Zeitraum nach dem Zweiten Weltkrieg: Erstens erlangten die meisten der besagten Staaten erst in der Nachkriegsperiode ihre Unabhängigkeit von der Kolonialherrschaft und ihre heutige geographische Form. Zweitens liefert der Nachkriegszeitraum die für die Zwecke der Untersuchung dienliche politische und wirtschaftliche Zäsur, so dass die betrachteten Effekte nicht übermäßig von Pfadabhängigkeiten verzerrt werden. Der relativ lange Zeitraum wird gewählt, um die möglicherweise verzerrenden Wirkungen exogener Phänome, wie der Entwicklung der Weltwirtschaft oder der Rohstoffpreise, gering zu halten und einen eventuellen Konvergenzprozess zuzulassen.

Bei der konkreten Auswahl wurde versucht, bezüglich des Modells Idealtypen im Weberschen Sinne auszumachen. Folgende Tabelle listet die Länder auf, die im Zentrum der Analyse stehen, sowie ihre jeweiligen Pro-Kopf-Wachstumsraten über einen Zeitraum von 20 Jahren nach Installation des autokratischen Regimes<sup>26</sup> und die

<sup>25</sup> Die Ausnahme bildet Saudi-Arabien, welches seit seiner Staatsgründung 1932 ein autokratisches System darstellt. Der Ölreichtum als prägende Eigenschaft des Landes nach dem Zweiten Weltkrieg veranlasst dazu, die Beobachtung in diesem Zeitraum vorzunehmen.

<sup>26</sup> Der Beginn der autokratischen Herrschaft nach genauen Jahreszahlen:

Kongo: 1965, Joseph-Desiré Mobuto nach Militärputsch mit der MPR (Mouvement Populaire de la Révolution).

Haiti: 1965, François ‚Papa Doc‘ Duvalier, ab 1957 Konsolidierung der Macht bis 1964; gefolgt von Jean-Claude ‚Baby Doc‘ Duvalier.

Philippinen: 1965, Ferdinand E. Marcos als Präsident gewählt; ab 1972 Verhängung des Kriegsrechtes.

Algerien: 1965, Houari Boumedienne, nach Militärputsch; gefolgt von Benjadid 1979.

Syrien: 1963, Baath-Partei unter Arif; ab 1970 unter Hafiz al-Assad.

Irak: 1968, Al-Bakr und die Baath-Partei putschen sich an die Macht; Nachfolger Hussein 1979.

Südkorea: 1961, Park Chung Hee, Militärputsch, anschließend frei gewählt; ab 1972 Verhängung des Kriegsrechtes.

zugehörigen Systemwerte nach dem *Polity IV*-Index. Der angegebene Zeitraum 1966-1986 kann von den tatsächlichen Beobachtungszeiträumen der verschiedenen Staaten geringfügig abweichen. Die hier angegebenen aggregierten Werte beziehen sich auf die institutionelle Verfasstheit eines Staates und reichen von +10 (demokratisch) bis -10 (autokratisch).<sup>27</sup> Die Abstufung erfolgt in diskreten Intervallen und bezieht sich auf Jahreswertungen.

<i>Country</i>	<i>GDP per capita growth (annual %) 1966-1986</i>	<i>Polity IV Score (Average) 1966-1986</i>
<i>Congo, Dem. Rep.</i>	-1.2	- 9
<i>Haiti</i>	- 0.1	- 9
<i>Philippines</i>	1.1	- 4
<i>Algeria</i>	2.5	- 9
<i>Iraq</i>	2.5	- 8
<i>Syria</i>	3.3	- 9
<i>Saudi Arabia</i>	5.3	-10
<i>Korea, Rep.</i>	6.5	- 4
<i>Singapore</i>	7.0	- 2
<i>Taiwan</i>	7.0	- 7

Quelle: Eigene Berechnung basierend auf dem *Polity IV Index 2006*, den *World Development Indicators 2006* und (für Taiwan) Alan Heston, Robert Summers and Bettina Aten, *Penn World Table Version 6.1*, Center for International Comparisons at the University of Pennsylvania (CICUP), October 2002.

Abbildung 7: Übersicht über die Wachstumsraten und *Polity IV*-Wertungen

Die Schwankungen der *Polity IV*-Werte über den Zeitraum sind sehr begrenzt. Lediglich Südkorea und die Philippinen weisen stärkere Schwankungen auf. Im Fall

Singapur: 1959, Lee Kuan Yew gewählt, dann uneingeschränkte Regierung durch Einparteiensystem bis 1990.

Taiwan: 1950, Chiang Kai-Shek mit Einparteienherrschaft der Kuomintang; gefolgt von seinem Sohn Chiang Ching-Kuo ab 1975.

<sup>27</sup> Für die genaue Zusammensetzung und Erhebung des *Polity IV*-Indexes siehe Marshall, Monty G/ Jagers, Keith (2002): *Polity IV Project. Political Regime Characteristics and Transitions, 1800-2002. Dataset Users' Manual*, in: [www.cidcm.umd.edu/inscr/polity](http://www.cidcm.umd.edu/inscr/polity), abgerufen am: 29.06.2006.

Südkoreas ist das auf das kurze demokratische Intermezzo in den 60er Jahren zurückzuführen, wohingegen die anfänglich besseren demokratischen Werte auf den Philippinen eher als Zeitraum der Machtkonsolidierung Marcos' zu interpretieren sind. Die anderen Staaten weisen sich durch eine stabile autokratische Regierungsform aus, die zwar durchaus personelle Wechsel erfahren haben, aber aus systemischer Sicht unverändert geblieben sind.

Die Staaten sind also so ausgewählt, dass sie hinsichtlich ihres Wirtschaftswachstums klar unterscheidbar sind, dass sie einen gemeinsamen Zeitraum der Machtübernahme und -Konsolidierung zu Beginn der Unabhängigkeit beziehungsweise des Nachkriegszeitraums aufweisen, und dass sie keinen einschneidenden exogenen Schocks ausgesetzt waren. Die Gültigkeit des Samples muss mit einer gewissen Vorsicht betrachtet werden. Zum Beispiel konnte die möglicherweise wirksam werdende geographische Komponente (Acemoglu 2003) durch die Fallgruppen nicht ausgeschlossen werden, wie sich aus der Auswahl der mittelmäßig und schnell wachsenden Staaten leicht ersehen lässt<sup>28</sup>. An dieser Stelle sei es erlaubt, auf *Occam's Razor* zu verweisen und die möglichen Effekte anderer Faktoren außen vor zu lassen. Insgesamt gesehen jedoch wurden die Staaten hinsichtlich ihrer Charakteristika so gewählt, dass die bestmögliche Vergleichbarkeit der Umstände erreicht wird.

Grundsätzlich stellt sich die Frage, ob die beobachteten Unterschiede in den Wachstumsraten nicht auf völlig andere Faktoren als die in dieser Arbeit angelegten zurückzuführen sind. Die überaus populäre Erklärung der Wachstumschancen durch die Sicherheit von Eigentumsrechten verdient in diesem Zusammenhang Erwähnung. Wie in der Literaturübersicht bereits ausgeführt, kann man sichere Eigentumsrechte auch als *policy*-Entscheidung interpretieren, und damit sind sie in dieser Hinsicht den hier behandelten grundlegenden strategischen Handlungsweisen nachgeordnet. Das heißt nicht, dass sie keine Rolle für den weiteren Verlauf des Wachstumspfadens spielen würden, sondern dass ihnen eine genuine Entscheidung des Autokraten zu Grunde liegt. Da diese von den hier behandelten Faktoren abhängt, muss die Sicherung der Eigentumsrechte als Folge und nicht als Ursache der Investitionsentscheidung aufgefasst werden. Die Tatsache, dass Eigentumsrechte sowohl in Demokratien als auch in Autokratien sicher beziehungsweise nicht sicher sein können, schließt eine Erklärung der Wachstumspfade auf dieser Grundlage aus. Ähnlich verhält es sich mit diversen

---

<sup>28</sup> Die ausgewählten Staaten sind z. B. für die Fallgruppe der durchschnittlich wachsenden Staaten alle im Mittleren Osten und Nordafrika angesiedelt.

besprochenen Erklärungsversuchen, deren Mehrwert erst dann zu Tage tritt, wenn die grundlegenden Entscheidungen bereits getroffen sind. Jene Faktoren konzentrieren sich eher auf die Art und Weise, wie die Autokraten die vorher getroffene Entscheidung *Investieren/Nicht-Investieren* umsetzen, welche in der vorliegenden Arbeit nicht betrachtet werden kann.

Wie in Punkt 3.4 bereits erwähnt, ergeben sich in Zusammenhang mit der Operationalisierung der Variablen einige Besonderheiten, die die Art der empirischen Analyse beeinflussen. Im Hinblick auf Humankapital und technologisches Wissen wird meist auf die Approximationen Alphabetisierungsrate und Einschulungsrate zurückgegriffen. Dies erscheint auf den ersten Blick vollkommen unzureichend, um Aussagen über die Ausstattung mit Humankapital und technologischem Wissen einer Volkswirtschaft zu treffen. Unter Einbeziehung weiterer verfügbarer Daten und anekdotischer Evidenz aber wird sich herausstellen, dass diese Näherung einen sehr guten Hinweis auf die tatsächliche Ausstattung mit besagten Größen gibt.

Die Ausstattung mit natürlichen Ressourcen wird anhand von aggregierten Daten unter der plausiblen Annahme ermittelt, dass eine Vermarktung – teilweise auch unter Mithilfe ausländischer Akteure (siehe z. B. *Union Minière*, Punkt 4.2.1) – gesichert ist. Um den Einfluss der natürlichen Ressourcen einzuschätzen, werden die beiden, nach Wissen des Autors einzigen, Datensätze der Weltbank zur Schätzung des aggregierten Reichtums an natürlichen Ressourcen, sowie teilweise länderspezifische Schätzungen einzelner Autoren benutzt.

Hinweise auf den Verlauf der Funktion  $\Phi(g)$  lassen sich aus der historischen und sozioökonomischen Situation der einzelnen Staaten ableiten. Auf Grund der Tatsache, dass es sich um Wahrscheinlichkeiten handelt, kann dieser Verlauf nur qualitativ geschätzt werden. Im Vordergrund muss dabei nicht zwangsläufig der tatsächliche Verlauf der Funktion stehen, denn von großer Bedeutung ist auch die vom Autokraten antizipierte Sensibilität der Bereitstellung öffentlicher Güter. Auf Grund von asymmetrischer Information ist die Einschätzung des Autokraten vielleicht nicht korrekt, aber im Hinblick auf seine Investitionsentscheidung ausschlaggebend. Für die Zwecke dieser Arbeit muss die Funktion anhand von anekdotischer Evidenz geschätzt werden, was zwar einen großen Interpretationsspielraum offen lässt, aber dennoch nicht außen vor gelassen werden kann. Dies spiegelt sich auch in der Einschätzung der Funktion  $\underline{\Phi}(g)$  wider, welche eine Reduktion der Revolutionswahrscheinlichkeit durch Bereitstellung öffentlicher Güter bis zu einem bestimmten Wert zulässt.

Der Vorteil an der Macht zu sein muss ebenfalls anhand von verschiedenen Indikatoren gemessen werden, weil er dem subjektiven Urteil des Autokraten unterliegt. Subsumieren lässt sich dieser Vorteil unter materiellen Gesichtspunkten, wobei er in dieser Hinsicht ganz verschiedene Formen annehmen kann. Bezogen auf Marcos wäre vielleicht die Anzahl der Schuhe seiner Frau ein angemessener Indikator, während Mobuto vielleicht die Größe seiner Milizen als Vorteil seiner Alleinherrschaft betrachtet. Grundsätzlich steht materieller Reichtum in einem allgemeinen Sinn im Vordergrund. Weil Macht als Selbstzweck in dem ausgeführten Modell keine Rolle spielt, wird diese auch nicht explizit als Vorteil des Amtes angerechnet, ungeachtet der Tatsache, dass sie empirisch gesehen vor allem in totalitären Autokratien eine nicht zu unterschätzende Rolle einnimmt (Wintrobe 1990: 58).

Zu beachten ist weiterhin, dass einige Kombinationen von bestimmten Ausprägungen der Variablen keine Entsprechung in der Empirie finden und/oder kollinear sind. So ist zum Beispiel der Fall ‚hohe Ausstattung mit natürlichen Ressourcen und hohe Ausstattung mit Humankapital‘ nicht vorhanden. Gylfason zeigt, dass die Ausstattung mit natürlichen Ressourcen negativ mit der Ausstattung mit Humankapital korreliert, und erklärt dies mit einem *crowding-out*-Effekt. Er führt das *crowding-out* auf die negativen Anreize zur Humankapitalakkumulation durch den komparativen Vorteil der natürlichen Ressourcen gegenüber den humankapitalintensiveren Sektoren zurück (Gylfason 2001: 856). Dabei ist zu betonen, dass die Existenz natürlicher Ressourcen an sich das Wachstum nicht behindert – siehe zum Beispiel Norwegen und Botswana – sondern die Tatsache wirksam wird, dass sie Anreize für langfristig wachstumshemmende *policy*-Entscheidungen schafft, die besonders in autokratischen Regimen wirksam werden. Folgende Tabelle vermittelt einen Eindruck dieses Zusammenhangs:<sup>29</sup>

---

<sup>29</sup> Für die genaue Definition und Erhebung des nationalen Reichtums siehe World Bank (1997): Expanding the measure of wealth: Indicators of environmentally sustainable development. *Environmentally Sustainable Development Studies and Monographs Series No. 17*, World Bank, Washington, DC, S. 21 ff.

<b>Region</b>	<i>Percentage share of total wealth 1994</i>		
	<b>Human resources</b>	<b>Produced Assets</b>	<b>Natural Capital</b>
<i>North America</i>	76	19	5
<i>Pacific OECD</i>	68	30	2
<i>Western Europe</i>	74	23	2
<i>Middle East</i>	43	18	39
<i>South America</i>	74	17	9
<i>North Africa</i>	69	26	5
<i>Central America</i>	79	15	6
<i>Caribbean</i>	69	21	11
<i>East Asia</i>	77	15	8
<i>East and Southern Africa</i>	66	25	10
<i>West Africa</i>	60	18	21
<i>South Asia</i>	65	19	16

*Quelle: The World Bank (1997): Expanding the measure of wealth: Indicators of environmentally sustainable development, Environmentally Sustainable Development Studies and Monographs Series No. 17, World Bank, Washington, D.C., S. 25.*

*Abbildung 8: Reichtum an Ressourcen nach Regionen*

Wie aus der aggregierten Darstellung ersichtlich wird, verhalten sich die Ausstattung mit natürlichen Ressourcen und Humankapital umgekehrt proportional zueinander. Sowohl der mittlere Osten als auch Westafrika weisen jeweils die höchsten Werte an natürlichen Ressourcen und die niedrigsten Werte an Humankapital auf.

Ein ähnlicher Effekt wird sichtbar, wenn man den Ertrag an der Macht zu sein  $\theta$  und die Ausstattung mit natürlichen Ressourcen  $R$  betrachtet. Die Kombination von einer relativ gleichmäßigen Asset-Verteilung  $\theta$  und einem hohen Level an natürlichen Ressourcen  $R$  findet keine empirische Entsprechung. Sobald ein relevantes Level an natürlichen Ressourcen vorhanden ist, setzen vor allem autokratische Regime vieles daran, die Erträge aus diesem Reichtum zu sichern. Zum Beispiel hat die OPEC in dem als Resolution VXI 90 bekannt gewordenen *Declaratory Statement of Petroleum Policy in Member Countries* die Verstaatlichung natürlicher Ressourcen zur offiziellen Politik erhoben (OPEC 2005: 11).

Kobrin (1985) hat die Nationalisierungs- und Konfiszierungswellen der fossile Brennstoffe fördernden Länder zwischen 1960 und 1979 dokumentiert. Den Anfangspunkt setzten Mexiko 1938 und Iran 1951 bis

[b]y 1976 virtually every other major producer in the mid-East, Africa, and Latin America had followed nationalization at least some of its producers to gain either a share of participation or to take over the entire industry and employ the international companies on a contractual basis. (Kobrin 1985: 26)

Das heißt, dass so gut wie jeder Staat, der relevante Vorkommen an natürlichen Ressourcen aufweist, diese auch unter direkte oder indirekte staatliche Kontrolle gebracht hat. Dies trifft umso mehr zu, je weniger institutionelle Kontrollen der Exekutive des Staates auferlegt werden. Es ist also festzuhalten, dass sobald ein relevantes Maß an natürlichen Ressourcen vorhanden ist, der Ertrag an der Macht zu sein durch Nationalisierung, Konfiszierung oder durch Ausübung von direkter oder indirekter Kontrolle dieser Ressourcen relativ hoch ist. Der empirische Fall, dass ein autokratischer Herrscher vorhandene natürliche Ressourcen nicht zu einem relevanten Grad zu seiner eigenen materiellen Bereicherung bestimmt, ist dem Autor nicht bekannt.

Umgekehrt verhält es sich mit dem Ertrag an der Macht zu sein und der Ausstattung an Humankapital. Wie ausgeführt, tritt die Kombination hohes Humankapital/hohe natürliche Ressourcenausstattung in dem betrachteten Zusammenhang nicht auf. Der Fall hoher Machtertrag/hohe Ausstattung mit Humankapital findet ebenso keine Entsprechung in der Empirie. Der Grund hierfür liegt darin, dass erst eine gewisse Anreizstruktur geschaffen werden muss, um die Vorteile der höheren Produktivität durch Humankapital ausnutzen zu können. Sobald der Ertrag der Macht  $\theta$  sehr hoch ist und somit  $I - \theta$  sehr klein ist, fehlt der Anreiz für die Gruppe  $N$ , produktiv tätig zu werden und  $A(g)k$  zu erhöhen. Weil ein hohes  $H$  in Kombination mit hohem  $R$  nicht vorkommt, ist  $A(g)k$  das entscheidende Einkommen der Volkswirtschaft. Daraus folgt, dass der Autokrat den Bürgern einen ausreichenden Teil der erwirtschafteten Erträge als Anreiz zur produktiven Tätigkeit überlassen muss, wenn er sein eigenes – von ebendieser Tätigkeit abhängiges – Einkommen steigern will. Dieser Sachverhalt findet sich in den theoretischen Ausführungen McGuire und Olsons wieder, die einen solchen Fall als *stationary bandit*-Fall bezeichnen.

By making it clear that he will take only a given percentage of output – that is, by making himself a settled ruler with a given rate of tax theft – he leaves his victims with an incentive to produce. By

providing a peaceful order and other public goods, he makes his subjects more productive. (McGuire und Olson 1996: 72)

Das heißt, sobald Humankapital die entscheidende Ressource einer Autokratie darstellt, ist es für den Herrscher rational, die Erträge der Volkswirtschaft so zu verteilen, dass er seinen Anteil  $V^p$  maximiert. Er wird also nicht versuchen, seinen Ertrag an der Macht zu sein  $\theta$  durch Konfiszierung oder übermäßige Abgaben zu steigern. Das Gegenteil ist empirisch feststellbar, nämlich dass zum Beispiel durch Landreformen  $\theta$  – wie später genauer behandelt werden wird – im Sinne des Autokraten gesenkt wird, um den Anteil  $A(g)k$  am Gesamtnutzen  $V^p$  zu steigern.

Bei der Analyse der einzelnen Fallgruppen wird nach folgendem Schema vorgegangen: Einleitend werden die Charakteristika der Fallgruppen kurz erläutert. Danach werden die ausgesuchten Fälle auf ihre historischen Umstände zum Zeitpunkt der Machtübernahme untersucht. Es folgt eine Analyse der im Theorieteil identifizierten Variablen, welche in der Reihenfolge Asset-Verteilung, Ausstattung mit Humankapital/technologischem Wissen, Ausstattung mit natürlichen Ressourcen und Gefahr eines Machtwechsels bezogen auf die Versorgung mit öffentlichen Gütern behandelt werden. In den Zusammenfassungen der Fallgruppen wird die aus dem Modell folgende Strategie mit den tatsächlichen Handlungen der autokratischen Machthaber verglichen und Übereinstimmungen bzw. Abweichungen interpretiert. Um die Analyse anschaulicher zu gestalten, wird von der nach Wachstumsraten gestaffelten Reihenfolge der Fallgruppen von *langsam wachsend* bis *schnell wachsend* abgewichen. Dies gewährleistet eine bessere Gegenüberstellung der wirksam werdenden Faktoren in den Extremfällen und lässt bei der Behandlung der Fallgruppe *durchschnittlich wachsend* genügend Raum, die Unzulänglichkeiten der Modellvorhersagen zu diskutieren.

## 4.2 Die Gruppe der wirtschaftlich stagnierenden Autokratien

Die im folgenden Abschnitt betrachtete Gruppe zeichnet sich durch extrem langsames, stagnierendes, oder negatives Pro-Kopf-Wachstum aus. Wie in Abschnitt 4.1 beschrieben, weisen die Staaten dieser Gruppe einen sehr niedrigen *Polity IV*-Wert für den besagten Zeitraum auf, was sie eindeutig als stark autokratisch geprägte Systeme ausweist (siehe Abb. 6).

Falls die aus dem Modell folgenden Hypothesen gelten, müssten diese Staaten die identifizierten Ausprägungen der Entscheidungskriterien aufweisen. Diese Länder würden mit Fall B des Modells korrespondieren und einen relativ hohen Ertrag an der

Macht zu sein und eine relativ hohe Ausstattung mit natürlichen Ressourcen aufweisen sowie ein geringes Level an Humankapital/technologischem Wissen. Außerdem müssten sie relativ sensibel auf die Bereitstellung öffentlicher Güter reagieren.

In den folgenden zwei Gliederungspunkten wird zunächst ein Staat ausführlich betrachtet und anschließend werden weitere Evidenzen ähnlich gelagerter Fälle zusammengefasst.

#### **4.2.1 Zaire als Musterbeispiel des ‚Predatory State‘**

Zaire, oder der Kongo<sup>30</sup>, ist zweifellos ein schillerndes Beispiel dafür, welche katastrophalen Auswirkungen staatliches Handeln auf eine Volkswirtschaft haben kann. Als solches wird es herangezogen um zu untersuchen, ob die Handlungsweise der in dem Modell angelegten Rationalität – hier in Bezug auf Fall B – zum Zuge kommt.

Ab 1885 als Privatbesitz König Leopolds II. von Belgien und ab 1908 als Belgisch-Kongo erlebte das Land eine 75-jährige Kolonialherrschaft, bevor sich Belgien auf Grund von sich ausbreitenden Unruhen 1960 freiwillig zurückzog. Nach fünfjährigen Wirren und gescheiterten demokratischen Wahlen putschte sich der als Stabschef im Militär verankerte Joseph-Desiré Mobuto<sup>31</sup> 1965 an die Macht<sup>32</sup>.

Im Hinblick auf die folgenden Ausführungen bezüglich des Ertrags an der Macht zu sein, erweist sich der gängige polit-ökonomische Ansatz der Beschränkung der politischen Eliten durch institutionelle Vorkehrungen als wenig hilfreich, weil ebendiese Institutionen in betrachteten Staaten schwach ausgeprägt sind und zu kleptokratischem Handeln geradezu einladen (Acemoglu, Robinson, Verdier 2004: 163). Nach der Machtkonsolidierung machte sich Mobuto in diesem Sinne umgehend daran, die Volkswirtschaft unter staatliche – also seine – Kontrolle zu bringen. Beginnend mit der Konfiszierung von Produktionsmitteln unter der *declaration of economic independence* (Shafer 1983: 98), gipfelte dieser Prozess in der ‚Zairisierung‘ aller ausländischen Firmen im Agrar-, Rohstoff-, Transport- und Handelsbereich und deren Verteilung an die einheimischen politischen Eliten (Adelmann 1978: 37, Willam 1988: 39). Schatzberg beschreibt den systematischen Missbrauch politischer Ämter durch einen Großteil der hohen Amtsträger zur Unterstützung der eigenen

---

<sup>30</sup> Der Kongo hieß bis 1960 Belgisch-Kongo, wurde im Rahmen der ‚Authentizitätspolitik‘ 1971 in Zaire umbenannt und bekam 1997 seine aktuelle Bezeichnung Demokratische Republik Kongo. Im Text werden die verschiedenen Bezeichnungen synonym verwendet.

<sup>31</sup> 1972 benannte er sich selbst um in *Mobutu Sese Seko Nkuku wa za Banga*, um im Rahmen der Nationalisierungspolitik seine afrikanischen Wurzeln zu betonen.

<sup>32</sup> Im Rahmen des Konsolidierungs- und Legitimierungsprozesses wurde 1967 seine Partei *Mouvement Populaire de la Révolution* (MPR) gegründet.

wirtschaftlichen Tätigkeit, also zur persönlichen Bereicherung (Naiuzeyi 1999: 680). Es wird geschätzt, dass sich Mobuto 15-20% des alljährlichen Staatsbudgets direkt angeeignet hat (Acemoglu, Robinson und Verdier 2004: 169). 1987 bezifferte Leslie (1993: 36) Mobutos Vermögen auf fünf Milliarden US-Dollar und Turner und Young (1985: 178-183) brauchen sechs Seiten, um eine Liste seiner Vermögenswerte wiederzugeben. Indirekte Formen des Vorteils an der Macht zu sein waren außerdem die weit verbreitete und teilweise absurde Ausmaße annehmende Korruption sowie exzessives *Rent-seeking* in allen denkbaren Formen (Newbury 1984). Im Gegensatz dazu lebte der Großteil der Bevölkerung in Armut und die kolonialen Klassenstrukturen wurden mit einer ausgewechselten Elite weiter reproduziert. Die Vorteile an der Macht zu sein kann man zusammenfassend als sehr ausgeprägt bezeichnen. Die Unterschiede bezogen auf den materiellen Wohlstand zwischen der politischen – und daraus resultierend ökonomischen – Elite und den Bürgern war extrem.

Schon die belgische Kolonialverwaltung hatte kein Interesse daran, den Bildungsstand der einheimischen Bevölkerung zu heben. Bezeichnend dafür ist, dass nach einem halben Jahrhundert Kolonialherrschaft zehn<sup>33</sup> einheimische Zairis einen Universitätsabschluss erreicht hatten (Naiuzeyi 1999: 675). Alle hoch qualifizierten Tätigkeiten wurden von Ausländern ausgeübt und die Wirtschaft war nach den Bedürfnissen der Kolonialherren nach Rohstoffen ausgerichtet. Man muss jedoch darauf hinweisen, dass die Einschulungsrate am Ende der Kolonialzeit relativ hoch war. Insgesamt beschreibt Kimble die Rationalität der kolonialen Bildungspolitik so:

[...] it is better to have 90% of the population capable of understanding what the [colonial] government is trying to do for them and (is??) competent in doing it than to have 10% of the population so full of learning that it spends its time telling the government what to do. (zit. nach Mukweso 1984: 57)

Nach der Unabhängigkeit konnten auf Grund der Qualität, Ausstattung und Erreichbarkeit der Schulen sowie auf Grund von Gebühren trotz einer Einschulungsrate von 70% im Jahr 1965 nur 50% aller Schüler die sechsjährige Grundschule beenden. Rund 5% der entsprechenden Altersgruppe besuchte anschließend eine weiterführende Schule (Leslie 1993: 76). Wie oben ausgeführt, war der Mangel an Fachkräften und einer einheimischen ausgebildeten technokratischen Elite frappierend. Trotz der nationalistischen Rhetorik, die Mobuto in Bezug auf den Zugang zu und die Qualität der Bildung für Zairis anwandte, trat unter seiner Herrschaft keine sichtbare Verbesserung

---

<sup>33</sup> Leslie (1987: 77) gibt die Zahl der zairischen Universitätsabsolventen mit 30 an.

ein. Die Verstaatlichung und Zusammenfassung der drei bestehenden Universitäten Kinshasa, Kinsangani und Lubumbashi diente hauptsächlich der Kontrolle der Studentenschaft, welche bei Unruhen durch gelegentliche Schließung und Zwangseinziehung zum Militär leichter ‚unschädlich‘ gemacht werden konnten. Der Mangel an Humankapital zeigte sich vor allem in den Folgen der Zairisierungspolitik, welche sich durch Inkompetenz und Opportunismus zu einem Desaster entwickelte. Bezeichnend dafür war die Enteignung der belgischen *Union Minière*, um dieselbe später auf Grund mangelnder eigener Fähigkeiten mit der technischen und kaufmännischen Leitung der Kupferminen zu beauftragen (Leslie 1993: 107). Der UNICEF Bericht *The State of the World's Children* (UNICEF 1984: 120) weist die Alphabetisierungsrate Zaires für das Jahr 1970 mit 34,5% aus. Lagen die Bildungsausgaben kurz nach der Unabhängigkeit noch bei 2,4% des GDP, wurden diese konsequent abgesenkt, bis 1986 noch 0,4% des GDP aufgewendet wurden (Leslie 1993: 79). Der Grund für diese Bildungspolitik ist in dem Mangel an Anreizen, in diese zu investieren, zu sehen. Der Aufbau eines produktiven Humankapitalstocks ist ein langfristiges Unterfangen. Die zairische Elite hat humankapitalintensive Bereiche ihrer Volkswirtschaft deswegen soweit wie möglich ausgelagert, um kurzfristige Gewinne aus dem Reichtum an natürlichen Ressourcen realisieren zu können. Die eigenen Nachkommen hingegen wurden in den wenigen guten Privatschulen untergebracht oder noch häufiger sofort in die USA oder nach Europa auf die dementsprechenden Schulen geschickt (Leslie 1993: 79). Das Level an Humankapital und technologischem Wissen lässt sich in der dargestellten Situation zusammenfassend als äußerst dürftig bezeichnen. Der Anreiz in öffentliche Güter zu investieren, die komplementär zu Humankapital und technologischem Wissen sind, ist also sehr gering.<sup>34</sup>

Wesentlich einträglicher und zeitnäher hingegen ist die Ausbeutung der vorhandenen natürlichen Ressourcen. Der Bestand an natürlichen Ressourcen im Kongo war und ist enorm und die Abhängigkeit der Volkswirtschaft von diesen auch. Schon 1953 war Zaire der größte Produzent von Kobalt, Diamanten, Zinn, Zink und Silber sowie der zweitgrößte Kupferproduzent Afrikas nach Zambia. Nach Shafer (1983: 94) basierten in den späten 60er und frühen 70er Jahren 60-70% der Exporteinkünfte auf Kupfer und die Ausfuhrsteuer, welche sich zu 90% aus der Ausfuhr von Bodenschätzen zusammensetzte, machte 70% der Staatseinnahmen aus. Die Zairisierungspolitik und die fallenden Kupferpreise ab 1975 ließen die Fördermenge stark sinken, paradoxerweise stieg der

---

<sup>34</sup> Der abnehmende Grenzertrag von Investitionen wird hierbei außen vor gelassen.

Exportanteil in demselben Zeitraum. Die Ausbeutungsabsicht stand im Vordergrund und das Bewusstsein für die Notwendigkeit von Investitionen war nur marginal ausgeprägt. Es gibt einige ansprechende makroökonomische Erklärungen für die negativen Effekte von Ressourcenabhängigkeit auf Wachstum.<sup>35</sup> In diesem Fall erscheint jedoch schlichte Gier, die sich in massivem Rent-seeking manifestiert, als sehr einleuchtende Erklärung. Murphy (1991) beschreibt das Phänomen, dass sich die produktiven Kräfte in den Bereichen sammeln, die die höchsten Erträge abwerfen. Diesen Zusammenhang bestätigt auch die Weltbankschätzung<sup>36</sup> über den Reichtum von Staaten (Worldbank 2006). Die Kategorie *Intangible Capital* umfasst unter anderem Humankapital und wird als Residuum berechnet. Der negative Wert für den Kongo in dieser Kategorie wird in der Studie als extrem niedriger Ertrag des vorhandenen produzierten, institutionellen und Humankapitals interpretiert (ebd: 29). Für den Kongo und für das willkürlich gewählte Vergleichsland Deutschland werden folgende Zahlen in US-Dollar pro Kopf ausgewiesen:

<i>Country</i>	<i>Natural Capital*</i>	<i>Subsoil Assets</i>	<i>Produced Capital + Urban Land</i>	<i>Intangible Capital</i>	<i>Total Wealth</i>
<b><i>Congo, Rep. of</i></b>	9.330	7.536	6.343	-12.158	3.516
<b><i>Germany</i></b>	4.445	269	68.678	423.323	496.447

\* Including Subsoil Assets

Quelle: The Worldbank (2006): *Where is the Wealth of Nations? Measuring Capital for the 21<sup>st</sup> Century*, The International Bank for Reconstruction and Development/The World Bank, Washington, D.C.

Abbildung 9: Der Reichtum Kongos nach Kategorien

Die Zahlen zeigen die Abhängigkeit des Kongos von den Bodenschätzen in der Zusammensetzung seines Reichtums und gleichzeitig dokumentieren sie die Unfähigkeit und vor allem den Unwillen, den großen natürlichen Reichtum des Landes zu investieren und dadurch nachhaltiges Wachstum und Wohlstand zu generieren.

<sup>35</sup> Einen guten Überblick liefert Murshed (2004).

<sup>36</sup> Die Schätzungen beziehen sich zwar auf das Jahr 2000, haben sich aber nach Wissen des Autors und im Vergleich zu den ersten – leider unvollständigen – Schätzungen der Weltbank 1997 in den betrachteten Fällen bezogen auf natürliches Kapital nicht wesentlich verändert und werden in der Literatur als Proxy für die Vorkommen nach dem Zweiten Weltkrieg verwendet, u. a. von Gylfason (2001). Der Wert des natürlichen Kapitals setzt sich aus den Größen Bodenschätze, Nutzholz, Restliche Holzvorkommen, Geschützte Landvorkommen, Agrarische Anbaufläche und Weideland zusammen. In dem hier betrachteten Zusammenhang stellen Bodenschätze die wichtigste Größe dar, weil sie der im Modell beschriebenen Anreizwirkung gerecht werden.

Die Möglichkeit eines politischen Umsturzes stand dem Mobuto-Regime immer vor Augen. Um der Gefahr einer Palastrevolution vorzubeugen, schuf Mobuto ein perfektes System der „*organized disorganization*“ (Acemoglu, Robinson, Verdier 2004: 170). Amtsinhaber wurden regelmäßig ausgewechselt und unterlagen einem Turnussystem, in dem jeder Objekt von Degradierung oder gar Verfolgung werden konnte. Die extreme Desorganisation war also nicht (nur) auf einem Mangel an Know-how zurückzuführen, sondern war tatsächlich ein probates Mittel, die eigenen Parteigänger unter Kontrolle zu halten. Die allgemeine Armut erleichterte es, potentielle Gegner zu kaufen, falls ihnen mit Repressionen nicht beizukommen war. Die vorherrschende Logik war die einer klassischen Teile-und-Herrsche-Strategie (Acemoglu, Robinson, Verdier 2004: 164). Der Mobutoismus als künstliche Ideologie, basierend auf der patriarchalen Autokratievorstellung des „afrikanischen Führers“, legitimierte die Beseitigung der letzten institutionellen Schranken. Auf die daraus entstandene Gesamtsituation trifft folgende Feststellung Acemoglus et. al. zu:

When institutions are strong, citizens demand rights; when institutions are weak, citizens beg for favors [...]. (Acemoglu, Robinson und Verdier 2004: 163)

Tatsächlich verteilte Mobuto unter anderem während seiner Reisen im Landesinneren so genannte „Geschenke“ aus seinem „persönlichen Fond“, was ihm die Loyalität der Nutznießer eintrug (Leslie 1993: 38).

Obwohl Mobuto sein Umfeld sehr gut kontrollieren konnte, ergab sich ein Problem, das Wintrobe (1998: 24) als „*Dictator's Dilemma*“ bezeichnet hat. Das Dilemma besteht darin, dass der Autokrat die Qualität der Informationen über revolutionäre Tendenzen nicht beurteilen kann. Die Informationen werden durch eine Bürokratie gefiltert, welche zum einen ihre eigenen Interessen verfolgt und zum anderen nicht als Träger schlechter Nachrichten fungieren will, da deren Überbringung in einem autokratischen System fatale Folgen für den Einzelnen haben können. Es handelt sich hierbei um ein klassisches *Signalling*-Problem, wie es unter ähnlichen Umständen auch in anderen Kontexten oft besteht.

Die kurze anfängliche Zufriedenheit der Bevölkerung auf Grund der Beseitigung des nach der Unabhängigkeit herrschenden Chaos durch Mobuto hielt in Zaire nicht lange vor. Die große Euphorie und Hoffnung auf Besserung der Lebensumstände nach der Unabhängigkeit wich schnell der Ernüchterung. Die wachsende Unzufriedenheit fand ihren Ausdruck in den zahlreichen Studentenunruhen (1969, 1971, 1979, 1980), welche

jedoch durch die entsprechenden Maßnahmen des repressiven Staates jeweils aufgelöst wurden. Der Versuch eines Staatstreichs 1967 endete mit der Zurückdrängung der Beteiligten über die ruandische Grenze (Leslie 1993: 53).

Wie Acemoglu und Robinson (2006) ausführen, ist es unter bestimmten Umständen für Eliten einträglicher, ökonomische Entwicklung, technologischen Fortschritt und Konkurrenz zu blockieren, um Monopolrenten zu generieren. Darüber hinaus hemmen Eliten technischen Fortschritt, wenn sie den Eindruck haben, dass Neuerungen ihre Existenz gefährden könnten. Analog dazu ließ Mobuto die soziale Infrastruktur im Kongo verfallen.

The social and economic services left behind by the colonialists have deteriorated to a point where most of them exist in name only. (Nzongola 1984: 45)

Von den zur Kolonialzeit bestehenden 145.000 Straßenkilometern waren nach zwei Jahrzehnten nur noch 12.000 km befahrbar und man brauchte mit dem Geländewagen von der Hauptstadt in die zweitgrößte Stadt (454 km) Lubumbashi zwischen zehn und vierzehn Tage (Leslie 1993: 127). Ähnlich war die Lage im Gesundheitssektor, dessen Zustand sich ungefähr ermessen lässt, wenn man den Anteil des Budgets des Gesundheitsministeriums am Staatshaushalt betrachtet, das im Jahr 1973 0.12% betrug (ebd: 80). Die Telekommunikationsmöglichkeiten waren extrem unterentwickelt und die soweit vorhandenen Medien fest in staatlicher Hand. Die Situation in Zaire stellte sich folgendermaßen dar:

Zaire was neo-colonial state, whose ruling class helps block economic growth and development as well as the normal functioning of the state apparatus by depriving the state of those essential means and capabilities with which it may improve the living conditions of the population as a whole. (Nzongola-Ntalja 1984: 44)

Die einzigen staatlichen Funktionen, die konsequent ausgeführt wurden und reibungslos funktionierten waren diejenigen, welche Mobutos Macht sicherten, also die klassischen Repressionsmaßnahmen. Trotz dem Mobuto selbst aus den Reihen der Armee kam, betrachtete er die Streitkräfte mit Argwohn und sah ihre, von ihm geförderte, Ineffizienz und Immobilität als Schutz an. Die oben erwähnte Ämterrotation formte zusammen mit notorischer Unterbezahlung eine leicht korrumpierbar und kontrollierbare Institution. Revolutionäre Tendenzen waren von Anfang an durchaus vorhanden. Mobutos Strategie war aber nicht auf deren Beschwichtigung ausgerichtet, sondern auf die Beseitigung aller revolutionsförderlichen Mittel, was öffentliche Güter wie z. B. Straßen und

Telekommunikation mit einschloss. Die extremen Repressionsmaßnahmen verschärften das *collective-action* Problem weiter, indem sie die Kosten einer Revolution prohibitiv erhöhten, die Erträge derselbigen gleichzeitig sehr unsicher waren. Die desaströsen Folgen der beschriebenen Politik für die Wirtschaft des Landes ist am besten an der negativen Wachstumsrate von -1.2% in der Zeit von 1966-1986 abzulesen.

#### **4.2.2 Weitere Fälle im Überblick**

Die Liste der Staaten mit einer ähnlichen Entwicklung ist lang. Die gegebenen Umstände in ihnen zum Zeitpunkt  $t_0$  haben ähnlichen Ausprägungen wie in dem ausführlich geschilderten Fall. In Form anekdotischer Evidenz sollen hier einige Beispiele angeführt werden, die darauf hindeuten, dass die behandelten Mechanismen tatsächlich wirken.

Nach einer zweifelhaften Wahl 1957 konnte sich François Duvalier („Papa Doc“) erfolgreich an die Spitze des haitianischen Staates setzen. Seine Aktivitäten wurden folgendermaßen beschrieben:

[...] the main changes he brought to Haitian politics were those of creating a power structure that guaranteed him, on the one hand, a huge personal fortune and, on the other, a high level of probability of staying in power. (Lundahl 1991: 416)

Das Vermögen des Nachfolgers Jean Claude Duvalier („Baby Doc“) wurde nach seiner Vertreibung auf 1,6 Mrd. US-Dollar geschätzt (Lundahl 1989: 3) und es ist anzunehmen, dass sein Vater großen Anteil an der Akkumulation desselben hatte. Das Level an Humankapital und technologischem Wissen Haitis im Untersuchungszeitraum war selbst für ein Entwicklungsland sehr niedrig. Die Alphabetisierungsrate wurde mit 21.5% ausgewiesen (UNICEF 1984: 120). Die Produktivität des größten Sektors Landwirtschaft war außerdem extrem gering. Dennoch wurde einer der wenigen komparativen Vorteile des Landes, der in exotischen Anbaugütern wie Mangos, Rum und speziellen Kaffeesorten lag (Gros 2000: 24), durch entsprechend gestaltete protektionistische In- und Ausfuhrbeschränkungen zu einer weiteren Einnahmequelle der Elite degradiert. Der Zustand der Infrastruktur war sehr schlecht und die Anzahl der Telefonanschlüsse lag vor einigen Jahren noch bei 60.000<sup>37</sup>, wovon 80% in Port-au-Prince vorhanden waren (Gros 2000: 223). Es ist schwer nachzuweisen, ob die Duvaliers die Infrastruktur mit einem bestimmten Ziel im Auge verfallen ließen, etwa um eventuellen Revolutionären die Organisation zu erschweren, oder ob sie lediglich

---

<sup>37</sup> Bei einer Bevölkerung von ca. 6,5 Mio. Menschen.

persönliche Bereicherung anstrebten. Fest steht, dass die beiden Machthaber jede Gelegenheit nutzten, um das Land ausbeuten zu können ohne in irgendeiner Form Investitionen tätigen zu müssen. Auch ohne den negativen Effekt von natürlichen Ressourcen – die im Falle Haitis kaum vorhanden waren – fiel die rationale Entscheidung zugunsten der *Nicht-Investieren*-Strategie aus.

Als gutes Beispiel für eine extreme Asset-Verteilung lässt sich das Marcos-Regime auf den Philippinen heranziehen. 1965, zu Beginn der Marcos-Herrschaft, verdienten 10% der Bevölkerung 40% des Einkommens und 10% der Bevölkerung besaßen 90% der Assets (Roth 1973: 814). Das Marcos-Regime hatte von Anfang an mit Aufständen und Demonstrationen zu kämpfen, wie z. B. mit der Studentenbewegung sowie mit muslimischen und kommunistischen Guerillagruppen. Im Gegensatz etwa zu Mobuto förderte Marcos die Infrastruktur, indem er Straßen teilweise privatisierte und so zum ersten Mal in der philippinischen Geschichte befestigte Straßen ermöglichte (Overholt 1983: 1142). Außerdem trieb er die Elektrifizierung und Bewässerung der ländlichen Gebiete voran (ebd.: 1141). Die von ihm initiierte und dringend benötigte Landreform ersetzte jedoch nur die eingesessene mit einer neuen Elite, die aus Marcos' Parteigängern bestand. Das relativ hohe Wachstum in den 50er und 60er Jahren sowie das relativ gut ausgebildete Humankapital<sup>38</sup> waren kein Grund für das Regime, weiter in öffentliche Güter zu investieren. Die Asset-Verteilung war so extrem ungleich, dass die unmittelbare Ausbeutung der wenigen Ressourcen gepaart mit hoher Repression die verlockendere Alternative für das Marcos-Regime war. Der Vorteil an der Macht zu sein war so hoch und die Chancen, Humankapital durch Asset-Umverteilung in absehbarer Zeit auszubeuten war so gering, dass *Nicht-Investieren* nach dem Modell die optimale Strategie war.

Die Unterversorgung mit öffentlichen Gütern zur Senkung der Gefahr eines Machtwechsel war im Fall der Philippinen nicht zu beobachten. Dennoch war die Unterversorgung mit öffentlichen Gütern mit dem Ziel, revolutionären Tendenzen keinen Vorschub zu leisten, nicht nur vereinzelt und in der weiteren Vergangenheit ein probates Mittel, wie Acemoglu und Robinson (2006) gezeigt haben, sondern ist auch in einigen modernen Autokratien zu beobachten. Einen guten Überblick liefert Robinson (2001: 28-30) selbst: Die Weigerung, ökonomisch absolut notwendige Infrastruktur bereitzustellen, weist er unter anderem konkret für die Dominikanische Republik, Kamerun und Liberia nach.

---

<sup>38</sup> Nach der fast 50-jährigen Kolonialherrschaft der USA war die Analphabetenquote auf 18% (1970) gesunken und die Einschulungsrate betrug fast 100% (1960) (UNICEF 1984: 121).

### **4.2.3 Zusammenfassung der Fallgruppe**

Die Aufzählung der Staaten mit ähnlichen Ausprägungen der Variablen und daraus resultierendem Wachstumspfad ließe sich bei eingehender Untersuchung sicherlich verlängern. Sie alle weisen Charakteristika auf, für die Moore (1966) als erster den Begriff *Predatory State* prägte. Kennzeichnend für diese Fallgruppe ist die extreme Bereicherung elitärer Gruppen bei gleichzeitig weit verbreiteter Armut unter der Masse der Bevölkerung. Darüber hinaus zeichnen sich diese Staaten durch eine konsequente Unterversorgung mit öffentlichen Gütern aus. Einige Fälle deuten sogar darauf hin, dass selbst das in der Kolonialzeit zur Verfügung gestellte Level an öffentlichen Gütern höher war als das nach der Machtübernahme erhaltene. Im Falle der Philippinen allerdings lässt sich der Zusammenhang zwischen Unterversorgung mit öffentlichen Gütern und der Absicht einer Senkung der Revolutionswahrscheinlichkeit nicht erkennen.

Allgemein lässt sich darüber hinaus von einem nicht vorhandenen Interesse an der Herausbildung von Humankapital oder der Aneignung technologischen Fortschritts berichten, wenn diese nicht explizit zur Ausbeutung des natürlichen Reichtums des Landes nötig war oder sich in medienwirksame Prestige-Objekte umsetzen ließ. Wahrscheinlich sind in den verschiedenen Fällen weitere wichtige Mechanismen am Werk, dennoch lässt sich mit einer gewissen Vorsicht feststellen, dass die Ausgangsbedingungen und die aus ihnen folgenden angewandten Strategien einem ähnlichen Grundmuster unterliegen und weitgehende Parallelen im Sinne des Modells aufweisen.

### **4.3 Die Fallgruppe der überdurchschnittlich wachsenden Staaten**

In dieser Fallgruppe werden die Staaten mit überdurchschnittlichem Wachstum betrachtet. Korrespondierend mit Fall A des Modells weisen die herangezogenen Staaten bestimmte Merkmale zum Zeitpunkt  $t_0$  auf, die die Investitionsentscheidung der Elite entscheidend beeinflussen. Selbstredend ist für den wirtschaftlichen Erfolg dieser Staaten nicht nur diese besagte Entscheidung ausschlaggebend, sondern auch die angewandten effektiven Entwicklungsstrategien, welche nicht unbedingt mit der grundsätzlichen Investitionsentscheidung zusammenhängen. Trotzdem erklärt das Modell in diesem Fall die ursprüngliche Wachstumsorientierung auf Grund der herrschenden Gegebenheiten erstaunlich gut.

Obwohl Singapur als Stadtstaat bestimmte ökonomische Besonderheiten aufweist, wie z. B. die sehr geringe Marktgröße des Inlands, ist es bezogen auf die polit-ökonomischen Umstände, wie sie in 4.1 angesprochen wurden, ein geeignetes Beispiel.

#### **4.3.1 Der Tigerstaat Singapur als Beispiel für ein ‚Wachstumswunder‘**

Die Bezeichnung für Singapur und die schnell wachsenden Staaten Ostasiens sprechen für sich. Die Betitelung als „Tiger“-Staaten, nach dem ostasiatischen Symbol für Macht, trifft bezogen auf die Wachstumsraten völlig zu.

Die Regierungsgewalt wurde nach der kurzen Besetzung durch Japan im Zweiten Weltkrieg und der endgültigen Unabhängigkeit von Großbritannien 1959 an den geschickt manövrierenden Lee Kuan Yew übergeben. Nach dem Verlust seines Status’ als zentraler Hafen des britischen Kolonialsystems und der turbulenten 18-monatigen Union mit Malaysia sowie aufgrund einer hohen Geburtenrate war die wirtschaftliche Stimmung in Singapur Mitte der 60er Jahre eher gedrückt.

Die Vorteile an der Macht zu sein unterscheiden sich im Falle von Singapur fundamental von den im vorigen Punkt beschriebenen Fällen. Den relativ hohen Gini-Koeffizient von 0,5 führt Haggard (1990: 227) auf die unterschiedlichen Einkommen in den sehr unterschiedlichen Sektoren zurück. Dennoch ist davon auszugehen, dass die Ausprägung einer elitären Schicht relativ schwach war. Dies lässt sich zum einen damit begründen, dass sich auf Grund der geographischen Gegebenheiten nie eine Land besitzende Elite bilden konnte (ebd.: 37). Zum anderen lassen die brutale Besetzung Japans und vor allem das Sook Ching Massaker<sup>39</sup> darauf schließen, dass es sich zu Zeiten der Machtübernahme von Yew um eine relativ egalitäre Gesellschaft handelte. Auch Vogel macht die japanische Besetzung für die Zerstörung der konservativen konfuzianischen Ordnung in Ostasien verantwortlich und erklärt damit das Verschwinden der reformunwilligen Eliten (1991: 86). Das Nichtvorhandensein von natürlichem Kapital und die Struktur der Volkswirtschaft hielten den Vorteil an der Macht zu sein sehr begrenzt. Darüber hinaus ist Grundbesitz einfacher zu besteuern, ganz zu schweigen von enteignen, als die in diesem Fall vorherrschenden Dienstleistungen. Die tatsächlichen Vorteile an der Macht zu sein äußerten sich eher in einem Patronagesystem, das die Eliten der Bürokratie, der herrschenden People’s Action Party (PAP) und die Spitzen des Militärs umfasste (Case 2003: 257). Die

---

<sup>39</sup> Das Massaker am 15. Februar 1942 richtete sich vor allem gegen reiche Chinesen, die im Verdacht standen, Chiang Kai-Shek im Krieg gegen Japan finanziell zu unterstützen. Betroffen waren auch Sympathisanten der britischen Herrschaft, Personen mit Tattoos, Kommunisten etc..

Entstehung dieser bürokratischen Elite ist allerdings außergewöhnlich. Der außerordentlich technokratische Charakter dieser Elite hat Singapur den Beinamen eines „Verwaltungsstaates“ eingebracht. Die erste Generation der Elite entstand aus dem Rekrutierungsprozess in der Kolonialzeit, in dem die besten Schulabgänger zur Eliteschule *Raffles* zugelassen wurden und ihre Ausbildung durch ein Studium in Großbritannien abschließen konnten (Vogel 1991: 78-79). Auch später wählten Yew und seine rechte Hand Goh Keng Swee politische Mandatsträger aus den besten Universitätsabsolventen aus (ebd.: 76). Hohe Amtsträger und Bürokraten waren gleichzeitig oft mit Aufsichtsratsposten von Unternehmen mit staatlichen Anteilen betraut (Case 2003: 258). Auch Yews eigene Familie profitierte von dem Patronagesystem, so dass diverse Familienmitglieder hohe Positionen im Staat innehatten.<sup>40</sup> Dennoch finden sich keine Hinweise darauf, dass sich diese besagten Eliten persönlich stark bereichert hätten, vielleicht wohl wissend, dass ihre Legitimation und die des Regimes allein auf Wirtschaftswachstum und Wohlstand beruhte (Vogel 1991: 87). Es lässt sich fest stellen, dass

[o]n the whole they remained dedicated to overall public goals and, while provided a measure of guaranteed benefits, exercised restraint in their private pursuit of wealth. (Vogel 1991: 95)

Es ist also davon auszugehen, dass der Ertrag an der Macht zu sein auf Grund der kolonialen Vorgeschichte und der Struktur der Ökonomie in Singapur relativ niedrig ist.

Infolge der wirtschaftlichen Struktur des Landes war der Sektorservice vor der Unabhängigkeit relativ groß. Singapur entwickelte sich auf Grund seiner strategischen Lage zum wichtigsten Handelszentrum zwischen dem Indischen Ozean und dem Südchinesischen Meer und wurde von Großbritannien sukzessive zu einem Finanz- und Handelszentrum ausgebaut.

Es wäre übertrieben zu sagen, dass Großbritannien sehr stark in die Bildung der einheimischen Bevölkerung investiert hätte. Dennoch wurde vor allem nach der Jahrhundertwende dem steigenden Bedarf an ausgebildeten Arbeitskräften im Handels- und Finanzsektor Rechnung getragen (Oshima 1988: 110), womit sich die relativ hohe Alphabetisierungsrate von 82% im Jahr 1970 (UNICEF 1984: 121) erklären lässt.

---

<sup>40</sup> Zum Beispiel war sein ältester Sohn Lee Hsien Loong („B.G. Lee“) Verteidigungsminister und im Rat der Zentralbank, sein zweiter Sohn Lee Hsien Yang war Aufsichtsratsvorsitzender des größten Unternehmens ‚Singapore Telecommunications‘ und seine Frau Ho Ching war stellvertretende Direktorin des einflussreichen ‚Economic Development Boards‘ (Case 2003: 258).

Haggard gibt für das Jahr 1960 die Bildungsbeteiligung der Bevölkerung mit 112%<sup>41</sup> in der Grundschule, 32% in einer weiterführenden Schule sowie mit 6,4% Universitätsstudenten an (1991: 239). Erstaunlich sind diese Zahlen vor allem im Hinblick auf das geringe Pro-Kopf-Einkommen nach dem Zweiten Weltkrieg. Den entscheidenden Schub gab wohl das kurz nach dem Weltkrieg aufgelegte Bildungsprogramm der Kolonialherren, welches den Grundschulbesuch für alle ethnischen Gruppen ermöglichte (Tan 1997: 304). Yew nutzte die fundierte Basis an Humankapital und baute diese weiter aus. Die durchschnittliche Produktivität des Faktors Arbeit wuchs nicht zuletzt wegen dieser Investitionen in Humankapital um 5,4% pro Jahr in dem Zeitraum von 1965-1973<sup>42</sup> (Krause 1988: 50), was eine enorme Anziehungskraft auf ausländische Direktinvestitionen hatte (Vogel 1991: 78). Die weiteren Investitionen in den relativ hohen Bestand an Humankapital zahlten sich also relativ schnell aus.

Die Ausstattung mit natürlichen Ressourcen ist schnell beschrieben: Es sind keine vorhanden. Folgende Schätzungen der Weltbank belegen die absolute Ressourcenarmut Singapurs (Vergleichsland Deutschland/Angaben in US Dollar pro Kopf):

<i>Country</i>	<i>Natural Capital*</i>	<i>Subsoil Assets</i>	<i>Produced Capital + Urban Land</i>	<i>Intangible Capital</i>	<i>Total Wealth</i>
<i>Singapore</i>	0	0	79.011	173.595	252.607
<i>Germany</i>	4.445	269	68.678	423.323	496.447

\* Including Subsoil Assets  
 Quelle: The Worldbank (2006): *Where is the Wealth of Nations? Measuring Capital for the 21<sup>st</sup> Century*, The International Bank for Reconstruction and Development/The World Bank, Washington, D.C.

Abbildung 10: Der Reichtum Singapurs nach Kategorien

Diese Ressourcenarmut erklärt die im vorigen Absatz behandelte Konzentration auf Humankapital. Darüber hinaus gibt sie auch Hinweise zur Begründung der kaum vorhandenen Rent-seeking-Mentalität, welche durch Ressourcenreichtum in autoritären Regimen oft entsteht und zu einer Akkumulation von Reichtum bei einer

<sup>41</sup> Höhere Angaben als 100% kommen zustande, wenn die Anzahl der Schüler einer Schulform die eigentliche Anzahl der nach der Altersgruppe dafür vorgesehenen Schüler übersteigt.

<sup>42</sup> In demselben Zeitraum stiegen die Löhne dagegen nur um 3,4%, was an der eisernen Disziplin liegen mag, die Yew der arbeitenden Bevölkerung und den de facto nicht existierenden Gewerkschaften auferlegt hat.

Regierungs/Business-Elite führt (Birdsall, Pinckney und Sabot 2000). Zusätzlich verhindert diese Ressourcenarmut die Gefahr der *Dutch-Disease*, welche bei den extrem exportorientierten südostasiatischen Staaten verheerend gewirkt hätte.

Eine Revolution gegen die Einparteienherrschaft der PAP dürfte für die Bevölkerung Singapurs keine Option gewesen sein. Der Grund hierfür liegt in den zu vernachlässigenden Vorteilen an der Macht zu sein. Eine Verbesserung der eigenen Situation durch einen Machtwechsel war seitens der Bevölkerung nicht zu erwarten. Im Gegenteil, den unterdrückten Lohnsteigerungen stand ein extensives Sozialprogramm für Bildung und Wohnungsbau gegenüber, das nach Haggard 30% der Investitionen des staatlichen Entwicklungsplanes 1961-1964 in Anspruch nahm und seiner Meinung nach das relativ schwache Wachstum der Jahre 1961-1967 erklärt (Haggard 1991: 109). Yew finanzierte durch bei Arbeitnehmern wie -gebern erzwungenes Sparen einen Fond, der zu seiner Hochzeit 50% der Löhne absorbierte. Dieser *Central Provident Fund* diente zur Finanzierung von öffentlichen Gütern sowie für den Einzelnen als Sicherheit für Immobilien oder zur Bezahlung medizinischer Behandlung und Rentenleistungen (Vogel 1990: 79). Finanzminister Goh Keng Swee begründete das Sozialprogramm mit politischer Rationalität, indem er im nachhinein feststellt, dass

[...] while the creation of new industries, by its nature requiring a substantial lead time, could not show quick results, government action in improving the social services [would result in] swift and tangible benefits. (Zit. nach Haggard 1991: 109)

Wie Vogel (1990: 79) ausführt, resultierte das Programm in einem sehr hohen Level an Eigentumswohnungen sowie einer weitgehend zufriedenen Arbeiterschaft und einem nationalen Gemeinschaftsgefühl trotz ethnischer Unterschiede. Man kann also davon ausgehen, dass Machtwechsel nicht die optimale Strategie für die Bürger war.

#### **4.3.2 Weitere Fälle im Überblick**

Die Fallgruppe lässt sich problemlos auf die Staaten Südkorea und Taiwan ausweiten. Sie weisen sehr ähnliche Charakteristika hinsichtlich der Ausgangsbedingungen auf. Der markanteste Unterschied findet sich in dem Umgang mit der gegebenen Asset-Verteilung, welche aktiv beeinflusst wurde.

In Korea besaßen unter der japanischen Kolonialherrschaft 5% der Bevölkerung über 50% des landwirtschaftlich nutzbaren Landes. Die 1950 beginnende Landreform

erfolgte nach dem *land-to-tiller*<sup>43</sup> Prinzip und erhöhte die Zahl der Land besitzenden Haushalte von 349.000 auf ca. 1,8 Millionen, obwohl man bemerken muss, dass ungefähr die Hälfte der Transaktionen unter Antizipation der bevorstehenden Reform vor 1950 zu Marktpreisen stattfand (Jeon und Kim 2000: 255). Das Land war entweder im Besitz der Japaner (ca. 19%), wechselte den Besitzer unter dem ALRAA<sup>44</sup> gegen ‚Wertpapiere‘, welche innerhalb von fünf Jahren in bares Geld umgewandelt werden konnten, oder war schon vorher verkauft worden (ca. 50%) (ebd.: 254). Anzunehmen ist hierbei, dass die noch zu japanischer Herrschaft eingeführte Fixierung der Eigentumsrechte durch Landtitel (Haggard 1991: 52) die Reform wesentlich vereinfachte. Die Gründe für die Landreform sind relativ eindeutig zu bestimmen. Die tief sitzende Gefahr einer kommunistischen Beeinflussung und die Vermeidung von Klassenkonflikten waren die größten Sorgen der sich entwickelnden Republik Südkorea. Die kommunistische ‚Gefahr‘ verringerte die Opposition der damaligen landbesitzenden Elite (Kay 2002: 1079), welche durch den Zusammenbruch der öffentlichen Ordnung nach dem Abzug der Japaner sowieso schon geschwächt war (Jeon und Kim 2000: 256). Des Weiteren sind die Zerstörungen durch den Koreakrieg als nivellierendes Element in der koreanischen Klassenstruktur anzuführen (Kuznets 1988: 16, Haggard 1991: 244). Kay (2002: 1076) fasst zusammen, dass es nach den Reformen weder in Südkorea noch in Taiwan eine landbesitzende Elite gab. Die taiwanesishe Reform wurde mit zwei Zwischenstufen implementiert. Erst wurden die Pachtzahlungen an Landbesitzer festgeschrieben, dann wurde das von den Japanern zurückgelassene Land verkauft und letztlich wurde die Macht der Landbesitzer durch eine *land-to-tiller*-Reform endgültig gebrochen (Haggard 1991: 82). Ähnlich wie in Korea waren die kommunistischen Umtriebe, vor allem in den ländlichen Gebieten, die Hauptursache für die Reformen (ebd.). In beiden Ländern war die Asset-Verteilung also so gestaltet, dass eine Revolution keine nennenswerten Vorteile für die Bürger geboten hätte.

Die Erträge an der Macht zu sein hielten sich in Taiwan außerdem durch den US-amerikanischen Einfluss in Grenzen, welcher Hilfslieferungen und Unterstützung gegen das kommunistische China von einer korruptionsfreien Regierung abhängig machte (Vogel 1990: 25). Sowohl die Administration Chiang Kai Sheks in Taiwan als auch die Park Chung Hees in Südkorea bestand nach Vogel (1990: 28, 33, 52, 87) aus disziplinierten und gut ausgebildeten Bürokraten und Militärs, die persönliche

---

<sup>43</sup> Das Land soll der besitzen, der es bewirtschaftet.

<sup>44</sup> *Agricultural Land Reform Amendment Act (ALRAA)*, 1950 verabschiedet.

Bereicherung als unangebracht ansahen beziehungsweise nur geringe Vorteile aus ihren Ämtern zogen.

Die Hinterlassenschaften der japanischen Kolonialherrschaft an Humankapital kann man im Vergleich zu französischen, niederländischen und selbst britischen Kolonien als äußerst hoch bezeichnen (Oshima 1988: 110). 75% der betroffenen Altersgruppe gingen 1944 in die Grundschule und die Hälfte der Bevölkerung konnte lesen und schreiben (Vogel 1990: 21). Darüber hinaus hinterließen die Japaner nach ihrem 50-jährigen Aufenthalt nicht nur eine funktionierende Stromversorgung, ein gut ausgebautes Straßennetz und eine vergleichsweise gute Telekommunikationsinfrastruktur (Hsiao und Hsiao 2001: 17), sondern auch ein durchlässiges Bildungswesen, technisches Know-how und eine dem modernen Industriestaat angepasste Arbeitsethik (Oshima 1988: 110). Eine parallele Entwicklung lässt sich auch für Korea feststellen, das am Ende der Kolonialherrschaft zum Produktions- und Versorgungsstandort für die japanischen Streitkräfte in der Mandchurei avancierte, was die dementsprechenden technologischen Spill-overs vergrößert haben dürfte.

Die Ausstattung mit natürlichen Ressourcen in Korea ähnelt der in Singapur, obwohl der Anteil an agrarischen Nutzflächen die geringe Ressourcenausstattung weniger drastisch erscheinen lässt:

<i>Country Name</i>	<i>Natural Capital*</i>	<i>Subsoil Assets</i>	<i>Produced Capital + Urban Land</i>	<i>Intangible Capital</i>	<i>Total Wealth</i>
<i>Korea, Rep. of</i>	2.020	33	31.399	107.864	141.282
<i>Germany</i>	4.445	269	68.678	423.323	496.447

*\* Including Subsoil Assets*

*Quelle: The Worldbank (2006): Where is the Wealth of Nations? Measuring Capital for the 21<sup>st</sup> Century, The International Bank for Reconstruction and Development/The World Bank, Washington, D.C.*

Abbildung 11: Der Reichtum der demokratischen Republik Korea nach Kategorien

In Taiwan zeichnet sich ein ähnliches Bild ab. Taiwan lässt sich als absolut ressourcenarmes Land beschreiben, dessen einzige Vorkommen im Jahr 1941 Kohle (0,22% gemessen am Weltvorkommen), Gold (0,06%) sowie minimale Vorkommen an Rohöl und Gas waren (Hsiao und Hsiao 2001: 16). Eine einträgliche Ausbeutung dieser

wenigen natürlichen Ressourcen stellt also keine Alternative zu anderen Ausbeutungsformen dar.

Nach der Beseitigung der Gefahr einer kommunistischen Revolution durch die Landreform und aufgrund der dadurch veränderten Asset-Verteilung sowie dem schnellen Wachstum in den darauf folgenden Jahren dürfte ein Machtwechsel keine verlockende Option für die Bürger Taiwans dargestellt haben.

[...] the economic advance and relative equal distribution of wealth in the first decades of industrial growth had created a measure of popular support for the government. (Vogel 1990: 49)

Das selbe gilt für Südkorea. Die Landreform eröffnete für viele Bürger neue Chancen und durch die massiven Bevölkerungsumwälzungen nach dem Zweiten Weltkrieg und dem Koreakrieg<sup>45</sup> war die Bevölkerung in erster Linie darauf bedacht, ihre wirtschaftlichen Lebensumstände zu verbessern (Vogel 1990: 88, 89). Obwohl Park der schwachen Opposition keine Gelegenheit gab sich zu organisieren (Haggard 1991: 75), kann man vermuten, dass diese auch unter anderen Umständen nicht besonders groß geworden wäre. Neben den neu eröffneten Chancen nämlich war Vogel (1990: 28) zufolge ein permanentes Gefühl der kommunistischen Bedrohung präsent – was nicht nur für Südkorea galt – welches einen gewissen Zusammenhalt in der Bevölkerung generierte.

### **4.3.3 Zusammenfassung der Fallgruppe**

Die betrachteten Staaten weisen erstaunliche Parallelen in den beobachteten Merkmalen auf. Das koloniale Erbe beinhaltete ein relativ hohes Level an Humankapital und technischem Know-how, welches im Rahmen der Industrialisierung gewinnbringend eingesetzt werden konnte. Die frühen Landreformen brachten eine Asset-Verteilung, die zum einen Anreize zu produktivem Verhalten bot, zum anderen die traditionellen Eliten entmachtete und somit den Weg für Innovationen frei machte. Auf Grund des Mangels an auszubeutenden Ressourcen und der gleichzeitig vorhandenen relativ modernen Infrastruktur sowie der hohen Produktivität von Investitionen in öffentliche Güter wurde durch die Strategie *Investieren* eine rasante Industrialisierung herbeigeführt. Man darf darüber hinaus annehmen, dass ein Regimewechsel von keiner größeren Gruppe –

---

<sup>45</sup> Bis zum Ende des Krieges kamen ca. 2 Mio. Flüchtlinge aus dem Nordteil Koreas in den Südtteil.

auch unter Berücksichtigung eines *collective action*-Problems oder prohibitiv hoher Kosten einer Revolution – angestrebt wurde.

#### **4.4 Die Fallgruppe der durchschnittlich wachsenden Staaten**

Diese Fallgruppe weist einige Besonderheiten auf und ist bei weitem nicht so klar einzuordnen wie die vorherigen Gruppen. Im Hinblick auf diese Staaten wurde die Erweiterung in dem vorgestellten Modell eingeführt. Mit ihrer Hilfe wird gezeigt, dass trotz der materiellen Bereicherung der Elite die Bürger bis zu einem bestimmten Zeitpunkt beziehungsweise bestimmten Level an öffentlichen Gütern relativ zufrieden sind. Es sei daran erinnert, dass zu diesem Zwecke die Bedingung  $\Phi' > 0$  modifiziert wurde und nun in ihrer veränderten Form gilt. Empirisch äußert sich das in einer weniger virulenten Revolutionsbereitschaft bis zu dem Level  $g^i$  an öffentlichen Gütern, welche sich mit momentanen historischen und/oder sozioökonomischen Umständen erklären lässt. Die Elite stellt also eine bestimmte Menge an öffentlichen Gütern zur Verfügung, um sich Regimestabilität zu sichern, ohne dass sich dadurch die Gefahr eines Machtwechsels erhöht. Die materielle Bereicherung erfolgt subtiler. Es gibt darüber hinaus Hinweise darauf, dass militärgestützte Regime und deren Marionetten-Regierungen stärker darauf bedacht sind, in ihren Handlungen den Schein der Legalität<sup>46</sup> zu wahren. Außerdem könnte das Militär möglicherweise effektiver gegen eine Revolution vorgehen und hat somit in der Bereitstellung öffentlicher Güter einen größeren Spielraum.

##### **4.4.1 Brot und Spiele – das Beispiel Algerien**

Nach dem äußerst blutigen Unabhängigkeitskrieg gegen Frankreich erreichte die französische Provinz Algerien ihre Unabhängigkeit, welche in der Gründung der Demokratischen Volksrepublik Algeriens im Jahr 1962 mündete. Die beiden ersten Jahre nach der Unabhängigkeit unter der Regierung Ben Belas zeichneten sich durch sozialistische Experimente, wie selbstverwaltete Betriebe, und einen durch die

---

<sup>46</sup> Mobuto hat auf Legalität in seinem Land, geschweige denn seiner Verwaltung keinen gesteigerten Wert gelegt. Zum Beispiel gab er in einer Stadionansprache vor 70.000 Zuhörern (20.05.1976) folgenden Rat:

If you want to steal, steal a little in a nice way but if you steal too much to become rich overnight you will soon be caught. And if you have succeeded in stealing, please reinvest in our country the product of your theft. You become the Republic's enemy if you transfer this product overseas. (Zit. nach Kabwit 1979: 397)

Besonders der letzte Satz entbehrt nicht einer zarten Ironie, bedenkt man seinen eigenen Reichtum im Ausland.

Umwälzungen des Krieges verursachten Einbruch der Volkswirtschaft aus. 1965 putschte das Militär unter der Führung des amtierenden Verteidigungsministers Houari Boumedienne, der nach seinem Tod im Jahr 1979 von dem ehemaligen Offizier der Befreiungsarmee, Chadli Benjadid, beerbt wurde. Im Gegensatz zu dem Zivilisten Bela war Boumedienne fest verankert in der regulären Armee, welche während des Unabhängigkeitskrieges in Tunesien und Marokko aufgebaut worden war. Unter dem Schleier eines vage definierten Sozialismus schuf er einen autokratischen und stark zentralisierten Staat, mittels dessen er die begonnene Nationalisierungspolitik Belas fortführte (Farsoun 1975: 5).

Der private Sektor der algerischen Wirtschaft pendelte sich nach den Nationalisierungen auf ungefähr 30% des GDPs ein. Die Nationalisierung ausländischer, aber auch inländischer Betriebe hatte 1966 mit den ausländischen Banken und Versicherungsgesellschaften begonnen. 1967 wurde die Gelegenheit des Israelkonflikts genutzt, um die angelsächsischen Ölkonzerne zu konfiszieren, und bis 1971 wurden sukzessive die französischen Öl- und Bergbaubetriebe beschlagnahmt (Bennoune 1988: 126-127). Diese dann staatlichen Unternehmen, allen voran das neu gegründete Flaggschiff SONATRACH, hielten die Monopole auf Import und Export der von ihnen produzierten Güter (ebd.: 125), welche eine Bereicherung der Amtsinhaber weiter vereinfachten. Die Vorteile der Elite können im Fall Algeriens nicht mit direktem Besitz an Land oder direkter Umlenkung von Staatsmitteln auf Privatkonten beschrieben werden. Vielmehr leistete der diffus definierte algerische Staatskapitalismus der Kontrolle aller Produktionsmittel in staatlichen Betrieben Vorschub und konzentrierte die wirtschaftliche Macht in den Händen staatlicher Funktionäre (Farsoun 1975: 26). Es handelte sich hierbei um vielseitig engagierte Gruppen<sup>47</sup>, deren Mitglieder sowohl militärische Ränge als auch Staatsämter bekleideten und gleichzeitig im privaten Sektor und der Schattenwirtschaft tätig waren. Die algerischen Führungsschichten lassen sich vor allem in Mandatsträger und Bürokraten (ca. 40.000-60.000 Personen) sowie in Militärs und Sicherheitsdienste (70.000-80.000) einteilen, wobei

[t]he members of the state bureaucracy shared interest with members of other strata, namely the army leaders, the professionals and the native Algerian landowners which lead to the maintainance of a stable alliance among them [...]. (Farsoun 1975: 26-27)

---

<sup>47</sup> In diesem Zusammenhang sehr bekannt ist der Oujda-Clan, benannt nach dem marokkanischen Ort, welcher als eine der Geburtsstätten der Armee während des Unabhängigkeitskrieges galt (Waterbury 1990: 332).

Das heißt nicht, dass jedes einzelne Mitglied der angegebenen Personengruppen persönliche Reichtümer anhäufen konnte, vielmehr sollten die Angehörigen dieser Elite als die Profiteure betrachtet werden, welche einen Systemwechsel keinesfalls befürworten würden. Die schleichende Diffusion der Interessen wird unter anderem von der International Crisis Group folgendermaßen beschrieben:

Over time the political elite created by the original army-backed coup was paralleled by an economic elite, itself entrenched in the political and administrative structures created for the hegemonic state system. Increasingly, the two elites merged [...] and the rewards of power were more and more expressed in economic terms. (International Crisis Group 2001: 1)

Im Laufe der Zeit ließ sich keine größere ökonomische Transaktion mehr tätigen, in der nicht jemand aus der beschriebenen Elite in irgendeiner Form mitverdient hätte. Die Asset-Verteilung ist also bei weitem nicht so klar wie in der ersten Fallgruppe. Dennoch lässt sich behaupten, dass die weitreichenden Verstaatlichungen zu einem System der Selbstbereicherung für die oben beschriebenen Eliten geworden sind.

Die Bildungspolitik der französischen Kolonialherren war – soweit vorhanden – von der Erziehung der einheimischen Bevölkerung zu ‚richtigen Franzosen‘ geprägt. Bis 1936 war die Unterrichtssprache Französisch, Arabisch wurde als Fremdsprache unterrichtet. Die Anzahl und Qualität der Schulen war nicht darauf ausgerichtet, den Bildungsstand der Bevölkerung zu heben. Laut Bennoune (1988: 68) waren 1944 nur 8% der entsprechenden Altersgruppe in der Grundschule, und die Alphabetisierungsrate betrug 1954 bei Männern ca. 15% und bei Frauen ca. 2-5%. Zum selben Zeitpunkt gab es 7.000 Schüler auf weiterführenden Schulen und insgesamt 600 algerische Universitätsstudenten (Waterbury 1990: 123) sowie 70 indigene Algerier mit Universitätsabschluss (ebd.: 423). Die einzigen Beschäftigungsmöglichkeiten waren einerseits die Landwirtschaft mit einer sehr geringen Produktivität, wobei Belkacem (2001: 5) das Verhältnis von französischen zu algerischen Betrieben auf Grund von mangelnder Technologie und Fruchtbarkeit auf 9:1 schätzt; die besten Anbaugelände wurden darüber hinaus laut Waterbury (1990: 424) enteignet und an französische Siedler verteilt. Als zweite Beschäftigungsmöglichkeit standen laut Heggoy (1973: 184) Arbeitsplätze zur Verfügung, die nicht einmal eine minimale Ausbildung erforderten. Umso härter traf der Massenexodus der französischen Siedler in den Jahren vor und nach der Unabhängigkeit 1962 die Wirtschaftskraft des Landes. Nur 7,2% der hochqualifizierten Beschäftigten waren Einheimische. Fast die komplette Elite des

Landes hatte sich also verabschiedet und hinterließ geschlossene Unternehmen, Krankenhäuser, Fabriken sowie eine daraus resultierende Arbeitslosigkeit von 70% (Benounne 1988: 90). Daran lässt sich einerseits ermessen, welchen Abfluss an Humankapital diese Volkswirtschaft zu verkraften hatte und andererseits zeigt dieses Szenario, wie wenig Humankapital und technologisches Wissen nach dem Abfluss vorhanden waren.

Der Reichtum Algeriens speist sich also in erster Linie aus natürlichen Ressourcen. Die Aufgabe der algerischen Wirtschaft war, Frankreich mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen und Rohmaterial zu beliefern. Erst wurden vor allem Mineralien wie Eisenerz und andere Mienenerzeugnisse geliefert. Ab Mitte der 50er Jahre kamen Erdöl und vor allem Gas hinzu. 1965 belief sich die Ölproduktion immerhin auf einem Viertel des saudi-arabischen Niveaus und erreichte 1969 fast ein Drittel desselbigen. Somit ist Algerien nach Libyen der zweitgrößte Ölproduzent sowie mit 2,5% des Weltvorkommens der größte Gasproduzent Afrikas (BP 2006). Darüber hinaus wurden zahlreiche Bodenschätze wie Bariumsulfat, Quecksilber, Blei, Bentonit und Kupfer gefördert. Auch die Nationalisierung eines Großteils der entsprechenden Industrien bis Mitte der 70er Jahre beeinflusste die Fördermengen nicht, und Ende des Jahrzehnts stellten die Einnahmen aus dem besagtem Sektor 60% der Staatseinnahmen dar, weshalb Algerien von Sandbakken (2006: 140) als klassischer *Rentier State* bezeichnet wird. Der Anteil dieses Industriezweigs am GDP betrug in den 60er Jahren relativ konstant ein Viertel (Bennoune 1988: 103), wobei der Export dieser natürlichen Ressourcen und die damit verbundenen Devisenströme den hohen Anteil am Staatshaushalt erklären können. Die Zusammenfassung der Weltbankschätzung des Reichtums Algeriens zeigt folgende Tabelle:

<b>Country Name</b>	<b>Natural Capital*</b>	<b>Subsoil Assets</b>	<b>Produced Capital + Urban Land</b>	<b>Intangible Capital</b>	<b>Total Wealth</b>
<b>Algeria</b>	13.200	11.670	1.745	-3.418	18.491
<b>Germany</b>	4.445	269	68.678	423.323	496.447

\* Including Subsoil Assets

Quelle: The Worldbank (2006): *Where is the Wealth of Nations? Measuring Capital for the 21<sup>st</sup> Century*, The International Bank for Reconstruction and Development/The World Bank, Washington, D.C.

Abbildung 12: Der Reichtum Algeriens nach Kategorien

Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass alleine die Untertage-Ressourcen mit 11.670\$ pro Kopf ausgewiesen sind, im Gegensatz zu dem Vergleichsland Deutschland, dessen natürliches Kapital sich hauptsächlich aus Weide- und Anbauflächen zusammensetzt und dabei noch weit unter dem genannten Wert bleibt. Die Anreizstruktur war in Algerien also von Anfang an so, dass Investitionen in und die Ausbeutung des besagten Sektors sich einträglicher gestalteten als Investitionen in andere Bereiche.

Obwohl die Lebensumstände des Durchschnittsalgeriers nach dem Ende der Kolonialzeit erbärmlich waren und es diverse Aufstände, z. B. in der Kabylei 1963 bis 1965 gab, ist festzustellen, dass die Mehrheit der algerischen Bevölkerung bis in die frühen 80er Jahre relativ zufrieden war. Obwohl die ersten Jahre nach der Unabhängigkeit von großer Armut<sup>48</sup> geprägt waren, schaffte es Boumedienne durch Umverteilung relativ schnell, ein hohes Maß an Zufriedenheit in fast allen Gesellschaftsschichten zu generieren.<sup>49</sup> Diese ‚Umverteilung‘ nahm dabei zwei Formen an. Erstens wurde sie in Form einer Bereitstellung öffentlicher Güter praktiziert. Bis Mitte der 70er Jahre wuchsen z. B. die Bildungsausgaben auf 30% des Staatsbudgets an (Bennoune 1990: 225). Darüber hinaus soll ungefähr der gleiche Anteil für Sozialleistungen und Infrastrukturprojekte ausgegeben worden sein, was der FLN dazu verhalf, ihr volksnahes und egalitäres Image zu festigen (Chhibber 1996: 134). Die andere Form der Umverteilung bezieht sich auf die Versorgung mit Arbeitsplätzen in dem sich mehr und mehr aufblühenden öffentlichen Sektor. Im Zeitraum von 1967-1978 wurden in besagtem Bereich 260.103 neue Arbeitsplätze geschaffen (Bennoune 1990: 143), was in keinem Verhältnis zu dem nahezu stagnierenden Output steht.

The FLN maintained its populist image among a majority of Algerians as long as it could deliver access to consumer and social goods and provide an avenue for employment through the state sector. (Chhibber 1996: 135)

Diese Umverteilung darf nicht mit einer Asset-Verteilung z. B. im Sinne einer Landreform in Südkorea verglichen werden. Im letzteren Fall wurden die Grundlagen für eine produktive Tätigkeit der breiten Bevölkerung geschaffen, in Algerien dagegen hatten die meisten Maßnahmen eher den Charakter eines Konsumgutes (Birdsall,

---

<sup>48</sup> Für einen guten Einblick in die damalige Situation der Bevölkerung siehe Lewis (1969).

<sup>49</sup> Eine Strategie der Nichtbereitstellung öffentlicher Güter zur Unterminierung revolutionärer Tendenzen war auf Grund der hervorragenden Infrastruktur, welche von den französischen Kolonialherren hinterlassen wurde, kaum praktikabel.

Pinckney und Sabot 2000: 1). Die Qualität des Schulsystems steht vielleicht auch aus diesem Grund in keinem Verhältnis zu den Ausgaben dafür.

Bis zu dem Einbruch der Ölpreise in den frühen 80er Jahren ließen die stetig fließenden Einnahmen aus dem Ölsektor eine *Appeasement*-Politik gegenüber fast allen Gesellschaftsschichten zu. Das ‚Kaufen‘ sozial relevanter Gruppen wie es Acemoglu, Robinson und Verdier (2004) modelliert haben, bezieht sich im Falle Algeriens also auf die gesamte Gesellschaft. Erst ab dem Zeitpunkt, ab dem die Einnahmen nicht mehr ausreichten, um den Großteil der Bevölkerung zufrieden zu stellen, äußerte sich die Unzufriedenheit in Aufständen wie z. B. 1986 und 1988 sowie dem sukzessiven Entzug der Unterstützung der Regierung durch die Mittelschicht, was den wachsenden Erfolg der islamischen FIS<sup>50</sup> beförderte.

#### **4.4.2 Weitere Fälle im Überblick**

Des Weiteren lassen sich z. B. die Syrische Arabische Republik sowie die Republik Irak in diese Fallgruppe einordnen. Es wird vor allem die Herrschaftszeit Assads in Syrien ab 1970<sup>51</sup> sowie Al-Bakr und Husseins im Irak ab 1968 betrachtet, welche als die prägenden Personen der beiden Ba'ath-Regime gelten. Die syrische Ba'ath-Partei erging sich in sozialistisch inspirierten Nationalisierungen aller größeren Unternehmen (1963-1965), so dass schließlich 75% der Wirtschaft in öffentlicher Hand waren, was die urbane Oberschicht erheblich traf (Ashan 1974: 308). Darüber hinaus wurde eine Landreform durchgeführt, welche zwar mangelhaft implementiert wurde, aber den Einfluss der elitären Landbesitzer erheblich einschränkte (ebd.: 307). Dafür entstand eine Klasse, deren Angehörige sich durch ihre Verbindung zu dem Ba'ath-Regime und/oder durch ein hohes Staatsamt auszeichneten. Diese hatte

[...] access to state property, control of employment, supervision of import, export and investment licensense of the private sector and responsibility for government contracts [...]. To put it less politely, this group became rich from theft, bribes and commissions. (Perthes 1991: 34)

Auch die im Irak initiierte Landreform und Nationalisierungswelle war, analog zu Syrien, eher dazu geeignet, die althergebrachten elitären Strukturen zu zerstören und das sozialistische Image Aufrecht zu erhalten, als tatsächlich eine egalitäre Gesellschaft zu

---

<sup>50</sup> *Front Islamique du Salut*.

<sup>51</sup> Einzelne Angaben beziehen sich allerdings auf die Zeit, in der die Ba'ath-Partei schon an der Macht war, also ab 1963. Auch in dieser Zeit war Hussein schon im Führungszirkel der Partei.

schaffen (Waterbury 1991). Die neue Elite begründete ihren Reichtum<sup>52</sup> auf der Möglichkeit, den staatlichen Sektor zu manipulieren (Galvani 1972: 15). Die Eliten rekrutierten sich im Falle Iraks hauptsächlich auf Grund von geographischer Herkunft (Tikrit) und Familienbanden, während sie im syrischen System eher dem Kriterium der Religionszugehörigkeit (Alleviten) entsprechen mussten. Auf Grund der außerordentlichen Staatsquote in beiden Ländern ergaben sich also ausgezeichnete Möglichkeiten sich zu bereichern, welche auch exzessiv genutzt wurden.

Der Bildungsstand der Bevölkerung gemessen an der Alphabetisierungsrate war mit 40% für Syrien und 34% für den Irak (UNICEF 1984: 121) etwas höher als im Falle Algeriens. Dennoch kann man das generelle niedrige Level des technologischen Wissens daran ermessen, dass sich z. B. die Ba'ath-Partei erst sehr spät dazu durchringen konnte, die Ölförderung zu nationalisieren, weil man zu Recht befürchtete, dass man die wichtige Ölförderung unterbrechen könnte (Waterbury 1991: 201). Obwohl die Absolventenzahlen der beiden syrischen Universitäten von 1.710 im Jahr 1954 auf 26.300 im Jahr 1963 stiegen (Bashshur 1966:456), kann man laut Waterbury (1991: 125) auf Grund der niedrigen Qualität der Ausbildung nicht von einer Basis für eine rasche Monetarisierung dieser Fähigkeiten sprechen.

Der immense Ölreichtum Iraks ist allgemein bekannt. Es soll hier nur erwähnt werden, dass das Land schon 1965 der viertgrößte Ölproduzent war (BP 2006) und 95% aller Exportgüter aus Bodenschätzen stammten. Aber auch Syrien besaß durchaus natürliche Ressourcen, die 1985 immerhin 65% der Exporte ausmachten und von der Weltbank auf 8.725 US-Dollar pro Kopf geschätzt wurden. Sie bestanden aus Öl, Chrom, Phosphaten, Eisenerz etc..

Entgegen jeder Vermutung war die Herrschaft der beiden Ba'ath-Regime, vor allem in Anbetracht der Härte der Regentschaft, anfangs nicht unpopulär. Lucas (1993: 7) erklärt dies für Syrien mit politischer Stabilität, gehobenem Lebensstandard, gesunkener Analphabetenrate, Verbesserung der Sozialleistungen, der Entwicklung der Infrastruktur sowie dem Aufbrechen der Klassenstruktur. Laut Posch (2002: 62) war Hussein trotz seiner Grausamkeit populär, weil er sich als Korruptionsbekämpfer und als Mann des Volkes zu gebärden wusste. Waterbury (1991: 314) rückt die Umverteilung, den erhöhten Lebensstandard und Ausbildungschancen in den Mittelpunkt des Interesses der Bevölkerung und bescheinigt beiden Autokraten eine gewisse Popularität.

---

<sup>52</sup> Zum Beispiel wurde Husseins Privatvermögen bei seinem Sturz auf 2 Mrd. US-Dollar geschätzt.

Interessanterweise weisen beide Autoren auf eine später durch Korruption und Kriegsabenteuer schwindende Legitimation hin (ebd.; Posch 2002: 62), was als Indikator für einen Umkehrpunkt in der Revolutionswahrscheinlichkeit interpretiert werden könnte. Der äußerst effiziente und gewalttätige Sicherheitsapparat beider Staaten erschwert die Einschätzung einer Steigung von Revolutionstendenzen, aber diverse Aufstände (z. B. das Hama-Massaker 1982 in Syrien, der Kurdenaufstand 1988 im Irak) deuten darauf hin, dass die Revolutionswahrscheinlichkeit zugenommen hat.

#### **4.4.3 Zusammenfassung der Fallgruppe**

Diese Fallgruppe weist einige besondere Charakteristika auf, die vor allem in dem Punkt Asset-Verteilung und der Versorgung mit öffentlichen Gütern deutlich hervortreten. Bemerkenswert ist vor allem, dass es diesen Staaten gelingt, durch ein bestimmtes Maß an Bereitstellung öffentlicher Güter und Umverteilung von Assets zumindest für einen gewissen Zeitraum die Anerkennung ihres Legitimitätsanspruches und Zufriedenheit unter den Bürgern zu erzeugen. Der Eindruck, dass die öffentlichen Güter in diesen Fällen oft eher den Charakter von Konsumgütern (nach Bridsall, Pinckney und Sabot 2000) annehmen, lässt sich nicht zerstreuen. Auch die Landreformen und Verstaatlichungen sind trotz ihrer scheinbar sozialen Absicht ambivalent zu beurteilen. Die Betrachtung der Ausstattung mit Humankapital und natürlichen Ressourcen bestätigt die Hypothesen des Modells in dem Sinne, dass Ausbeutung die erste Option der Regime war. Was sich hingegen nicht verifizieren lässt, ist die Unterversorgung mit öffentlichen Gütern in der Absicht, die Revolutionswahrscheinlichkeit zu senken. Im Gegenteil, ein bestimmtes Maß an öffentlichen Gütern und Asset-Verteilung wurde eingesetzt, um einem Machtwechsel vorzubeugen. Die betrachteten Regime verließen sich eher auf klassische Repressionsmaßnahmen, wobei zu bemerken ist, dass die teilweise von den Kolonialmächten zurückgelassene Infrastruktur mutwillig hätte zerstört werden müssen, um die Kosten einer Revolution zu erhöhen. Ein Mittelweg, gekennzeichnet von einer teilweisen Versorgung mit öffentlichen Gütern und einer partiellen Asset-Umverteilung im Sinne eines ‚kollektiven Schmiergeldes‘ für die Bevölkerung gekoppelt mit gleichzeitiger Ausbeutung der vorhandenen Ressourcen des Landes, schien also durchaus praktikabel.

#### 4.5 Saudi-Arabien und die Grenzen des Modells

Im folgenden Abschnitt wird das Königreich Saudi-Arabien auf die Aussagen des Modells geprüft. Obwohl es schon seit seiner Gründung 1932 ein autokratisches System darstellt, konzentriert sich die Beobachtung auf die Nachkriegszeit und die stabilisierende Regierung Faisal ibn Abd al-Aziz (1964-1973) sowie Chalid ibn Abd al-Aziz (1973-1982), welche die Schaffung einer modernen Regierungsstruktur einleiteten (Peterson 1991: 1143). Diese zeitliche Einschränkung trägt erstens der Zäsur des Zweiten Weltkriegs Rechnung und zweitens begann in diesem Zeitraum die Ölförderung<sup>53</sup> zu einem prägenden Faktor der Ökonomie zu werden.

Dem Ölvorkommen ist auch der phänomenale Reichtum der saudischen Königsfamilie geschuldet, welche mehrere tausend Prinzen umfasst. Ein Gesetz, das zu Beginn des Öl-Booms eingeführt wurde, besagte, dass jede ausländische Unternehmung einen saudischen Teilhaber aufweisen musste, so dass ein Teil des erwirtschafteten Geldes im Lande blieb (Luciani 2005: 153). Ab 1972 wurde die größte Gesellschaft ARAMCO<sup>54</sup> komplett nationalisiert und verstaatlicht und danach schienen die Einnahmen jegliche Budgetbeschränkung zu sprengen. Auch der indirekte Weg über Subventionen für Landwirtschaft und Infrastruktur vermehrte den Reichtum der Königsfamilie als größten Landbesitzer und Unternehmer (Mohamedi 1993: 16). Die schon bei Staatsgründung dominierende Herrschaftsmethode, geprägt von Patronage und Klientilismus, wurde durch den Ölreichtum nur modifiziert, jedoch nicht grundlegend verändert.

Rent circulation became increasingly sophisticated and created 'cascades' of brokers and sub-patrons within administration and the private sector [...]. (Hertog 2005: 119)

Diese Entwicklung führte zur Entstehung einer neuen, 'abhängigen' Bourgeoisie (ebd.:119). Zu dieser direkt abhängigen Oberschicht gesellte sich als Nutznießer ein Großteil der Bevölkerung. Schätzungsweise

[...] two thirds of Saudi families were recipients of some cash income from the Royal funds through government contracts, membership in the army or National Guard, direct tribal grants, individual grants for education or payments for religious duties. (McHale 1980: 630)

---

<sup>53</sup> Der erste große Ölfund ereignete sich zwar im Jahr 1938, aber erst in den 60er Jahren zeichnete sich die Größe und Bedeutung des Ölreichtums ab. Die Konzession für die Förderung erhielt die amerikanische *Standard Oil of California*, welche die britischen Unternehmen überbot und den Grundstein für die engen Beziehungen Saudi-Arabiens zu den USA legte.

<sup>54</sup> Die *Arab American Oil Company* wurde danach in Saudi ARAMCO umbenannt.

Obwohl die Kluft zwischen der aristokratischen Oberschicht und dem Rest der Bevölkerung immens war, wurde doch eine weitreichende Verteilung des Ölreichtums vorgenommen, die aus verwaltungstechnischen Gründen durch Subventionen erreicht werden sollte. So wurden z. B. Grundnahrungsmittel (Mehl, Reis, Zucker, Milch, Fleisch etc.), Hochzeiten, Pilgerfahrten und Wohneigentum teilweise extrem stark subventioniert (Askari 1990: 99-101). Eine 1968 durchgeführte Landreform hingegen hatte kaum umverteilende Effekte. Als eine weitere effektive Form der Asset-Umverteilung kann auch die Bereitstellung von Arbeitsplätzen im öffentlichen Sektor interpretiert werden.

A crucial variety of large-scale political clientilism *within* the state is embodied by public employment itself. [...] In many cases, overstaffing in public bodies is so obvious that the distributive purpose is hard to dispute. (Hertog 2005: 125)

Dass diese massive Umverteilung ökonomisch unsinnig implementiert wurde und teilweise nicht einmal sozialen Kriterien genügte, sowie dass andererseits die Verschwendung des Reichtums durch die Oberschicht keinen langfristig positiven Effekt hatte, war offensichtlich auch König Faisal klar, der mit folgenden Worten zitiert wird:

In one generation we went from riding camels to riding Cadillacs. The way we are wasting money, I fear the next generation will be riding camels again. (zit. nach Gylfason 2001: 848)

Trotz der zuvor angedeuteten Kluft zwischen der Elite und den Bürgern sind letztere in gewisser Weise zu Rentiers geworden und haben von dem natürlichen Reichtum außerordentlich profitiert. McHale stellt fest, dass sich Saudi-Arabien durch den Ölreichtum die größte Einkommensumverteilung der Geschichte leisten konnte (1980: 630).

Das saudi-arabische Level an Humankapital in der Nachkriegszeit dürfte wohl eines der niedrigsten der Welt gewesen sein. Selbst 1970 betrug die Alphabetisierungsrate der erwachsenen Bevölkerung gerade einmal 8,5% und die Einschulungsrate lag bei 12% (UNICEF 1984: 120), was selbst für Entwicklungsländer zu diesem Zeitpunkt außergewöhnlich niedrig war. Die niedrige Bevölkerungsdichte und die teilweise nomadische Lebensform trugen zur Unterversorgung im Bildungsbereich bei. Bis zur Gründung der Universität in Riyadh 1957, an der im ersten Jahr 21 Studenten eingeschrieben waren und die sich in einem Kindergartengebäude befand, gab es in

Saudi-Arabien keine Hochschule (Saleh 1986: 17). Szyliowicz (1979: 355) bezeichnet Saudi-Arabien vor dem Öl-Boom als eine der am geringsten entwickelten Regionen der Welt. Auf Grund dieser Tatsache wurden auch die Öl-Konzessionen an ausländische Firmen vergeben, weil man auf Grund des fehlenden technologischen Wissens die Vorkommen nicht in Eigenregie hätte ausbeuten können.

Dass Saudi-Arabien enorme Vorkommen an natürlichen Ressourcen besitzt, muss nicht eingehend gezeigt werden. Einige Schlaglichter sollen einen Überblick vermitteln. Zum Beispiel wurde für das Jahr 1980 die Rate Ölexporte/BIP mit 87,8%, die Rate Ölexporte/Exporte mit 99,9% und der Anteil der Öleinkünfte an den Staatseinkünften mit 91,7% ausgewiesen (Askari 1990: 19). Waterbury (1990: 61) schätzt die Produktionskosten eines Barrels für das Jahr 1984 auf 75 Cent und in Anbetracht des damaligen Weltmarktpreises von 18 US-Dollar sind die Einkünfte durch die enorme Fördermenge leicht zu ermessen. 1965 lag Saudi-Arabien noch knapp hinter Kuwait und wurde bis 1972 nur noch einmal vom Iran als weltgrößter Ölproduzent abgelöst (BP 2006). Die Weltbank schätzt das Land mit 71.880 US-Dollar pro Kopf als das reichste Land der Welt in Bezug auf natürliche Ressourcen ein, wobei der Anteil der Bodenschätze von 67.910 US-Dollar pro Kopf die Armut an landwirtschaftlich nutzbarer Fläche deutlich macht.

Im Falle Saudi-Arabiens sind die Übergänge zwischen Asset-Verteilung durch massive Subventionen und die Versorgung mit öffentlichen Gütern oft fließend. Es lässt sich behaupten, dass Saudi-Arabien dank der Öleinnahmen einen unvergleichbaren Entwicklungssprung vollzogen hat. So gut wie kein Bereich des öffentlichen Lebens blieb von dem Geldsegen unberührt. Schulen, Universitäten, Krankenhäuser, Straßen, Wasserversorgung, Wohnraum, Flughäfen sind im wahrsten Sinne des Wortes aus der Wüste gestampft worden. Über nur 15 Jahre hinweg (1970-1985) wurden durch die so genannten Entwicklungspläne 356 Mrd. US-Dollar in Infrastruktur investiert. Die Entwicklung wird deutlich, wenn man das unzureichende Straßensystem von 1970 mit 11.000 km mit dem von 1980 mit 92.000 km vergleicht, wobei demselbigen sogar eine Überkapazität bescheinigt wird (Askari 1990: 75). Im Zeitraum von 1965 bis 1980 stieg die Lebenserwartung um 14 Jahre (UNICEF 1984: 93). 1982 hatte sich die Zahl der Universitäten auf 7 erhöht und die Zahl der einheimischen Studenten betrug 47.833 (Saleh 1986: 20). Die Anreize zur Aufnahme eines Studiums bestanden in einer 85-prozentigen Lebensmittelsubvention, einer Büchersubvention (75%), Freiflugtickets in die Heimatstadt, sowie 300 US-Dollar Taschengeld (Askari 1990: 165). Auf Grund des

enormen Reichtums werden diverse – nicht nur öffentliche – Güter sogar auf privater Basis zur Verfügung gestellt, wie z. B. Wohnraumprojekte oder Landschenkungen für Krankenhäuser (Hertog 2005: 120). Die Liste an Wohltaten ließe sich fast beliebig fortsetzen, wobei schon erwähnt wurde, dass Asset-Verteilung und Versorgung mit öffentlichen Gütern ineinander übergehen. Insgesamt kann man davon ausgehen, dass die Versorgung mit öffentlichen Gütern im internationalen Vergleich sehr gut ist.

Die außerordentlich großzügige Bereitstellung öffentlicher Güter hielt die Opposition zu dem monarchischen Regime in Grenzen. Die nationalen und liberalen Gruppen in den 50er und 60er Jahren standen auf Grund des neuen Reichtums und dessen großzügiger Verteilung immer kurz vor der Bedeutungslosigkeit. Ein anderer Grund für die kaum vorhandene Opposition im Beobachtungszeitraum mag die gelungene Selbstdarstellung des Regimes als Mediator der verschiedenen sozialen Strömungen und einflussreichen Familien im Land sowie als Bewahrer islamischer Werte sein (Al-Rasheed 2005: 212). Dennoch kann man davon ausgehen, dass sich die Regimestabilität aus der (Über-) Versorgung mit öffentlichen Gütern und einer konsequenten Depolitisierung der Gesellschaft speist. Die *Lipset-Aristotle*-Hypothese, welche nach Erlangung eines gewissen Wohlstands eine Demokratisierung in Aussicht stellt, erweist sich im Fall von Rentier-Staaten als wenig haltbar. Durch das Rentier-Verhalten weiter Teile der Gesellschaft entwickelte sich in Saudi-Arabien weder die neue Elite noch die entstandene Mittelklasse zu einem starken politischen Akteur (Glosemeyer 2005: 221). Auch die Besetzung der Großen Moschee in Mekka durch Islamisten im Jahr 1979 kann man in dem betrachteten Zeitraum als singuläres Ereignis mit eher religiösen denn politischen Motiven einordnen. Politische Spannungen spielten sich wenn dann in den Führungszirkeln der Königsfamilie ab, sie können aber wohl kaum mit der Versorgung öffentlicher Güter in Zusammenhang gebracht werden.

Die Grenzen des vorgestellten Modells nach Robinson werden im Falle Saudi-Arabiens besonders deutlich. Dem Modell zufolge hätte die vorhandene Ausprägung der vier bestimmenden Faktoren zu einem *Predatory State* par Excellence führen müssen. Das Gegenteil hat sich manifestiert. Wie dargestellt, wurde eine extreme Asset-Umverteilung vorgenommen, das Humankapital war sehr schwach ausgeprägt und die Bestände an natürlichen Ressourcen waren und sind enorm. Auch waren Revolutionstendenzen im Untersuchungszeitraum nur marginal vorhanden. Wie Abbildung 7 zu entnehmen ist, war das Wachstum über den Beobachtungszeitraum hinweg zwar nicht spektakulär, jedoch mit 5,3% Pro-Kopf-Wachstum doch sehr

annehmbar. Die Ergebnisse deuten an, dass für diese extreme Art von Rentier-Staaten andere und/oder zusätzliche Faktoren als die im hier verwendeten Modell angelegten wirken. Zumindest im Fall Saudi-Arabien lässt sich vermuten, dass die Verknüpfung des Staatswesens mit dem Wahhabismus eine nicht zu unterschätzende Legitimation der Herrschaft darstellt. Generell ließe sich auch die Annahme in Frage stellen, dass materielle Bereicherung das ausschließliche Ziel und einzige Handlungsmaxime autokratischer Herrscher ist. So unterstellt z. B. Auty (2005) für die Golfstaaten die Maximierung der allgemeinen Wohlfahrt als Motiv dieser autokratischen Herrscher. Saudi-Arabien wird also Fall interpretiert, welcher durch das behandelte Modell nicht abgedeckt werden kann, was sich auch für andere autokratisch regierte Golfstaaten nachweisen lassen würde.

#### **4.6 Interpretation der empirischen Analyse hinsichtlich des Modells**

Wie lassen sich die vorliegenden Erkenntnisse hinsichtlich des Modells interpretieren? Vorangestellt sei der Hinweis, dass die Datenlage, die der empirischen Untersuchung zu Grunde liegt, ohne Furcht vor rechtlichen Schritten als mittelmäßig bezeichnet werden muss. Es ist offensichtlich, dass Entwicklungsländer in ihren Anfangstagen – und um diese handelt es sich bei den meisten betrachteten Staaten – weniger Wert auf die genaue statistische Erfassung ihrer Basisindikatoren legen. Auch die Kolonialmächte sammelten Daten in unterschiedlicher und nicht immer bester Qualität, so dass die hier vorgenommenen Schlussfolgerungen zum Teil auf anekdotischer Evidenz basieren müssen. Die Qualität der Ergebnisse ist deshalb in Teilen mit Vorsicht zu genießen. Während die auf der Asset-Verteilung und den natürlichen Ressourcen basierenden Aussagen relativ gut verifizierbar sind, verhält es sich bezüglich der Ausstattung mit Humankapital/technologischem Wissen und der Wahrscheinlichkeit eines Machtwechsels nicht ganz so eindeutig. Vor allem die Einschätzung der Revolutionswahrscheinlichkeit unterliegt erheblichem Interpretationsspielraum. Deshalb sind die Ergebnisse dieser Einschätzung auch lediglich als Indikator einer bestimmten Richtung zu verstehen.

Allgemein lässt sich sagen, dass die von dem Modell identifizierten Faktoren alle in verschiedenem Maß Einfluss auf die Investitionsentscheidung nehmen. Allerdings sind die im Modell dargestellten Effekte in den verschiedenen Fallgruppen unterschiedlich stark. Die vier Entscheidungsgrundlagen des Autokraten werden deshalb nochmals einzeln im Lichte der Fallstudien betrachtet.

### **Der Vorteil an der Macht zu sein ( $\theta$ ):**

Der Ertrag an der Macht zu sein scheint einen erheblichen Einfluss auf die Strategie des Autokraten zu haben. Wie über alle Fallgruppen hinweg beobachtet werden konnte, ist der Effekt im Sinne des Modells wirksam. Ist der Ertrag hoch, wie z. B. im Fall Zaires, Algeriens oder der Philippinen, tendieren Autokraten eher dazu, diesen Vorteil auszubeuten ohne weitere wirksame Investitionen für ein langfristiges Wachstum zu tätigen. Die staatliche Macht wird dazu genutzt, die Asset-Verteilung weiter zu Gunsten des Autokraten auszubauen. In den Fällen, wo eine Landreform ernsthaft implementiert wurde, reproduzierte sie meist nur die bereits bestehenden Klassenverhältnisse von Elite und Bürgern. Bis auf den Fall Saudi-Arabien fand keine nennenswerte Umverteilung von Assets in den Fallgruppen der langsam und durchschnittlich wachsenden Staaten statt. Ist die Asset-Verteilung sehr ungleich, wird der Zukunftsnutzen nach dem Modell erheblich höher. Der Anreiz dafür, Repressionen als Mittel des Machterhaltes einzusetzen, erscheint daher höher. Wenn man über die hier beschriebenen Fälle hinaus geht, wird man feststellen, dass der Effekt der ungleichen Asset-Verteilung auch in den politischen Systemen Südamerikas ein wichtige Rolle spielt und die Anreizstruktur nach einem ähnlichen Muster prägt.

Ist der Machtertrag hingegen auf Grund der bestehenden Asset-Verteilung niedrig, wie in der Gruppe der schnell wachsenden Staaten, scheinen Autokraten ihr Heil in der langfristigen Entwicklung der wenigen Assets zu suchen. Wie sich herausstellte, ist eine Asset-Umverteilung zwar nicht einfach zu implementieren, kann aber die weiteren Entscheidungsgrößen beeinflussen. Die Landreformen in den Fällen Südkoreas und Taiwans haben gezeigt, dass durch Umverteilung die Gefahr eines Machtwechsels bis zu einem Grad reduziert werden kann, an dem die Gruppe  $N$  kein Interesse mehr an einem solchen hat. Es kann also ohne direkte Gefahr eines Machtwechsels wachstumsorientierte Politik durchgesetzt werden. Eine Unterversorgung mit öffentlichen Gütern und eine Ausbeutung der wenigen eigenen Assets stellt keine Option für die Gruppe  $P$  dar, solange die Assets so beschaffen sind, dass sie sich komplementär zu der Wirtschaftsleistung des Landes entwickeln.

Das Modell scheint also die empirisch ermittelten Erkenntnisse von Deininger und Squire (1996) bezüglich der Asset-Verteilung zu bestätigen und liefert einen theoretischen Hintergrund für deren Untersuchung.

### **Das Level an Humankapital/technologischem Wissen (*H*):**

Die Ausstattung mit Humankapital/technologischem Wissen ist in den ersten beiden Fallgruppen sehr niedrig. Der benötigte Zeitraum für den Aufbau eines Humankapitalstocks, der einen hohen Ertrag auf die Bereitstellung öffentlicher Güter garantiert, erscheint vielen Autokraten als unzumutbar. Die Ausbeutung der vorhandenen Ressourcen wie Bodenschätze wird vorgezogen und korrespondiert dabei mit der im Modell behandelten Wechselwirkung der unterschiedlichen Asset-Verteilungen. Wie sich im Beispiel Algerien zeigte, rentiert sich die Bereitstellung öffentlicher Güter wie z. B. Straßen und Telekommunikationsmöglichkeiten für den Autokraten nur, wenn diesen ein komplementäres Gut, nämlich Humankapital und technologisches Wissen gegenüber gestellt wird. Es sei auf die ausgezeichnete Infrastruktur am Ende der Kolonialzeit in Algerien hingewiesen, welche ihren eigentlichen Nutzen nicht entfalten konnte, geschweige denn, dass diese erhalten werden konnte. Wenn man die anderen untersuchten Staaten betrachtet, so scheint es, als ob die Ressource Humankapital/technologisches Wissen nicht nur sehr schwer aufzubauen ist, sondern auch den höchsten Einsatz von funktionierenden ökonomischen Institutionen und öffentlichen Gütern im Allgemeinen benötigt. Durch die relativ hohen Investitionen, die zur Ausbeutung dieser Ressource notwendig sind, ist sie aus Sicht des Autokraten meist nur zweite Wahl.

Die Fallgruppe ‚schnell wachsend‘ hingegen beschreibt die effiziente Nutzung des vorhandenen Humankapitals durch die Bereitstellung öffentlicher Güter. Die Erhöhung der Produktivität durch die Versorgung mit öffentlichen Gütern ist dabei relativ hoch. Die Ausbeutung dieser Ressource benötigt darüber hinaus andere Voraussetzungen als z. B. die Nutzung natürlicher Ressourcen und ‚verbietet‘ sozusagen eine Unter-versorgung mit öffentlichen Gütern und funktionierenden Märkten. Auf Grund der Tatsache, dass Humankapital meist die einzige nennenswerte Ressource in den zu dieser Gruppe zählenden Staaten ist, ist eine Steigerung des Gesamtnutzens von  $P$  nur durch Investitionen zu realisieren. Der Anreiz, komplementäre Güter zu der vorhandenen Ressource zur Verfügung zu stellen, ist also relativ hoch und wird auch in dem dieser Arbeit zugrunde liegenden Modell in dieser Hinsicht wiedergegeben.

### **Die Ausstattung mit natürlichen Ressourcen (*R*):**

Die Aussagen des Modells bezüglich der Wirkung von natürlichen Ressourcen haben sich im Rahmen dieser Arbeit als bestätigt erwiesen. Die Autokraten der ersten beiden Fallgruppen haben sich in unterschiedlichem Ausmaß auf die Einkommen aus ihrem

natürlichen Reichtum beschränkt, ohne andere Sektoren nennenswert zu entwickeln. Der Anreiz die Macht zu erhalten wird durch die meist enormen Renten verstärkt. Dabei spielt es eine untergeordnete Rolle, ob die Förderung der Ressourcen durch Inländer oder Ausländer vorgenommen wird. In jedem Fall ist der Autokrat durch die Vergabe von Konzessionen, Förderbeteiligungen, Besteuerung etc. an dem Reichtum zu einem hohen Grad beteiligt. Er hat keinen Grund, seinen bereits sehr hohen Gesamtnutzen durch die übermäßige Bereitstellung öffentlicher Güter oder eines besseren institutionellen Umfelds zu gefährden. Weder die betroffenen Fälle der ersten noch der zweiten Fallgruppe haben ihren Ressourcenreichtum in die Herausbildung einer auch in anderen Sektoren kompetitiven Wirtschaft investiert.

Der Mangel an Rent-seeking Möglichkeiten der dritten Fallgruppe hingegen zwingt den Autokraten sozusagen, eine alternative Einkommensquelle zu suchen, welche sich in der Ausbeutung des vorhandenen Humankapitals findet. Er kann seine Einnahmen nur steigern, indem er komplementäre Güter zu dieser Ressource zur Verfügung stellt. Die Fixierung aller Staaten der dritten Fallgruppe auf Ausbildung und Aneignung von technischem Wissen, unter anderem aus dem Ausland, ist nicht von der Hand zu weisen. Der Grund für Landreformen man neben einer erhöhten Gefahr des Machtwechsels durch eine ungleiche Asset-Verteilung auch in der produktiveren Nutzung der Ressource durch eine verbesserte Anreizstruktur sein. Das heißt, der Gruppe  $N$  wurde generell durch Asset-Verteilung und die Versorgung mit öffentlichen Gütern die Mittel an die Hand gegeben, ihren Nutzen – und damit auch den des Autokraten – zu steigern.

#### **Wahrscheinlichkeit des Machtwechsels ( $\Phi$ ):**

Die Aussagen des Modells bezüglich der Erhöhung der Revolutionswahrscheinlichkeit durch die Bereitstellung öffentlicher Güter kann aus der vorliegenden Untersuchung heraus nicht bestätigt werden. Es ergeben sich einige Hinweise darauf, dass die Annahmen des Modells für manche Autokratien durchaus zutreffen, wie z. B. in der ersten Fallgruppe bei Zaire oder Haiti. Insgesamt betrachtet deutet die Empirie eher in die entgegengesetzte Richtung. Öffentliche Güter werden als Instrument zur Senkung der revolutionären Tendenzen so eingesetzt, dass sie die Opportunitätskosten einer Revolution erhöhen und die wahrgenommene Notwendigkeit eines Machtwechsels senken, wie unter anderem Birdsall, Pinckney und Sabot (2001) feststellen konnten. Die erfolgte Erweiterung des Modells kann diesen Effekt teilweise erklären, wenn er vorübergehender Natur ist. Sie beschreibt zum Beispiel die Fälle Irak und Algerien

ausreichend gut. Aber im Fall Saudi-Arabiens ist selbst das erweiterte Modell nicht haltbar. Die ursprüngliche Asset-Verteilung war dort sehr ungleich, die Ausstattung mit Humankapital außerordentlich niedrig, und die Ressourcenausstattung unvergleichbar hoch. Folgt man dem Modell, hätte das Königshaus keine öffentlichen Güter zur Verfügung stellen dürfen. Wie gezeigt wurde, ist die Versorgung mit öffentlichen Gütern aber ausgezeichnet. Darüber hinaus hätte diese hohe Versorgung mit öffentlichen Gütern zumindest langfristig die Revolutionsgefahr maximieren müssen. Sieht man von den Spannungen jüngerer Datums ab, finden sich in dem Beobachtungszeitraum keine Evidenzen für den beschriebenen Effekt. Saudi-Arabien stellt einen aus dem Modell heraus nicht erklärbaren Fall dar. Die Wahrscheinlichkeit eines ‚Ausreißers‘ ist in Anbetracht anderer, mit ähnlichen Merkmalen behafteter Golfstaaten wie Kuwait, den Vereinigten Arabischen Emiraten, Qatar etc. relativ niedrig. Auty (2005: 5) bezeichnet diese Gruppe von Staaten als *Benevolent Autocracies*, wobei deren Verhalten aus dem hier angewandten Modell heraus nicht erklärbar ist.

Die Veränderung der Gefahr eines Machtwechsels durch die Beeinflussung der Asset-Verteilung etwa durch Landreformen (Korea, Taiwan) oder indirekte Transfers (Saudi-Arabien) erscheint bei den untersuchten Fällen als plausibel. Dieses Instrument steht aber nicht immer zur Verfügung und bereitet zum Beispiel bei unklaren Eigentumsrechten einige praktische Probleme. Den Revolutionstendenzen – welche auf Grund der kommunistischen Agitationen in den betrachteten Staaten durchaus real waren – wurde durch Asset-Umverteilung praktisch die Grundlage entzogen. Die ‚Alibi‘-Landreformen Syriens und Iraks hingegen scheinen nur vorübergehende Wirkungen gezeigt zu haben. Eine langfristige Stabilisierung ist in diesen Fällen auf Grund von mangelhafter Asset-Umverteilung nicht zu beobachten.

## **5. Zusammenfassung und Einordnung der Ergebnisse**

Die grundlegende Fragestellung dieser Arbeit war, die unterschiedlichen Wachstumspfade autokratisch regierter Staaten im Hinblick auf ihre wirtschaftliche Ausgangsposition zu verstehen. Nach der Zusammenschau der weitläufigen Literatur zum Themenbereich Wachstum und autokratischen Systemen wurde als Basis der Betrachtung ein Modell Robinsons gewählt und mit einer Modifizierung versehen. Das Modell setzt verschiedene Mechanismen miteinander in Beziehung, um daraus auf die Wachstumsorientierung eines autokratischen Regimes zu schließen. Als entscheidende

Determinanten des Wachstumsverhaltens gelten dabei die Erträge an der Macht zu sein, das Level an Humankapital, die Ausstattung mit natürlichen Ressourcen sowie die Sensibilität der Bereitstellung öffentlicher Güter. In der Modifizierung des Modells wurde der Fall einer vorübergehenden Senkung der Revolutionswahrscheinlichkeit durch die Versorgung mit öffentlichen Gütern zugelassen, um eine empirisch auftretende Mischform der Strategien zu erklären. Die Eckpunkte des Modells wurden in der vorhandenen Literatur verortet und auf ihre Wechselwirkungen untereinander untersucht.

In der empirischen Analyse wurden die Modellaussagen und die besagten Wechselwirkungen auf ihre Validität für die unterschiedlichsten autokratischen Regime untersucht. Zusammengefasst konnten folgende Ergebnisse ermittelt werden:

- Die Asset-Verteilung, im Sinne des Ertrags an der Macht zu sein, hat maßgeblichen Einfluss auf die Wachstumsorientierung. Ist die Asset-Verteilung sehr ungleich, ergeben sich Anreize zur Sicherung dieses Vorteils, was oft einen produktiveren Einsatz der vorhandenen Ressourcen verhindert, um den Status quo zu sichern, und somit einen negativen Einfluss auf die weitere Entwicklung der Volkswirtschaft hat. Eine aus verschiedensten Gründen initiierte Asset-Umverteilung, z. B. durch Landreformen, entmachtet eine meist alteingesessene Elite, welche sonst eine Umstrukturierung der Volkswirtschaft verhindern könnte.
- Das Level an Humankapital und technologischem Wissen stellt sich als eine ausschlaggebende Größe bezüglich der Wachstumsorientierung dar. Ein hohes Level an Humankapital erhöht den Anreiz zur Ausbeutung dieser Ressource. Zu ihrer besseren Nutzung werden öffentliche Güter zur Verfügung gestellt um diesen komparativen Vorteil zu realisieren; dies initiiert auf längere Frist eine positive Wachstumsentwicklung. Ein niedriges Level an Humankapital führt dagegen zu einer Unterversorgung mit den dazu komplementären öffentlichen Gütern und bewirkt eine Ressourcenallokation hin zu Sektoren, welche kurzfristiger realisierbare Gewinne anbieten, langfristig aber die Entwicklungsperspektiven reduzieren.
- Die Ausstattung mit natürlichen Ressourcen hat einen beträchtlichen Effekt auf die Wachstumsausrichtung autokratischer Herrscher. Die durch einen großen Rohstoffsektor ermöglichten enormen Rent-Seeking-Möglichkeiten und Crowding-out-Prozesse führen zu einer Vernachlässigung der Förderung anderer

Wirtschaftsbereiche. Die relativ einfache Monetarisierung natürlicher Ressourcen erübrigt die anderweitige Entwicklung der Volkswirtschaft aus Sicht des Autokraten.

- Die im Modell vorhergesagte Senkung der Gefahr eines Machtwechsels durch Unterversorgung mit öffentlichen Gütern kann aus der hier vorgelegten Untersuchung nicht bestätigt werden. Der Effekt war zwar vereinzelt zu beobachten, ließ aber keine Bestätigung im Sinne des Modells zu. Die Modifizierung des Modells erweiterte die Anwendbarkeit auf mehrere Fälle und kann diese auch recht schlüssig erklären. Insgesamt ergab die empirische Untersuchung jedoch, dass die Versorgung mit öffentlichen Gütern wesentlich öfter im Sinne eines kollektiven Schmiergeldes zur Senkung revolutionärer Tendenzen eingesetzt wurde.

Die Einschränkungen, Gültigkeit und Reichweite der empirischen Analyse wurden in 4.1 ausführlich diskutiert. Eingedenk dieser Vorbehalte lassen die Ergebnisse jedoch eine relativ schlüssige Gesamtbewertung des Modells im Sinne der Fragestellung zu.

Das Modell besitzt eine sehr hohe Aussagekraft bezüglich der Wachstumspfade der sehr schnell wachsenden sowie der sehr langsam wachsenden autokratisch regierten Staaten. Die Betrachtung der Ausgangsposition der Staaten zum Zeitpunkt  $t_0$  in diesen beiden Fallgruppen und die sich daraus ergebenden Wachstumserwartungen nach dem Modell stimmen zu einem erstaunlich hohen Grad mit den tatsächlichen Wachstumspfaden der Staaten überein

Anders verhält es sich, wenn man die Fallgruppe der durchschnittlich wachsenden Staaten und ihre Ausgangsbedingungen mit den im Modell angenommenen vergleicht. Laut Modell hätten diese Staaten teilweise fundamental andere Wachstumspfade aufzeigen müssen, als es in der Realität der Fall ist. Mit der Modellerweiterung lassen sich die tatsächlichen Entwicklungen teilweise erklären, indem sie die Möglichkeit zulässt, öffentliche Güter bis zu einem bestimmten Grad zur Verfügung zu stellen, um dadurch zumindest mittelmäßiges Wachstum zu generieren.

Andererseits zeigt der Fall Saudi-Arabien, der auf andere Golfstaaten übertragbar wäre, dass dem Modell nicht zu unterschätzende Grenzen gesetzt sind. Die tatsächlichen Wachstumspfade stellen sich hier fast diametral zu den Aussagen des Modells dar, welche eine Entwicklung zu Predatory States erfordert hätten. Hand in Hand damit geht die Widerlegung der Modellannahme, dass die Versorgung mit öffentlichen Gütern die Gefahr eines Machtwechsels erhöht.

Insgesamt erscheint der in dieser Arbeit vorgestellte Ansatz, die Wachstumsentwicklungen autokratischer Staaten auf Grund von politischen und wirtschaftlichen Ausgangsbedingungen zu erklären, viel versprechend. Die jüngst erschienen Veröffentlichungen mit ähnlichem Denkansatz bestätigen dies. Obwohl die vorliegende Arbeit gemischte Ergebnisse lieferte, lassen sich doch einige wertvolle Hinweise auf die in autokratisch regierten Staaten wirkenden Mechanismen entnehmen. Die Untersuchung legt den Schluss nahe, dass neben den betrachteten Umständen andere, vor allem genuin makroökonomische und soziologische, Faktoren eine mindestens ebenso wichtige Rolle spielen und Aufmerksamkeit verdienen. Es bleibt zu hoffen, dass diese nicht *Occam's Razor* zum Opfer fallen.

## Literaturverzeichnis

- Acemoglu, Daren (2003): „Root Causes. A historical approach to assessing the role of institutions in economic development”, in: *Finance & Development*, S. 27-30.
- Acemoglu, Daren/ Johnson, Simon/ Robinson, James (2005): „The Rise of Europe: Atlantic Trade, Institutional Change and Growth”, in: *American Economic Review*, Vol. 95 (June), S. 546-579.
- Acemoglu, Daren/ Robinson, James (2006a): *Economic Origins of Dictatorship and Democracy*, Cambridge: *Cambridge University Press*.
- Acemoglu, Daren/ Robinson, James (2006): „Economic Backwardness in a Political Perspective”, in: *American Political Science Review*, Vol. 100, No. 1 (February), S. 115-131.
- Acemoglu, Daren/ Robinson, James/ Verdier, Thierry (2004): „Kleptocracy and Divide-and-Rule: A Model of Personal Rule”, in: *Journal of the European Economic Association*, Vol. 2 (2-3, April-May), S.162-192.
- Adelmann, Kenneth L. (1978): „Zaire’s Years of Crisis”, in: *African Affairs*, Vol. 77, No. 306 (January), S. 36-44.
- Al-Rasheed, Madawi (2005): „Circles of Power: Royals and Society in Saudi Arabia”, in: Aarts, Paul/ Nonnemann, Gerd (eds.): *Saudi Arabia in the Balance. Political Economy, Society, Foreign Affairs*, London: *Hurst & Company*, S. 185-213.
- Alesina, A./ Ozler, S./ Roubini, N./ Swagel, P. (1996): „Political Instability and Economic Growth”, in: *Journal of Economic Growth*, Vol. 1 (June), S.189-212.
- Alesina, Robert/ Rodrik, Dani (1994): „Distributive Politics and Economic Growth”, in: *The Quarterly Journal of Economics*, Vol. 109, No. 2 (May), S. 465-490.
- Ashan, Syed A. al (1984): „Economic Policy and Class Structure in Syria”, in: *International Journal of Middle East Studies*, Vol. 16, No. 3 (August), S. 301-323.
- Askari, Hossein (1990): *Saudi Arabia’s Economy: Oil and the Search for Economic Development*, Greenwich/ London: *Jai Press Inc.*
- Auty, Richard M. (2005): „Patterns of Rent-Extraction and Deployment in Developing Countries: Implications for Governance, Economic Policy and Performance”, Paper Presented at the UNU/WIDER Jubilee, June 17<sup>th</sup>.
- Barro, Robert J. (1996): „Getting It Right: Markets and Choices in a Free Society“, Cambridge/ London: *MIT Press*.
- Barro, Robert J. (2000a): *Inequality and Growth in a Panel of Countries*, in: *Journal of Economic Growth*, Vol. 5, No. 1, (March), S. 5-32.

- Barro, Robert J. (2000b): „Rule of Law, Democracy and Economic Performance”, in: The Heritage Foundation/Wall Street Journal: *Index of Economic Freedom (2000)*, Chapter 2, S. 31-49, in: <http://www.heritage.org>, abgerufen am: 09.08.2006
- Barro, Robert J. (2001): *Quantity and Quality of Economic Growth, Prepared for presentation at the Fifth Annual Conference of the Central Bank of Chile*, November.
- Barro, Robert J./ McCleary, Rachel M. (2003): „Religion and Economic Growth”, *NBER Working Paper No. 9682*.
- Bashshur, Munir A. (1966): „Higher Education and Political Development in Syria and Lebanon”, in: *Comparative Education Review*, Vol. 10, No. 3 (October), S. 451-461.
- Belkacem, Laabas (2001): „Poverty Dynamics in Algeria”, Arab Planning Institute, Kuwait, in: <http://www.erf.org/eg/html/Laabbas.pdf>, abgerufen am: 12.09.2006.
- Bénabou, Ronald (1996): „Inequality and Growth”, *NBER Working Paper No. 5658*.
- Bennoune, Mafhoud (1988): *The making of contemporary Algeria 1830-1987. Colonial Upheavals and post-independence development*, Cambridge et al.: *Cambridge University Press*.
- Birdsall, Nancy/ Pinckney, Thomas C./ Sabot, Richard (2000): „Natural Resources, Human Capital, and Growth”, *Carnegie Endowment Working Papers*, No. 9, *Global Policy Program*, (February).
- Bourguignon, François/ Verdier, Thierry (2000): „Oligarchy, democracy, inequality and growth”, in: *Journal of Development Economics*, Vol. 62, S. 285-313.
- BP Statistical Review of World Energy June 2006, in: <http://www.bp.com/statisticalreview>, abgerufen am: 29.07.2006.
- Case, William (2003): „Interlocking Elites in Southeast Asia”, in: *Comparative Sociology*, Vol. 2, Issue 2, S. 249-269.
- Chhibber, Pradeep K. (1996): „State Policy, Rent Seeking, and the Electoral Success of a Religious Party in Algeria”, in: *The Journal of Politics*, Vol. 58, No. 1 (February), S. 126-148.
- Coase, Ronald H. (1937): *The Nature of the Firm*, in: *Economica*, Vol. 4, S. 386-405.
- Deiningner, Klaus/ Squire, Lyn (1996): „A New Data Set Measuring Income Inequality”, in: *World Bank Economic Review*, Vol. 10 (September), S. 565-591.
- Deiningner, Klaus/ Squire, Lyn (1998): „Economic Growth and Income Inequality: Reexamining the Links”, in: *Finance & Development*, March, S. 38-41.

- Djankov, Simeon/ Glaeser, Edward/ La Porta, Rafael/ Lopez-de-Silanes, Florencio/ Shleifer, Andrei (2003): „The New Comparative Economics”, *NBER Working Paper No. 9608*.
- De Long, J. Bradford/ Shleifer, Andrei (1993): „Princes and Merchants: European City Growth before the Industrial Revolution”, in: *Journal of Law and Economics*, Vol. 36 (October), S. 671-702.
- Durlauf, Steven N./ Kourtellos, Andros/ Tan, Chih M. (2005): „How robust are the Linkages between Religiosity and Economic Growth?”, *Department of Economics Working Paper*, Medford.
- Farsoun, Karen (1978): „State Capitalism in Algeria”, *MERIP Reports*, No. 35 (February), S. 3-30.
- Galvani, John (1972): „The Baathi Revolution in Iraq”, in: *MERIP Reports*, No. 12 (Sep.-Oct.), S. 3-22.
- Glaeser, Edward L./ La Porta, Rafael/ Lopez-de-Silanes, Florencio/ Shleifer, Andrei (2004) : Do Institutions Cause Growth ?, in : *Journal of Economic Growth*, No. 9, S. 271 – 303.
- Glosemeyer, Iris (2005): „Checks, Balances and Transformation in the Saudi Political System”, in: Aarts, Paul/ Nonnemann, Gerd (eds.): *Saudi Arabia in the Balance. Political Economy, Society, Foreign Affairs*, London: *Hurst & Company*, S. 214-233.
- Gros, Jean-Germain (1996): „Towards a taxonomy of failed states in the New World Order: decaying Somalia, Liberia, Rwanda and Haiti“, in: *Third World Quarterly*, Vol 17, No. 3, S. 455- 471.
- Gros, Jean-Germain (2000): „Haiti: The Political Economy and Sociology of Decay and Renewal”, in: *Latin American Research Review*, Vol. 35, No. 3, S. 211-226.
- Guiso, Luigi/ Sapienza, Paolo/ Zingales, Luigi (2005): „Cultural Biases in Economic Exchange”, *CRSP Working Paper No. 601*.
- Gylfason, Thorvaldur (2001): „Natural Resources, education, and economic development”, in: *European Economic Review*, Vol. 45, S. 847-859
- Haggard, Stephan (1990): *Pathways from the Periphery. The Politics of Growth in the Newly Industrializing Countries*, Ithaca und London: *Cornell University Press*.
- Heggoy, Alf A. (1973): „Education in French Algeria: An Essay on Cultural Conflict”, in: *Comparative Education Review*, Vol. 17, No. 2 (June), S. 180-197.
- Hertog, Steffen (2005): „Segmented Clientilism: The Political Economy of Saudi Economic Reform Efforts”, in: Aarts, Paul/ Nonnemann, Gerd (eds.): *Saudi*

- Arabia in the Balance. Political Economy, Society, Foreign Affairs, London: *Hurst & Company*, S. 111-143.
- Heston, Alan/ Summers, Robert/ Aten Bettina (2002): Penn World Table Version 6.1, Center for International Comparisons at the University of Pennsylvania (CICUP), (October).
- Hsiao, Frank S. T./ Hsiao, Mei-chu W. (2001): „Taiwan in the Global Economy: Past, Present and Future”, *University of Colorado at Denver Department of Economics Working Paper 17*.
- International Crisis Group (2001): „Algeria’s Economy: The Vicious Cycle of Oil and Violence”, *Africa Report*, No. 36.
- Jeon, Yoong-Deok/ Kim, Young-Yong (2000): „Land Reform, Income Distribution, and Agricultural Production in Korea”, in: *Economic Development and Cultural Change*, Vol. 48, No. 2 (January), S. 253-268.
- Kabwit, Ghislain C. (1979): „Zaire: The Roots of the Continuing Crisis”, in: *The Journal of Modern African Studies*, Vol. 17, No. 3 (September), S. 381-407.
- Kay, Cristóbal (2002): „Why East Asia overtook Latin America: agrarian reform, industrialisation and development”, in: *Third World Quarterly*, Vol. 23, No. 6, S. 1073-1102.
- Knack, Stephen/ Keefer, Philip (1995): „Institutions and Economic Performance: Cross-country tests using Alternative Institutional Measures”, in: *Economics and Politics*, Vol. 7, No. 3, S. 207-228.
- Kobrin, Stephen J. (1985): „Diffusion as an Explanation of Oil Nationalization: Or the Domino Effect Rides Again, in: *Journal of Conflict Resolution*, Vol. 29, No. 1 (March), S. 3-32.
- Krause, Lawrence B. (1988): „Hong Kong and Singapore: Twins or kissing Cousins?”, in: *Economic Development and Cultural Change*, Vol. 36, No. 3, Supplement (April): Why does Overcrowded, Resource-Poor East Asia Succeed: Lessons for the LDCs?, S. 45-66.
- Kriekhaus, Jonathan (2006): „Democracy and Economic Growth. How Regional Context Influences Regime Effects”, in: *British Journal of Political Science*, Vol. 36, S. 317-340.
- Kuznet, Paul W. (1988): „An East Asian Model of Economic Development: Japan, Taiwan and South Korea”, in: *Economic Development and Cultural Change*, Vol. 36, No. 3, Supplement (April): Why does Overcrowded, Resource-Poor East Asia Succeed: Lessons for the LDCs?, S. 11-43.
- Lane, Philip/ Tornell, Aaron (1995): „Power Concentration and Growth”, *Harvard Institute of Economic Research Discussion Paper No. 1720*.

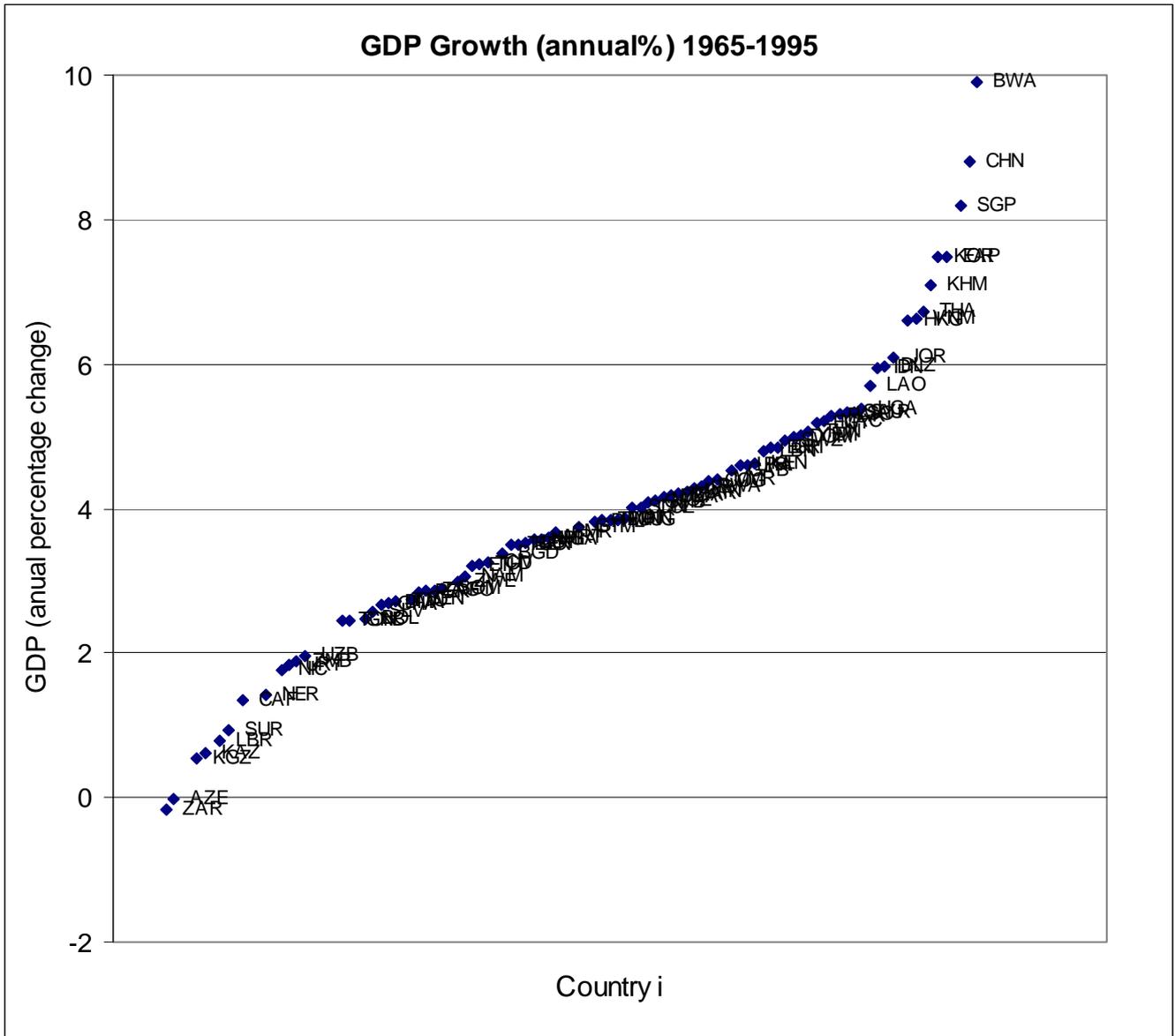
- Lau, Lawrence J. (2000): „The Role of Government in Economic Development: Some Observations from the Experience of China, Hong Kong, and Taiwan”, in: Aoki, Masahiko/ Kim, Hyung-Ki/ Okuno-Fujiwara, Masahiro (eds.): *The Role of Government in East Asian Economic Development. Comparative Institutional Analysis*, Oxford: *Clarendon Press*, S. 1-37.
- Leslie, Winsome J. (1987): *The World Bank and Structural Transformation in Developing Countries: The Case of Zaire*, Boulder: *Lynne Rienne Publishers*.
- Lewis, William H. (1969): „Algeria: The Cycle of Reciprocal Fear”, in: *African Studies Bulletin*, Vol. 12, No. 3 (December), S. 323-337.
- Lucas, Ivor (1994): „The Paradox of Syria”, in: *Asian Affairs*, Volume 25, No. 1 (March), S. 3-12.
- Lucas, Robert E. (1988): „On the Mechanics of Economic Development”, in: *Journal of Monetary Economics*, Vol. 22, No. 1, S. 3-42.
- Luciani, Giacomo (2005): „From Private Sector to National Bourgeoisie: Saudi Arabian Business”, in: Aarts, Paul/ Nonnemann, Gerd (eds.): *Saudi Arabia in the Balance. Political Economy, Society, Foreign Affairs*, London: *Hurst & Company*, S. 144-185.
- Lundahl, Mats (1989): „History as an Obstacle for Change: The Case of Haiti”, in: *Journal of Interamerican Studies and World Affairs*, Vol. 31, No. 1/1, Special Issue (Spring-Summer): *Latin America at the Crossroads: Major Public Policy Issues*, S. 1-21.
- Lundahl, Mats (1991): „Underdevelopment in Haiti: Some Recent Contributions”, in: *Journal of Latin American Studies*, Vol. 23, No. 2 (May), S. 411-429.
- Mankiw, Gregory M./ Romer, David/ Weil, David N. (1992): „A Contribution to the Empirics of Growth”, in: *The Quarterly Journal of Economics*, Vol. 107, No. 2 (May), S. 407-437.
- Marshall, Monty G./ Jaggers, Keith (2002): „Polity IV Project. Political Regime Characteristics and Transitions, 1800-2002. Dataset Users' Manual”, in: <http://www.cidcm.umd.edu/inscr/polity>, abgerufen am: 25.06.2006
- McGuire, Martin C./ Olson, Mancur Jr. (1996): „The Economics of Autocracy and Majority Rule: The Invisible Hand and the Use of Force”, in: *Journal of Economic Literature*, Vol. 34 (March), S. 72-96.
- McHale, T. R. (1980): „A Prospect of Saudi Arabia”, in: *International Affairs*, Vol. 56, No. 4 (Autumn), S. 622-647.
- Mohamedi, Fareed (1993): „The Saudi Economy: A Few Years Yet Till Doomsday”, in: *Middle East Report*, No. 185 (Nov.-Dec.), *Despots and Democrats. Political Change in Arabia*, S. 14-17.

- Moore, Barrington (1966): *Social Origins of Dictatorship and Democracy*, London: *Allen Lane/Penguin Press*.
- Mukweso, Mwenene/ Papagiannis, George J./ Milton, Sande (1984): „Education and Occupational Attainment from Generation to Generation: The Case of Zaire”, in: *Comparative Education Review*, Vol. 28, No. 1 (February), S. 52-68.
- Murshed, Mansoob S. (2004): „When does natural resource abundance lead to a resource curse?”, *EEP Discussion Paper 04-01*, International Institute for Environment and Development, London.
- Naiuzeyi, Mabiengwa Emmanuel (1999): „The State of the State in Congo-Zaire: A Survey of the Mobuto Regime”, in: *Journal of Black Studies*, Vol. 25, No. 5, Special Issue (May): Political Strategies of Democracies and Health Issues and Concerns in Global Africa, S. 669-683.
- Newbury, Catherine M. (1984): „Dead and Buried or just Underground? The Privatization of the State in Zaire”, in: *The Canadian Journal of African Studies*, Vol. 18, No. 1, S. 112-118.
- North, Douglass C./ Thomas, Robert P. (1973): *The Rise of the Western World: A New Economic History*, Cambridge: *Cambridge University Press*.
- North, Douglass C. (1990): *Institutions, Institutional Change and Economic Performance*, Cambridge: *Cambridge University Press*.
- Nzongola-Ntalja, Georges (1984): „Bureaucracy, Elite, New Class: Who serves Whom and Why in Mobuto’s Zaire”, in: *Canadian Journal of African Studies*, Vol. 18, No. 1, S. 99-102.
- Nzongola-Ntalja, Georges (1994): „Violation of Democratic Rights in Zaire“, in: *Journal of Opinion*, Vol. 22, No. 2, S. 9-11.
- OPEC (2005): „General Information”, Wien, in: <http://www.opec.org>, abgerufen am: 30.07.2006.
- Oshima, Harry T. (1988): „Human Resources in East Asia’s Secular Growth”, in: *Economic Development and Cultural Change*, Vol. 36, No. 3, Supplement (April): Why does Overcrowded, Resource-Poor East Asia Succeed: Lessons for the LDCs?, S. 103-122.
- Overland, Jody/ Simons, Kenneth L./ Spagat, Michael (2005): „Political instability and growth in dictatorships”, in: *Public Choice* (125), S. 445-470.
- Persson, Torsten/ Tabellini, Guido (1996): „Is Inequality Harmful for Growth? Theory and Evidence”, in: *American Economic Review*, Vol. 48, S. 600-621.
- Perthes, Volker (1991): „A Look at Syria’s Upper Class: The Bougeoisie and the Ba’th”, in: *Middle East Report*, No. 160 (May-June): Power, Poverty and Petrodollars, S. 31-37.

- Peterson, J. E. (1991): „The Arabian Peninsula in Modern Times: A Historiographical Survey”, in: *The American Historical Review*, Vol. 96, No. 5 (December), S.1435-1449.
- Posch, Walter (2002): „Irak unter Saddam Hussein. Das Ende einer Ära?“, in: *Schriftenreihe der Landesverteidigungsakademie*, Nr. 13.,
- Pritchett, L. (2001): „Where has all the education gone?“, in: *World Bank Economic Review*, Vol. 15, No. 3, S. 367-391.
- Richards, Alan/ Waterbury, John (1990): *A Political Economy of the Middle East. State, Class and Economic Development*, Boulder, San Francisco und Oxford: *Westview Press*.
- Robinson, James (2001): „When is a State Predatory?“, *unpublished*, in: <http://www.people.fas.harvard.edu/~jrobins/>, abgerufen am: 22.02.2006.
- Romer, Paul M. (1986): „Increasing Returns and Long-Run Growth”, in: *The Journal of Political Economy*, Vol. 94, No. 5(October), S. 1002-1037.
- Roth, David F. (1973): „The Deterioration and Reconstitution of National Political Parameters: The Philippines during the 1970s”, in: *Asian Survey*, Vol. 13, No. 9 (September), S. 812-825.
- Sachs, Jeffrey D./ Warner Andrew M.(1995): „Natural Resource Abundance and Economic Growth”, *Development Discussion Paper No. 517a*, (October).
- Saleh, Mahmoud A. (1986): „Development of Higher Education in Saudi Arabia”, in: *Higher Education*, Vol. 15, No. 1/2, S. 17-23.
- Shafer, Michael (1983): „Capturing the Mineral Multinationals: Advantage or Disadvantage?“, in: *International Organization*, Vol. 37, No. 1 (Winter), S. 93-119.
- Shen, Ling (2005): „When will a dictator be good?“, Bonn ECON Discussion Papers, No. 22.
- Szyliowicz, Joseph S. (1979): „The Prospects for Scientific and Technological Development in Saudi Arabia”, in: *International Journal of Middle East Studies*, Vol. 10, No. 3 (August), S. 355-372.
- Tan, Jason (1997): „Education and Colonial Transition in Singapore and Hong Kong: Comparisons and Contrasts”, in: *Comparative Education*, Vol. 33, No. 2, Special Number (19, June): Education and Political Transition: Implications of Hong Kong's Change of Sovereignty, S. 303-312.
- Tullock, Gordon (1987): *Autocracy*, Dordrecht et al: *Kluwer Acad. Publ.*
- Turner, Thomas/ Young, Crawford (1985): *The Rise and Decline of the Zairian State*, Madison: *University of Wisconsin Press*.

- UNICEF (1984): *The State of the World's Children*, Oxford: *Oxford University Press*.
- Vogel, Ezra (1991): *The Four Little Dragons. The Spread of Industrialization in East Asia*, Cambridge und London: *Harvard University Press*.
- Williamson, Oliver E. (2000): „The New Institutional Economics: Taking Stock, Looking Ahead”, in: *Journal of Economic Literature*, Vol. 38 (September), S. 595-613.
- Wintrobe, Ronald (1990): „The Tinpot and the Totalitarian: An Economic Theory of Dictatorship”, in: *American Political Science Review*, Vol. 84 (September), S. 849-872.
- Wintrobe, Ronald (1998): *The Political Economy of Dictatorship*, Cambridge: *Cambridge University Press*.
- The World Bank (1997): Expanding the measure of wealth: Indicators of environmentally sustainable development, *Environmentally Sustainable Development Studies and Monographs Series No. 17*, World Bank, Washington, D.C.
- The Worldbank (2004): *Beyond Economic Growth. An Introduction to Sustainable Development*, 2<sup>nd</sup> edition, The Worldbank, Washington, D.C.
- The Worldbank (2006): *Where is the Wealth of Nations? Measuring Capital for the 21<sup>st</sup> Century*, The International Bank for Reconstruction and Development/The World Bank, Washington, D.C.

# Annex I



## Annex II

